

05.2019

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Tierschutz & Ethik	25
Umweltpolitik & Umweltrecht	26
Verkehr & Tourismus	27
Wasser & Meere	29
Wirtschaft & Ressourcen	33

**VERBÄNDE**



**DNR**  
DEUTSCHER  
NATURSCHUTZRING

DNR intern	34
Aus den Verbänden	34
Ehrenamt	35
Preise & Ausschreibungen	35
Impressum	36

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 37  
Schwerpunkt: Ein neues Wir

**THEMEN DES MONATS**

Europawahl

## Was in den Parteiprogrammen steckt

**Bei Klima-, Umwelt-, Tier- und Naturschutz unterscheiden sich die Positionen teils deutlich**

Seite 2

Europapolitische Forderungen

## Wer die Wahl hat ... hat die Chance

**Vom 23. bis 26. Mai geht es um eine zukunftsfähige und nachhaltige EU**

Seite 4

Interview: Claus Mayr zur Wahl in Europa

## „Für die Jugend geht es um die Zukunft“

Seite 21

## Europawahl

# Was in den Parteiprogrammen steckt

Bei Klima-, Umwelt-, Tier- und Naturschutz unterscheiden sich die Positionen teils deutlich

**Vom 23. bis 26. Mai entscheiden rund 400 Millionen EU-BürgerInnen, welche ParlamentarierInnen sie in den kommenden fünf Jahren in Brüssel und Straßburg vertreten werden. Wie wollen die deutschen Parteien Herausforderungen wie die Klimakrise, den enormen Ressourcenverbrauch, die Agrarwende oder das Artensterben angehen? Der DNR hat die Wahlprogramme von fünf im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien unter die Lupe genommen. ■ VON ELENA HOFMANN, DNR**

Gerade aus Umwelt- und Klimaschutzperspektive ist die Europawahl von großer Bedeutung: Rund 80 Prozent aller Umweltgesetze haben ihren Ursprung in Brüssel. Da Deutschland mit fast einem Siebtel die meisten Abgeordneten im Parlament stellen, haben die deutschen Parteien einen großen Einfluss auf Abstimmungen über Gesetzgebungen.<sup>(1)</sup>

## CDU/CSU

Das Wahlprogramm enttäuscht: Naturschutz scheint ein Fremdwort zu sein. Es findet sich lediglich eine Strategie zur Reduzierung des Plastikmülls. Der Schutz des Wolfs wird infrage gestellt und statt über Luftqualität und Gewässerschutz zu reden, träumen CDU/CSU lieber von Raumfahrten zum Mond und TTIP 2.0. Sie bekennen sich zwar zu Klimaschutz und den Zielen des Pariser Klimaabkommens. In der Umsetzung stellt sich aber die Frage, ob es sich hierbei nur um ein Lippenbekenntnis handelt.<sup>(2)</sup> Die Union will zur Zielerreichung eine globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen – ein Vorschlag, der weder dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden nachkommt, noch mittelfristig umsetzbar ist. Mit dieser Nebelkerze lenkt die Union von der riesigen Bandbreite an kurz- und mittelfristig auf EU-Ebene umsetzbaren Maßnahmen ab. Genauso ignoriert die Union die Debatte um die planetaren Grenzen und hält an der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum mit Umwelt- und Klimaschutz weiter fest.

Die Vorschläge zur Agrarpolitik verkennen die zentrale Rolle, die die Land-

wirtschaft für Klima- und Umweltschutz spielen kann: So halten die Konservativen an Direktzahlungen und dem bestehenden Säulenmodell fest. Statt die Gelder, die in die Agrarpolitik fließen, effektiv für Umwelt- und Klimaschutz zu nutzen, setzen CDU/CSU auf Freiwilligkeit. Damit zementieren sie ein altes Agrarsystem, das den Herausforderungen von heute und morgen nicht mehr gerecht werden kann.

Während SPD, Grüne und Linke sich für mehr Rechte der VerbraucherInnen in Fällen wie dem Dieseldgate beispielsweise durch Verbandsklagerechte oder hohe Bußgelder einsetzen, bekennt sich die CDU/CSU zur Automobilindustrie. Auch den Forderungen der anderen Parteien nach mehr Transparenz und Partizipation durch ein Lobbyregister, eine Stärkung der Europäischen Bürgerinitiative oder öffentliche Sitzungen des Ministerrats greift die Union nicht auf.

## SPD

In einigen Bereichen versuchen die Sozialdemokraten der Umwelt gerecht zu werden. So setzt die SPD sich für eine Agrarpolitik ein, in der Gelder an Leistungen für den Umwelt- und Tierschutz geknüpft sind, lehnt Glyphosat und Gentechnik in der Landwirtschaft ab, ist für einen eigenständigen Naturschutzfonds und möchte Tiertransporte auf maximal acht Stunden pro Tag begrenzen. Auch das Thema Plastikmüll geht die SPD umfassend an. Ziel ist es, bis 2030 die Plastikmüllinträge in die Meere um 50 Prozent zu verringern, beispielsweise durch Mehrwegsysteme, eine Ausweitung des Verbots von Plastikartikeln, eine Kostenbeteiligung der Hersteller

sowie Vorgaben zur abfallvermeidenden und recyclingfreundlichen Produktgestaltung. In anderen Bereichen bleibt die SPD jedoch stumm: Zur Wasserrahmenrichtlinie, zum umstrittenen Schutzstatus des Wolfs, zu einer Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt oder zu einem möglichen achten Umweltaktionsprogramm findet sich keine Positionierung im SPD-Europawahlprogramm.

Auch in Sachen Klimaschutz lassen die Forderungen der SPD zu wünschen übrig: Die geforderte Anhebung des EU-Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (im Vergleich zu 1990) sowie das langfristige Ziel der Klimaneutralität bis 2050 sind besser als momentan geltendes EU-Recht. Sie liegen aber unter den Forderungen des EU-Parlaments und werden nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zwar breiter gefächert als bei CDU/CSU und FDP. Wichtige Stell-schrauben wie ein rascher Kohleausstieg, eine Ablehnung von Investitionen in Infrastrukturen für Erdgas oder eine Anhebung der Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz bis 2030 fehlen jedoch.

## Bündnis 90/Die Grünen

Das Europawahlprogramm der Grünen spiegelt zum Teil die Forderungen der Umwelt- und Naturschutzverbände wider. So setzen die Grünen sich, wie auch in der letzten Legislaturperiode<sup>(2)</sup>, für ambitionierten Klimaschutz ein: Mit den Forderungen nach 55 Prozent Treibhausgasreduktion, 45 Prozent Erneuerbaren und 40 Prozent Energieeffizienz sowie einem

Kohleausstieg vieler europäischer Länder bis 2030 wären wir auf dem richtigen Weg, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die Maßnahmen sind vielfältig und umfassen beispielsweise einen regionalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, keine Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2030, den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen, eine Besteuerung des Flugverkehrs und Förderprogramme für Aufforstung.

Auch im Natur- und Tierschutz sind die Grünen stark aufgestellt: So setzen sie sich für eine ambitionierte Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, eine Stärkung europäischer Naturschutzgebiete, einen konsequenten Meeres- und Gewässerschutz und bedürfnisorientierte Tierhaltung ein. Sie sind gegen die Aufweichung bestehender umweltpolitischer Normen. In der Agrarpolitik wollen die Grünen nur solche Leistungen honorieren, die das Gemeinwohl fördern, und Zahlungen an die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards koppeln. Darüber hinaus fordern sie einen eigenständigen Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich sowie ein Verbot von Glyphosat und Gentechnik in der Landwirtschaft.

Die Grünen zeigen sich in Ansätzen wachstumskritisch. So möchten sie beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch ein grünes BIP ersetzen und engagieren sich für eine Wirtschaft, die am Gemeinwohl orientiert ist. Gleichzeitig halten sie an Marktinstrumenten wie dem europäischen Emissionshandel fest.

## Die Linke

Die Linke verfolgt eine sehr ambitionierte Klimapolitik, die teilweise die Forderungen von Umweltverbänden übertrifft. So verlangen sie, bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 65 Prozent zu verringern, europaweit aus der Kohle auszusteigen und den Erneuerbarenanteil auf 45 Prozent und Energieeffizienz auf 40 Prozent zu erhöhen. Statt des Emissionshandels setzen sie auf verbindliche Vorgaben, etwa im Hinblick auf ein Ende der Kohleverstromung in Kombination mit einem CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, einer Kohlenstoffsteuer, Divestment,

Maßnahmen zur Stärkung der CO<sub>2</sub>-Senken und strengen Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergie.

Ähnlich wie die Grünen stehen auch die Linken für starken Natur- und Tierschutz: Die Beibehaltung bestehender umweltpolitischer Normen, eine ambitionierte Biodiversitätsstrategie, die Stärkung europäischer Naturschutzgebiete, einen konsequenten Meeres- und Gewässerschutz und strenge Tierschutzvorgaben (einschließlich der Verankerung der Rechte von Tieren in einer europäischen Verfassung) sind bei den Linken Programm. Fördermittel in der Agrarpolitik sollen nur für konkrete gesellschaftliche Leistungen und für die Einhaltung sozialer, ökologischer und Tierschutzkriterien gezahlt werden. Wie auch die Grünen will die Linke Glyphosat und Gentechnik in der Landwirtschaft verbieten sowie gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen.

## FDP

Die Liberalen betrachten ein „gesundes“ Wirtschaftswachstum als mindestens ebenso wichtig wie Klimaschutz. Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen sind rein marktwirtschaftlich: Der europäische Emissionshandel allein soll es richten und weltweit und für alle Sektoren gelten. Die FDP versucht hiermit eine Nebelkerze zu werfen, da die Einführung eines globalen Emissionshandels im derzeitigen politischen Klima absolut unrealistisch ist. Die vorgeschlagenen Marktmechanismen, über die Mitgliedstaaten nicht erreichte Klimaziele durch die Finanzierung von Maßnahmen in anderen Ländern ausgleichen können, kommen nicht der globalen Gerechtigkeit nach. Die UN-Nachhaltigkeitsziele werden nur in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit genannt. Zumindest erkennt die FDP die Wichtigkeit von CO<sub>2</sub>-Senken für den Klimaschutz an. Diese Erkenntnis spiegelt sich jedoch nicht in den Positionen zu Naturschutz und Agrarpolitik wider.

Beim Natur-, Arten- und Ressourcenschutz enttäuschen die Liberalen auf ganzer Linie. Der propagierte Bürokratieabbau bereitet den Weg für Deregulierung

gen zugunsten der Wirtschaft auf Kosten von Umwelt und VerbraucherInnen. So spricht sich die FDP für eine Aufweichung von Politiken, die wildlebende Arten in Europa schützen sollen, und der Natura-2000-Gebiete aus. Darüber hinaus sollen Agrarsubventionen sukzessive abgebaut werden, was grundsätzlich sinnvoll sein kann. Das Agrarbudget sollte dann allerdings in die Honorierung von Umweltleistungen gesteckt statt – wie von der FDP vorgeschlagen – abgeschafft werden. Außerdem setzt die FDP sich für eine Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts ein, bei der die Nutzung von CRISPR/Cas9 in der Landwirtschaft erlaubt werden soll. Auch beim Tierschutz sieht es bescheiden aus: Die FDP spricht sich nicht für mehr Tierschutz aus, etwa durch ein Verbot von Massentierhaltung oder durch die Begrenzung der Dauer von Tiertransporten.

## AfD

Das Wahlprogramm enthält diskriminierende, europafeindliche und menschenverachtende Äußerungen: Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft, die Genfer Flüchtlingskonvention oder die deutsche EU-Mitgliedschaft erkennt die AfD nicht an. Den wissenschaftlich belegten anthropogenen Klimawandel leugnet sie und lehnt das Pariser Klimaabkommen ab. Auf dieser Basis ist kein Natur-, Umwelt- und Tierschutz möglich. Daher verzichten wir auf eine Analyse des Wahlprogramms.

## Anmerkungen:

- ▶ (1) DNR-Steckbrief: [www.kurzlink.de/steckbrief-euwahl](http://www.kurzlink.de/steckbrief-euwahl)
- ▶ (2) MEP-Scoreboard: [www.kurzlink.de/dnr-mep-ranking](http://www.kurzlink.de/dnr-mep-ranking)

Elena Hofmann ist Referentin für EU-Klima- und Energiepolitik beim DNR.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 67 81 775  
79, E-Mail:  
[elena.hofmann@dnr.de](mailto:elena.hofmann@dnr.de),  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)



## Europapolitische Forderungen

# Wer die Wahl hat ... hat die Chance

Vom 23. bis 26. Mai geht es um eine zukunftsfähige und nachhaltige EU

**Am 2. April gab es den Startschuss für die Europawahlkampagne #natürlichEuropa der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen unter dem Dach des Deutschen Naturschutzrings. Welche Forderungen wir konkret an die zukünftigen Europaabgeordneten in Sachen Artenschutz, Landwirtschaft, Mobilität, Tierschutz, Klima- und Energiepolitik sowie Ressourcenverbrauch richten, lesen Sie auf den folgenden vier Seiten. ■ VON DER REDAKTION**

### Offensive im Natur- und Artenschutz

Der EU-Naturschutz wirkt – wenn man nur will. Ein ausführlicher „Fitness Check“ der beiden EU-Naturschutzrichtlinien hat in der zu Ende gehenden Legislaturperiode gezeigt: Am rechtlichen Gerüst liegt es nicht, dass das Artensterben in Europa nahezu ungebremst voranschreitet. Auch die Wasser- und die Meeresstrategierahmenrichtlinien sind topfit. Dass der geforderte gute Zustand von Arten, Gewässern und Meeren nicht erreicht wird, lässt sich vielmehr auf den fehlenden Willen zur Durch- und Umsetzung seitens der Regierungen zurückführen. Ergebnis sind immer wieder Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und auf der anderen Seite Rechtsunsicherheit, Konflikte und Akzeptanzverlust des Naturschutzes vor Ort. Wenn weder klare Schutzvorgaben definiert noch LandwirtInnen attraktive Anreize für Naturschutzleistungen angeboten und zudem die Naturschutzverwaltungen kaputtgespart werden, dann existieren die so wichtigen Natura-2000-Gebiete oft nur auf dem Papier. Die konsequente Umsetzung des EU-Rechts sowie eine Zweckbindung von 15 Milliarden Euro jährlich im EU-Haushalt ab 2021 sind daher zentrale Forderungen der Umweltverbände – die übrigens auch der Umweltausschuss des EU-Parlaments bereits erhoben hat.

Auch gut umgesetzte Richtlinien würden allerdings das rasante Vogel- und Insektensterben nur teilweise aufhalten können. Solange die Treiber des Artensterbens, insbesondere die intensive Landwirtschaft und Fischerei, weiterhin mit einem Vielfachen an schädlichen Subventionen ausgestattet werden, lässt sich mit Naturschutz-

politik wenig ausrichten. Die derzeit knapp 60 Milliarden Euro jährlich, mit denen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ausgestattet ist, müssen deshalb grundlegend reformiert werden. Die ins kommende Europäische Parlament gewählten Abgeordneten werden darüber abstimmen, ob die fehlgeleiteten Flächenprämien der sogenannten Ersten Säule der GAP endlich abgeschafft werden und stattdessen für sinnvolle Investitionen in die nachhaltige Transformation der Landwirtschaft genutzt werden können. Das Europaparlament muss dazu allerdings erst einmal dem Agrarausschuss sowie dem Agrarministerrat einen großen Teil der Zuständigkeit entziehen – denn diese Gremien sind von Interessenkonflikten durchdrungen und zu keiner echten Reform fähig. Umwelt- und Verbraucherschutz, Regionalpolitik und Entwicklungszusammenarbeit müssen gleichberechtigt mitreden dürfen.

Die Umweltverbände wollen, dass die EU ab 2020 weltweit wieder Vorreiterin und Vorbild für die Rettung der Biodiversität wird. Der Schutz der planetaren (Außen-)Grenzen sollte in der nächsten Legislaturperiode oberste Priorität haben!

Konstantin Kreiser ist stellvertretender Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik im NABU-Bundesverband.

E-Mail: [konstantin.kreiser@nabu.de](mailto:konstantin.kreiser@nabu.de)  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)



### Höchste Zeit für die Agrarwende

EU-Wahlen haben enorme Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft. Die Art und Weise, wie in Deutschland Landwirtschaft gestaltet, finanziell gefördert und gesteuert wird, hängt in erheblichem Maß von politischen Entscheidungen in Brüssel ab. Kein anderer Wirtschaftssektor wird so zentral über die EU gesteuert. Aktuell wird fast die Hälfte des EU-Haushalts dafür ausgegeben, um die europäische Landwirtschaft zu unterstützen. Allein für Deutschland sind dies über 6 Milliarden Euro jährlich. Das gibt uns erheblichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Im Gegensatz zu anderen Sektoren ist sehr wohl – und vergleichsweise relativ einfach – steuerbar, was auf dem Acker passiert, wenn man politisch nur will.

Aktuell jedoch setzt die Förderpolitik der EU falsche Anreize. Es gilt die pauschale EU-Förderdevise: je mehr Fläche, umso mehr Geld – unabhängig von der Qualität der landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsform und Produkte. Dies benachteiligt kleinere BäuerInnen, welche unter immer größerem Preisdruck stehen. Gleichzeitig hat das EU-Fördersystem das dramatische Aussterben von Pflanzen- und Tierarten in der Agrarlandschaft nicht stoppen können. Ein „Weiter so“ darf es daher nicht geben! Der zunehmende Verlust von Biodiversität, der Fruchtbarkeit von Böden und die anhaltende Belastung von Grundwasser und Oberflächengewässern durch zu hohe Einträge von Düngern und Pestiziden muss endlich gestoppt werden. Aber auch der schleichende Strukturwandel, also das Höfesterben, sowie die geringe Wertschätzung von LandwirtIn-



nen und landwirtschaftlicher Erzeugung bedürfen endlich der Aufmerksamkeit der Politik.

Wir fordern eine grundsätzlich reformierte Agrarpolitik, die dazu führt, dass Landwirtschaft ökologisch nachhaltig gefördert und betrieben wird. Dies umfasst den aktiven Schutz und die Wiederherstellung von Artenvielfalt sowie einen Ackerbau mit Fruchtfolgen und Methoden, die den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln massiv reduziert und wertvolle Dünger besser nutzt und in Wert setzt. Wir fordern, dass Anstrengungen unternommen werden, Landwirtschaft klimaneutral zu betreiben, zum Beispiel durch bodenhumusfördernde Maßnahmen als natürliche CO<sub>2</sub>-Senke. Außerdem erwarten wir, dass eine EU-Politik betrieben wird, die zu einer vermehrten Wertschätzung der Landwirtschaft führt, damit BäuerInnen ein adäquates Einkommen erhalten. Verändertes, nachhaltiges Konsumverhalten, faire Preise und nachhaltige Lieferketten – auch bei Importen in die EU – sind Grundvoraussetzung.

Das ist keine Science Fiction! Lösungen für alle der angesprochenen Themen liegen längst auf dem Tisch. Es gibt viele gute Beispiele, Pilotprojekte und Initiativen, die zeigen, wie Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft geht. Und es gibt immer mehr Menschen und auch PolitikerInnen, die sich dafür einsetzen.

Und genau deshalb müssen die Menschen in Deutschland am 26. Mai zur Wahlurne gehen. Wir brauchen ein EU-Parlament, das genau diese Weichen der EU-Agrarpolitik auf eine nachhaltige Zukunft stellt. Es ist jetzt Gestaltung notwendig und nicht die Erhaltung des Status quo.

Dr. Rolf Sommer ist Leiter des Fachbereichs Landwirtschaft beim WWF Deutschland.

E-Mail:  
rolf.sommer@wwf.de,  
www.wwf.de



## Die Verkehrswende einleiten

Mobilität ist ein zentraler Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Die Art und Weise, wie wir diese derzeit gestalten, belastet Mensch und Umwelt jedoch in hohem Maße – etwa mit Blick auf Luftqualität und Klima. Die EU hat vielfältige Ziele und Gesetze auf den Weg gebracht, um dies anzugehen.

Die Festsetzung EU-weiter Vorgaben ist wichtig, aber deren nationale Umsetzung und damit die Zielerfüllung kein Selbstläufer. Am Beispiel Klimaschutz im Verkehrssektor wirkt sich das so aus: In der EU sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Verkehrssektor kaum, nationale Ziele für das Jahr 2020 werden verfehlt, und um die Vorgaben für 2030 sicherzustellen, fehlt den Mitgliedstaaten der politische Wille.

Mitglieder des EU-Parlaments müssen daher auch künftig darauf drängen, dass europäische Lösungen auf den Weg gebracht und auch umgesetzt werden. Das hat nicht nur, aber auch mit überzeugender Kommunikation zu tun.

Aus dem breiten Bündel von reizvollen Aufgaben, die anstehen, seien einige exemplarisch genannt:

- ▶ Setzen Sie sich für die Verkehrswende ein! Überall in Europa leiden Menschen unter schlechter Luft, unter Lärm und vollgestopften Straßen. Eine Umsetzung ist machbar und kommt den Menschen in Europa zugute.
- ▶ Die Herausforderungen Klimaschutz und Schutz unserer Gesundheit mit Blick auf den Verkehrssektor sind enorm. Wir brauchen wirksame Instrumente – und müssen auch die Menschen mitnehmen, die künftig bezahlbar und umfassend mobil sein wollen und müssen. Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, um die Grundlagen der getroffenen Entscheidungen hin zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik sowie Notwendigkeit und Machbarkeit einer Verkehrswende zu vermitteln, wenn durch diese Entscheidungen Veränderungen erforderlich werden. Im entscheidenden Moment die Grundlagen infrage zu stellen, das lässt Menschen in Europa zu Recht an der Verlässlichkeit von Politik zweifeln.

- ▶ Behalten Sie begrenzte Ressourcen und globale Sozialstandards im Blick! Zu lange hat die EU auf der Suche nach alternativen Kraftstoffen oder Antrieben auf Pfade gesetzt, die zum Teil drastische Umweltprobleme verursacht haben. Als Beispiel sei die Beimischung von Palmöl in Diesel genannt. Machen Sie sich stark für klare Effizienz- und Umweltstandards beim Ausstieg aus fossilen Kraftstoffen.
- ▶ Der Dieselskandal war und ist ein Offenbarungseid in Sachen Verbraucherschutz in der EU. Schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass VerbraucherInnen ihr Recht bekommen! EU-weit muss es die Möglichkeit geben, kollektive Rechtssysteme in Anspruch zu nehmen, wenn Unternehmen zulasten von VerbraucherInnen Vorgaben missachten. Der „New Deal for Consumers“ darf nicht in der Schublade verschwinden!

Dorothee Saar leitet den Fachbereich Verkehr und Luftreinhaltung bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

E-Mail:  
saar@duh.de, www.duh.de



## Europa und der Tierschutz

Tierschutz und EU – wie passt das zusammen? Ist Tierschutz in Deutschland nicht Teil der nationalen Politik? Die Antwort ist ein klares Jein! Die Ausgestaltung und Umsetzung ist nationale Aufgabe. Das große Ganze, der Rahmen, wird über die europäische Gesetzgebung vorgegeben. In einigen tierschutzrelevanten Bereichen fehlt es noch immer an Vorgaben. So gibt es weder das dringend erforderliche, europaweite Verbot von Pelzfarmen noch ein Wildtierverbot im Zirkus. Gibt es Vorschriften und Richtlinien wie bei Tiertransporten und Labortieren, sind diese oft nicht ausreichend oder ungenügend umgesetzt.

- Tiertransporte: Tierleid muss vermieden werden

Die Art und Weise, wie lebende Tiere durch und außerhalb Europas transportiert werden, ist in der EU-Transportverordnung von 2005 geregelt: Vorgaben wie Transportdauer, Platzangaben, Pausenzeiten und Temperaturgrenzen sind bis zum Bestimmungsort – auch außerhalb der EU – einzuhalten. Allerdings sind sie nicht tierschutzgerecht, sodass der Deutsche Tierschutzbund seit Inkrafttreten der Verordnung deren Novellierung fordert. Darüber hinaus fordern wir einen Transportstopp in EU-Drittländer, wenn nicht mindestens die OIE-Standards (also die der Weltorganisation für Tiergesundheit) zu Transport und Schlachtung eingehalten werden. Langfristig sollten anstelle von lebenden Tieren ausschließlich Fleisch und bei Zuchttieren Sperma und Genmaterial exportiert werden. Nur so kann verhindert werden, dass Tiere auf langen Transporten Hunger, Durst, Hitze, Kälte und Schmerzen erleiden müssen.

- Tierversuche: Strategie zum Ausstieg aus Tierversuchen notwendig

Eine große Mehrheit der EU-BürgerInnen fordert einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2016 zufolge, weltweit hohe Tierschutzstandards festzulegen. Der Deutsche Tierschutzbund unterstützt eine vom EU-Parlament im Mai 2018 verabschiedete Resolution, die sich für ein weltweites Verbot von Tierversuchen für kosmetische Produkte und deren Handel bis 2023 einsetzt. Dies darf aber nicht davon ablenken, dass die seit 2010 gültige EU-Tierversuchsrichtlinie noch nicht in allen EU-Ländern konform in nationales Recht umgesetzt wurde: So läuft derzeit ein Vertragsverletzungsverfahren gegen sechs EU-Länder, unter anderem Deutschland. Der Deutsche Tierschutzbund fordert, die Mängel umgehend zu beheben. Zudem müssen der schrittweise Ausstieg aus Tierversuchen vorangebracht und mehr Fördergelder für die Entwicklung und Anwendung von tierversuchsfreien Methoden bereitgestellt werden. Nur so kann das endgültige Ziel der EU-Tierversuchsrichtlinie erreicht werden: dass alle Tierversuche vollständig ersetzt werden.

Unser Fazit: Es gibt viele Baustellen im Bereich Tierschutz, mit denen sich das nächste EU-Parlament und die EU-Kommission auseinandersetzen müssen – denn Tierschutz ist eine europäische Aufgabe!

Martina Eichner ist seit Mai 2018 als Referentin für Europapolitik im Hauptstadtbüro des Deutschen Tierschutzbundes tätig. Sie koordiniert die europapolitischen Tätigkeiten des Vereins.

E-Mail:  
eichner@tierschutzbund.de,  
www.tierschutzbund.de



### Schutzgarantin vor der Klimakrise: die EU

Bald sind Europawahlen. Und die Menschen in der EU wollen offenbar wie nie zuvor, dass das Staatenbündnis sie vor der drohenden Klimakrise beschützt. Das zeigen Umfragen.

In einer repräsentativen Eurobarometer-Umfrage von Ende 2018 erklärten die Befragten den Klimawandel bereits zum fünf wichtigsten Problem, dem die EU derzeit gegenübersteht. Bei keinem anderen der genannten Probleme ist in den letzten Jahren die Bedeutung so stark gestiegen. In einer im Februar 2019 veröffentlichten Umfrage des Pew Research Centers aus zehn EU-Ländern, darunter Polen und Ungarn, sehen die Befragten den Klimawandel sogar als wichtigste Bedrohung für das eigene Land.

Und weil das so ist, fordern der Deutsche Naturschutzring, Germanwatch und immer mehr Akteure der Zivilgesellschaft die Abgeordneten des nächsten Europaparlaments und die Bundesregierung auf, den Schutz vor der Klimakrise in der DNA der EU zu verankern – neben den anderen existenziellen Grundpfeilern der Union, neben Frieden und wirtschaftlicher Integration in Europa. Der als Reaktion auf den Brexit angestoßene Zukunft-für-Europa-Prozess und der Start der neuen Legislatur sind der richtige Zeitpunkt. Besonders von der Bundesregierung und

vom Ausgang der EU-Wahl am 26. Mai hängt es ab, ob das gelingt.

Nicht, dass die EU beim Klimaschutz untätig wäre. Ohne EU steckte in vielen Mitgliedsstaaten der Umbau der Wirtschaft noch länger in den Kinderschuhen. Aber die von den EU-Regierungen vorgegebene Geschwindigkeit der Transformation reicht ganz eindeutig nicht, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Darum haben DNR und Germanwatch konkrete Anforderungen an das nächste Europaparlament, die nächste EU-Kommission und an die Bundesregierung formuliert. Darunter insbesondere die Forderung nach Klimaneutralität bis allerspätestens 2050 und möglichst davor.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss etwa der Emissionshandel weiter gestärkt werden, unter anderem mit einem ansteigenden CO<sub>2</sub>-Mindestpreis. Die trotz einer ersten Nachbesserung wenig ambitionierten Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien sollten zudem überprüft werden. Erneuerbare Energien werden immer wettbewerbsfähiger. Germanwatch hält es für zentral, dass die EU weitreichende Paris-Umsetzungspartnerschaften mit anderen Staaten eingeht und endlich mehr Ressourcen in ihre Klimadiplomatie steckt.

So kann eines der wichtigsten Projekte zur Stärkung der EU gelingen: das Staatenbündnis als glaubwürdige Schutzgarantin vor der Klimakrise. Glaubwürdig für seine ob einer ungezügelter Globalisierung teils tief verunsicherten BewohnerInnen. Und glaubwürdig für die gemeinsame Umsetzung und Kooperation mit Staaten, die wirkungsvollen Klimaschutz umsetzen wollen.

Oldag Caspar ist Teamleiter für deutsche und europäische Klimapolitik bei Germanwatch. Er beobachtet seit acht Jahren, wie viel Berlin in der Brüsseler Klimapolitik steckt.

E-Mail:  
caspar@germanwatch.org,  
www.germanwatch.org



## Unendliches Wachstum ist nicht möglich

Europa lebt auf Pump – zumindest ökologisch. Der Fußabdruck, den die EuropäerInnen auf der Erde hinterlassen, ist nicht nachhaltig: Europa verbraucht derzeit das 1,5-Fache seiner eigenen Fläche. Europa hat nur eine Zukunft, wenn es schonender und nachhaltiger mit Energie, Ressourcen, Chemikalien und Flächen umgeht. Um diese Ziele zu erreichen, muss sich die EU auf eine Zeit jenseits eines wachsenden Ressourcenverbrauchs vorbereiten. Aus diesem Grund appellieren die deutschen Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen unter dem Dach des Deutschen Naturschutzrings an die künftigen Europaabgeordneten, dafür Sorge zu tragen, dass sich Forschung und Innovation auf die großen Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit und Gerechtigkeit ausrichten. Dabei reichen rein technologische Ansätze für Energiewende, Verkehrswende oder Agrarwende nicht aus. Sie können nur in einem systemischen Ansatz mit der Gesellschaft und mit sozialen Innovationen gelingen sowie mit einer Wirtschaft, die ihre Verantwortung für das Gemeinwohl zu tragen bereit ist.

Ebenso müssen sich die EU-ParlamentarierInnen für eine nachhaltige europäische Industrie- und Forschungspolitik

einsetzen, die insbesondere den Markteinstieg von neuen umweltverträglichen Zukunftstechnologien befördert. Sämtliche Forschungsförderungen für Projekte, die nicht im Einklang mit den Klimazielen von Paris und der UN-Nachhaltigkeitsagenda stehen, müssen beendet werden.

Außerdem muss die Entwicklung umweltverträglicher Zukunftstechnologien durch das EU-Parlament gefördert werden, zum Beispiel Energiespeicher, energieeffizientere Produkte, Demand-Side-Management, digitale Anlagenfernsteuerung, langlebige und reparierbare Produkte, recyclingoptimierte Produkte oder auch Dienstleistungen, die Ressourcen in größerem Maße schonen.

Darüber hinaus sollen sich die Abgeordneten in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die EU die Vermeidung von Abfall, die Reparatur und Wiederverwendung sowie das Recycling von Produkten weiter vorantreibt. Eine konsistente Kreislaufwirtschaft kann nur durch finanzielle Besserstellung von entsprechend designten Produkten und Dienstleistungen gelingen.

Damit einhergehend müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um einen nachhaltigen Umgang mit Kunststoffen, eine Regulierung von Mikroplastik sowie eine globale Produzentenverantwortung für Kunststoffanwendungen auf den

Weg zu bringen. Die Nutzung von Kunststoffen soll über Energiesteuern sowie Materialinputsteuern geregelt werden.

Zudem sollen sich die Europaabgeordneten dafür starkmachen, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die die Wiederverwendung von Materialien für Menschen und Umwelt gefahrlos macht. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen der verwendeten Materialien bekommen.

Genauso wichtig ist es, den Rohstoffverbrauch in der EU und in ihren Mitgliedstaaten rasch und dauerhaft zu verringern. Hierfür bedarf es eines schrittweise abzusenkenden Ziels für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner.

Nicht vergessen werden darf das Vorsorgeprinzip, das bei Subventionen oder Anreizen konsequent angewendet werden muss. Zum Beispiel ist die Besteuerung von Rohstoffen, aber auch einzelner Materialien sowie in einzelnen Wirtschafts- und Konsumsektoren denkbar. **[Die Redaktion]**

### Anmerkungen:

- ▶ Umweltpolitische Forderungen für die Europawahl: [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-07-DNR-Europawahl-2019-Forderungen-DE.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-07-DNR-Europawahl-2019-Forderungen-DE.pdf)
- ▶ Informationen rund um die Wahl: [www.dnr.de/eu-koordination/europawahl-2019](http://www.dnr.de/eu-koordination/europawahl-2019)

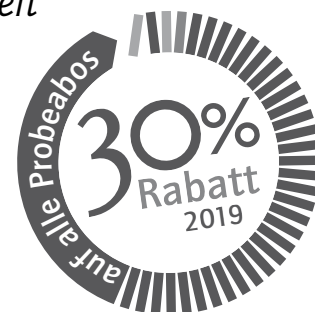


## Den Horizont erweitern...

*...mit allen Seiten der Nachhaltigkeit*

Ob Umweltforschung oder Umweltpolitik, ob Naturschutz oder ökologische Wirtschaft: Die oekom-Fachzeitschriften geben nachhaltige Denkanstöße. Überzeugen Sie sich selbst – mit einem **rabattierten Probeabo!**

[www.oekom.de/zeitschriften](http://www.oekom.de/zeitschriften), [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de)



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

## Abfallbehandlung

**Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

■ Sowohl das Europäische Parlament als auch die EU-Kommission haben Anfang April festgestellt, dass die Mitgliedstaaten ihren Umgang mit Abfällen erheblich verbessern müssen, um die Ziele einer Kreislaufwirtschaft zu erreichen.

Als Reaktion auf über 60 Petitionen aus acht Mitgliedstaaten forderten die Abgeordneten des EU-Parlaments die Regierungen der Mitgliedstaaten dazu auf, die Abfallgesetzgebung der EU ambitionierter umzusetzen. In ihrer Entschließung führten die ParlamentarierInnen als Begründung die Folgen unsachgemäßer Abfallentsorgung wie schlechte Luftqualität, Grundwasserverschmutzung, Lärm und Gestank auf. Um die Ziele der EU-Politik zu erfüllen, müssten die Mitgliedstaaten neue Geschäftsmodelle zur Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling stärker fördern.

Dass ein ambitioniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten unbedingt erforderlich ist, bestätigte die EU-Kommission einen Tag später mit ihrem Bericht zur Umsetzung der Umweltgesetzgebung in der Europäischen Union. Darin wurde deutlich, dass die Hälfte der Mitgliedstaaten es möglicherweise nicht schaffen wird, bis 2020 50 Prozent der Siedlungsabfälle zu recyceln, wie es die Abfallrahmenrichtlinie der EU vorsieht. Bessere Abfallsammlensysteme, Steuern auf Deponien und Müllverbrennung und Müllsammelungs- und Recyclinggebühren für Produzenten könnten laut dem Bericht der Kommission dabei helfen, das Ziel noch zu erreichen. [km]

- ▶ Resolution des EU-Parlaments: [www.kurzlink.de/ep-wastemanagement](http://www.kurzlink.de/ep-wastemanagement)
- ▶ Bericht der EU-Kommission zur Umsetzung der Umweltgesetzgebung: [www.ec.europa.eu/environment/eir/pdf/eir\\_2019.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/eir/pdf/eir_2019.pdf)

## UN-Konferenz

**Global gegen Modewahnsinn**

■ Im Rahmen der 4. Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA) in Nairobi im März ist eine neue Allianz für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster in der Modeindustrie gegründet worden. Die Allianz soll dazu beitragen, die negativen Auswirkungen der Modeindustrie auf ArbeiterInnen und die Umwelt zu verringern und die Industrie mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (VN) in Einklang zu bringen. Die UN Alliance for Sustainable Fashion besteht neben den Entwicklungs- und Umweltprogrammen der VN, der Internationalen Arbeitsorganisation und der Weltbank unter anderem auch aus dem globalen Partnerschaftsprogramm Connect4Climate und der Ethical Fashion Initiative.

Für Patrizia Heidegger, Vertreterin des Europäischen Umweltbüros in Nairobi, ist „UNEA der Ort, an dem sich globale Führungskräfte auf die Entwicklung verbindlicher Regeln für verantwortungsbewusstes Geschäftsverhalten einigen müssen, um negative Umweltauswirkungen zu reduzieren“. Sie bedauerte, dass keine verbindlichen Standards, beispielsweise für die Regulierung von Mikroplastik beschlossen wurden.

Die Herstellung von Kleidung führt weltweit zur Verschmutzung von Wasser und Böden, setzt große Mengen an Mikroplastik frei und produziert jährlich über 1,2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen. [km]

- ▶ [www.kurzlink.de/unea-fashion](http://www.kurzlink.de/unea-fashion)
- ▶ [www.metamag.org/2019/03/18/hit-the-brakes-to-slow-down-polluting-fast-fashion-industry](http://www.metamag.org/2019/03/18/hit-the-brakes-to-slow-down-polluting-fast-fashion-industry)

## Arzneimittelkontamination

**Strategie verbessern**

■ Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Strategie gegen die Verschmutzung der Umwelt durch Arzneimittel geht vielen Umweltverbänden nicht weit genug. In einem Brief forderten sie Mitte April ehrgeizige und verbindliche Maßnahmen. Um die schädlichen Auswirkungen von

Medikamentenrückständen auf Mensch und Umwelt tatsächlich zu bekämpfen, müssten alle medizinischen Produkte auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden, so die Verbände. Zugelassen werden dürften dann nur Mittel, die nachweislich keinen Schaden in der Umwelt anrichten. Zudem müsse die EU verhindern, dass Arzneimittelhersteller Sicherheits- und Umweltstandards auch bei der Produktion von Medikamenten in Drittstaaten einhalten und Transparenz in der gesamten Produktionskette sichergestellt wird. Der Brief enthält insgesamt fünf Vorschläge, um die Strategie gegen Arzneimittel in der Umwelt zu verbessern.

Grundsätzlich forderten die Verbände, zu denen unter anderem das Europäische Umweltbüro (EEB), der BUND und das Pestizid Aktions-Netzwerk Deutschland gehören, von der EU „mehr Führungsstärke im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen“. Der One-Health-Ansatz der EU gegen Antibiotikaresistenzen müsse besser mit den Umweltstrategien der EU in Einklang gebracht werden. Gelangen antimikrobielle Verbindungen aus Medikamenten in die Umwelt, beispielsweise ins Abwasser, fördern sie die Entwicklung resistenter Bakterien. Die UnterzeichnerInnen des Briefes zitieren Schätzungen des Eurobarometers, nach denen jedes Jahr 25.000 Menschen in der EU durch Antibiotikaresistenzen sterben. [km]

- ▶ Verbändebrief: [www.kurzlink.de/ngos-pharmaceuticals](http://www.kurzlink.de/ngos-pharmaceuticals)

## Befragung zu Chemikalien

**Gesucht: Erkenntnisse zu Mikroplastik**

■ Wie im Januar angekündigt, hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) eine Konsultation zu einem möglichen Mikroplastikverbot gestartet. Bis zum 20. September können sich Interessierte beteiligen.

Das mögliche Verbot bezieht sich auf Mikroplastik in bestimmten Verbrauchsprodukten wie Kosmetik, Farben und



Waschmitteln. Die Konsultation bietet Mitgliedstaaten, VertreterInnen der Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Einrichtungen sowie Unternehmen nun die Möglichkeit, ihre Erkenntnisse über die Auswirkungen von Mikroplastik auf Mensch und Umwelt darzulegen. Während direkte Schäden von Mikroplastik noch nicht bewiesen wurden, steht bereits fest, dass sich die kleinen, maximal fünf Millimeter großen Partikel, an Giftstoffe heften und diese transportieren können. So landen sie laut der Umweltorganisation Seas at Risk beispielsweise im Gewebe von Fischen, wo sie sich ansammeln und Krankheiten verursachen können. Deshalb seien vorbeugende Maßnahmen, die die Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt begrenzen, von entscheidender Bedeutung. [km]

- ▶ Konsultation (bis 20.09.2019): [www.kurzlink.de/echa-konsultation](http://www.kurzlink.de/echa-konsultation)
- ▶ Infoseite der ECHA zu Mikroplastik: [www.echa.europa.eu/de/hot-topics/microplastics](http://www.echa.europa.eu/de/hot-topics/microplastics)
- ▶ Seas at Risk: [www.kurzlink.de/seas-at-risk-plastic](http://www.kurzlink.de/seas-at-risk-plastic)

## REACH

### Stärkere Regelung notwendig

■ Die Hälfte der geprüften kommerziell genutzten Chemikalien in der EU ist im derzeitigen Gebrauch unsicher, kritisiert das Europäische Umweltbüro (EEB). Trotz bestehender Regelungen werden diese in Konsumgütern und anderen Produkten verwendet. Das zeigen Untersuchungen durch die Mitgliedstaaten der EU.

Rund 22.000 Chemikalien sind für den Einsatz in Europa registriert. Die nationalen Behörden haben im März 2012 mit eingehenden Sicherheitschecks von Hunderten von Stoffen begonnen, denen gefährliche Eigenschaften zugeschrieben werden. Bis Dezember 2018 wurden genauere Qualitätskontrollen an 94 Stoffen durchgeführt, von denen fast die Hälfte in ihrer derzeitigen kommerziellen Verwendung für unsicher erklärt wurde.

Die Prüfbehörden kamen zu dem Schluss, dass in allen Fällen Schutzmaß-



nahmen erforderlich sind, allerdings wurden für 74 Prozent der als unsicher deklarierten Stoffe noch keine Maßnahmen ergriffen. Dadurch ist es der Industrie weiterhin gesetzlich erlaubt, jährlich Millionen Tonnen der 46 Stoffe zu verwenden. Die daraus resultierenden Belastungen können Krebs, Fruchtbarkeitsprobleme oder andere gesundheitliche Auswirkungen sowie schwere Umweltverschmutzung verursachen. [UWD/aw]

- ▶ EU-Umweltbüro: [www.kurzlink.de/uwd-chemikalien](http://www.kurzlink.de/uwd-chemikalien)

## Schadstoffe

### EU-Parlament will Ausnahmen nicht hinnehmen

■ Im Februar sprach sich der REACH-Ausschuss für die bisher größte Ausnahmegenehmigung für Stoffe aus, die eigentlich in der EU verboten sein sollten. Dagegen formierte sich im März Widerstand unter den EU-Abgeordneten.

Mit 309 zu 286 Stimmen (24 Enthaltungen) stimmten die ParlamentarierInnen für eine Resolution, die der Niederländer Bas Eickhout (Grüne) eingebracht hatte. Darin forderten sie die EU-Kommission auf, keine Ausnahmegenehmigungen für die Verwendung des krebserregenden Stoffes Chromtrioxid zu erteilen. VertreterInnen der Mitgliedstaaten hatten sich im Februar im REACH-Ausschuss für diese Genehmi-

gungen ausgesprochen. Chromtrioxid wird in Farben und Beschichtungen verwendet und ist wegen seiner schädlichen Auswirkungen seit 2017 als besonders besorgniserregende Substanz eingestuft.

Élise Vitali, Chemikalienreferentin beim Europäischen Umweltbüro, begrüßte die „starke Botschaft der Parlamentsmitglieder“. Inzwischen seien sicherere Alternativen in den meisten europäischen Ländern und in anderen Regionen der Welt bereits weit verbreitet.

Die Abgeordneten stellten auch die Genehmigungen für den Weichmacher DEHP infrage. Die Resolutionen haben keine rechtliche Bindung. [km]

- ▶ Resolution des EU-Parlaments: [www.kurzlink.de/ep-chromtrioxid](http://www.kurzlink.de/ep-chromtrioxid)
- ▶ Nachricht bei EndsEurope (kostenpflichtig): [www.kurzlink.de/ends-chromtrioxid](http://www.kurzlink.de/ends-chromtrioxid)

## Langlebige Schadstoffe

### Neue Regeln weiter umstritten

■ Die neuen EU-Grenzwerte für besonders langlebige Schadstoffe verstoßen gegen die Stockholm-Konvention, erklärten Umweltverbände im März in einem Brief an die EU-Institutionen. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments sprach sich dennoch für die neuen Regelungen aus.

Die im Februar getroffene Vereinbarung zur Überarbeitung der POP-Verord-

nung (persistente organische Schadstoffe; persistent organic pollutants) erlaube es, dass hohe Anteile an gefährlichen bromierten Flammschutzmitteln in recycelten Kunststoffen zugelassen werden, so die Verbände. Diese Stoffe werden mit Schilddrüsenstörungen und neurologischen Krankheiten bei Kindern in Verbindung gebracht. Auch der neue Grenzwert für den Stoff DecaBDE erlaube zu hohe Konzentrationen des Mittels in recycelten Artikeln. Die international verbindliche Stockholm-Konvention, die den Umgang mit POPs festschreibt, sieht keine Ausnahmen für DecaBDE in entsorgten Stoffen vor. Die Flammschutzmittel wurden bereits in Spielzeug europaweit nachgewiesen.

Die UnterzeichnerInnen des Briefes forderten die Parlaments- und Ratsmitglieder auf, sich für Grenzwerte von maximal 10 Teilen pro Million (parts per million, ppm) DecaBDE in Produkten und 50 ppm in Rezyklaten auszusprechen. Der Entwurf der überarbeiteten Verordnung sieht derzeit 1.000 ppm in Rezyklaten vor. [km]

► HEAL: [www.kurzlink.de/heal-pdp](http://www.kurzlink.de/heal-pdp)

## Feuerungsanlagen

### Schadstoffausstoß begrenzen

■ Der Umweltausschuss des Bundestages hat Mitte April einen Entwurf zur Einführung der Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen sowie zur Änderung der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen beschlossen. Damit soll die MCP-Richtlinie der EU, die den Ausstoß von Schadstoffen aus Feuerungsanlagen regelt, in Deutschland umgesetzt werden. Die Verordnung sieht nationale Emissionsgrenzwerte für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Gesamtstaub vor, die direkt beziehungsweise ab den Jahren 2025 oder 2030 gelten sollen. Umweltschutzorganisationen fordern strengere Grenzwerte, insbesondere für Quecksilber. [km]

► [www.kurzlink.de/butag-mcp-rl04.2019](http://www.kurzlink.de/butag-mcp-rl04.2019)

## KLIMA & ENERGIE

### Klimaschutzranking

#### Wem ist es wie ernst?

■ Im April haben der DNR und das Climate Action Network (CAN) Europe ein Klimaschutzranking der deutschen Abgeordneten und der deutschen Parteien im Europäischen Parlament herausgebracht.

Nur die Grüne/EFA-Fraktion (85 Prozent), die Europäischen Linken (66,5 Prozent) sowie die europäischen SozialdemokratInnen (61 Prozent) schneiden gut ab. Als zögerlich bewertet das Ranking die EFDD-Fraktion (Europa der Freiheit und direkten Demokratie) mit knapp 41 Prozent und die ALDE-Fraktion (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) mit 38 Prozent. Bremsen in Sachen Klimaschutz sind die fraktionslosen Abgeordneten (24 Prozent), die ENF-Fraktion (Europa der Nationen und der Freiheit) mit rund 15 Prozent sowie die europaskeptischen Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) mit mageren 10 Prozent. Die derzeit größte Fraktion im EU-Parlament, die konservative Europäische Volkspartei (EVP), erreicht nur 14 Prozent.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für Deutschland: So haben die Unionsparteien CDU und CSU in den vergangenen fünf Jahren gegen einen konsequenten Klimaschutz gestimmt. Auch die FDP schneidet sehr schlecht ab (14 Prozent). Im guten Mittelfeld befinden sich die Linken mit 59 Prozent und die Sozialdemokraten mit 63 Prozent. Spitzenreiter sind Bündnis 90/Die Grünen, die in 88 Prozent der gewerteten Abstimmungen für konsequenten Klimaschutz stimmten.

DNR-Präsident Kai Niebert sagte, es mache einen großen Unterschied, wer im Europäischen Parlament sitzt. Die Europawahl Ende Mai sei entscheidend dafür, ob und wie wir es schaffen, die Erderwärmung zu stoppen. [aw]

- Vollständiges Klimaschutzranking: [www.kurzlink.de/can-climranking2019](http://www.kurzlink.de/can-climranking2019)
- DNR: [www.kurzlink.de/dnr-pm-climranking](http://www.kurzlink.de/dnr-pm-climranking)
- Klimaschutzranking deutscher EU-Abgeordneter: [www.kurzlink.de/dnr-mep-ranking](http://www.kurzlink.de/dnr-mep-ranking)

### Klimawandelkosten

#### Europas Milliarden Schäden

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat im April einen Bericht veröffentlicht, der die wirtschaftlichen Schäden durch die Folgen des Klimawandels zwischen 1980 und 2017 auf 453 Milliarden Euro für die 33 Mitgliedstaaten der EEA beziffert. Das entspricht durchschnittlich 12 Milliarden Euro pro Jahr.

Wetter- und klimabezogene Extreme bescherten den 28 EU-Mitgliedstaaten im gleichen Zeitraum rund 426 Milliarden Euro ökonomische Verluste. Die teuersten Extremwetterereignisse waren laut EEA Überschwemmungen in Mitteleuropa 2002, die Hitze- und Dürrewelle 2003 sowie Überflutungen in Italien und Frankreich im Jahr 2000. Zudem waren die Verluste sehr ungleich verteilt: Die Hauptlast trugen Deutschland mit 96 Milliarden, Italien mit 64 Milliarden und Frankreich mit 62 Milliarden Euro. Außerdem meldeten Italien und Frankreich mit jeweils mehr als 20.000 Toten die höchsten Opferzahlen. [aw]

► EEA: [www.kurzlink.de/eea-report-020419](http://www.kurzlink.de/eea-report-020419)

### EU-Forschungsprogramm

#### 35 Prozent für Klimaschutz

■ Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten haben sich im März vorläufig auf das Programm „Horizon Europe“ geeinigt, das ab 2021 Forschung und Innovation in der EU fördern soll. Nach Ansicht des EU-Parlaments ist es das ehrgeizigste Forschungsprogramm überhaupt – mit einem Ausgabenziel von mindestens 35 Prozent für Klimaschutzprojekte. Damit läge der Anteil 10 Prozent über der Klimaquote von 25 Prozent, die für den gesamten mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 derzeit diskutiert werde.

Die Denkfabrik E3G bewertete das Ausgabenziel positiv. Allerdings seien fossile Energieträger von der Förderung nicht ausgeschlossen. Das Programm kann daher aus Sicht von E3G noch ambitionierter werden. Auf einen anderen kontroversen Aspekt machte der Umweltin-

formationsdienst ENDS aufmerksam: Der Kompromisstext enthält in der Präambel offenbar eine Referenz zum Innovationsprinzip. Die Kampagnengruppe Corporate Europe Observatory (CEO) warnte davor, dass das Innovationsprinzip dazu führen könne, dass unter dem Deckmantel der Innovationsförderung klima- und umweltschädliche Unternehmen geschützt würden. [aw]

- ▶ EU-Parlament:  
[www.kurzlink.de/horizon-eu-200319](http://www.kurzlink.de/horizon-eu-200319)
- ▶ E3G: [www.kurzlink.de/e3g-horizon-200319](http://www.kurzlink.de/e3g-horizon-200319)
- ▶ ENDS (kostenpflichtig):  
[www.endseurope.com/article/55180](http://www.endseurope.com/article/55180)

## EU-Langfrist-Haushalt

### Ein Viertel für Klimaschutz

■ Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat sich im März über das Ausgabenziel für Klimaschutz im nächsten langfristigen EU-Haushalt ausgetauscht. 25 Prozent scheinen konsensfähig. Wie der Umweltinformationsdienst ENDS berichtete, lehnte Polen als einziges EU-Land das 25-Prozent-Ziel ab. Nach Ansicht des polnischen Ministers Konrad Szymański sind 20 Prozent ausreichend – wie es im laufenden mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 der Fall ist.

Auf der anderen Seite schlug Frankreich ein weitaus höheres Ausgabenziel von 40 Prozent für die ökologische Wende vor. Damit sollen nicht allein Maßnahmen für Klimaschutz, sondern auch für Naturschutz und saubere Luft finanziert werden.

Das Climate Action Network (CAN) Europe ist überzeugt, dass ein Viertel des mehrjährigen Finanzrahmens zu wenig sei, um den Klimawandel tatsächlich zu bekämpfen. Die Mitgliedstaaten müssten Sorge dafür tragen, dass die verbleibenden 75 Prozent im EU-Haushalt nicht in klima- und umweltschädliche Maßnahmen fließen.

Eine endgültige Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 wird frühestens im Herbst dieses Jahres erwartet. [aw]

- ▶ Rat der EU: [www.kurzlink.de/gac-190319](http://www.kurzlink.de/gac-190319)
- ▶ CAN Europe: [www.kurzlink.de/can-gac-190319](http://www.kurzlink.de/can-gac-190319)

## EU-Regionalförderung

### Mehr für Klima und Umwelt

■ Das EU-Parlament hat im März für ein Ausgabenziel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) von mindestens 30 Prozent zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft gestimmt. Der Schwerpunkt des Kohäsionsfonds soll weiter auf Investitionen in den Umweltschutz und in die Verkehrsinfrastruktur liegen.

Vor der Plenarabstimmung hatte ein breites Bündnis von Umwelt- und Klimaschutzorganisationen in einem offenen Brief an die Europaabgeordneten gefordert, in Zukunft keine fossilen Energieträger mehr über den EU-Haushalt zu fördern. Dazu zählt nach Auffassung der Organisationen auch Gas. Unterzeichnet haben den Brief unter anderem der Deutsche Naturschutzring, das Europäische Umweltbüro, der BUND, die Deutsche Umwelthilfe, Friends of the Earth Europe sowie der WWF.

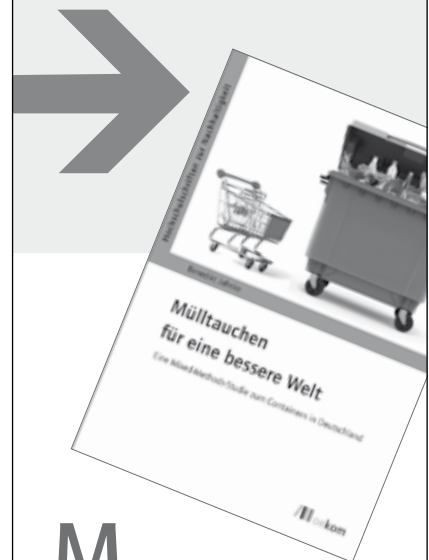
Diese Forderung wurde anscheinend gehört: Fossile Energieträger sollen ab 2021 ebenso von der Regionalförderung ausgeschlossen werden wie Flughafeninfrastrukturen, Mülldeponien und Müllverbrennungsanlagen. Jedoch soll es „einige wenige Ausnahmen für Regionen in Randlage“ geben, so das Parlament.

Mit der Aufnahme von informellen Verhandlungen mit dem Ministerrat wird im Oktober dieses Jahres gerechnet. Die Mitgliedstaaten haben noch keine einheitliche Position gefunden.

Ebenfalls im März nahm das Parlament den Bericht über die Ausgestaltung des künftigen Instruments für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) an. Demnach sollen 45 Prozent der Haushaltsmittel für Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz vorgesehen sein – weit mehr als 25 Prozent, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen. Auch die restlichen 55 Prozent

## Nachhaltigkeit

### A-Z



### M wie Mülltauchen

Beim »Containern« oder »Mülltauchen« geht es darum, genießbare Lebensmittel aus Supermarktabfällen zu sammeln. Im Fokus der Akteure steht dabei, Ressourcenverschwendung zu verhindern, doch es gibt weitere Motive: vom Konsumverzicht über eingespartes Geld bis hin zum Reiz, in einer rechtlichen Grauzone zu agieren. Die Analyse zeigt ein buntes Bild quer durch die gesellschaftlichen Schichten.

**B. Jahnke**  
**Mülltauchen für eine bessere Welt**  
Eine Mixed-Methods-Studie zum Containern in Deutschland

182 Seiten, broschiert, 29,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-111-0

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft



des Programms sollen ausdrücklich nicht in klima- und umweltschädliche Projekte fließen. CAN Europe begrüßte die Position des Parlaments. [aw]

- ▶ EFRE-Abstimmung: [www.kurzlink.de/ep-efre-270319](http://www.kurzlink.de/ep-efre-270319)
- ▶ Offener Verbändebrief: [www.kurzlink.de/letter-ep-250319](http://www.kurzlink.de/letter-ep-250319)
- ▶ NDICI-Abstimmung: [www.kurzlink.de/ep-ndici-270319](http://www.kurzlink.de/ep-ndici-270319)
- ▶ CAN Europe: [www.kurzlink.de/can-ndici-270319](http://www.kurzlink.de/can-ndici-270319)

## Energieunion

### Vision umgesetzt?

■ Die EU-Kommission hat im April den vierten Bericht zum Stand der Energieunion veröffentlicht. Ihrer Ansicht nach zeige der Bericht, dass sie „ihre Vision einer Strategie für die Energieunion in die Tat umgesetzt hat, sodass nun allen Europäerinnen und Europäern zugängliche, erschwingliche, sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energie gewährleistet wird“.

Das Climate Action Network (CAN) Europe monierte, dass die Anstrengungen nicht ausreichen, um das Klimaabkommen von Paris umzusetzen. Infolgedessen appellierte CAN an die EU-Mitgliedstaaten, ihre nationalen Energie- und Klimapläne (NECPs) ambitionierter auszugestalten. Dazu gehöre die stärkere Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz. Gleichzeitig dürften EU-Länder

keinerlei fossile Energieträger mehr subventionieren.

Bis Jahresende müssen die EU-Länder ihre NECPs finalisieren. Spätestens Ende Juni will die EU-Kommission die Entwürfe aller NECPs kommentieren. [aw]

- ▶ EU-Kommission: [www.europa.eu/rapid/press-release\(Search:IP/19/1876\)](http://www.europa.eu/rapid/press-release(Search:IP/19/1876))
- ▶ CAN Europe: [www.kurzlink.de/can-energy-090419](http://www.kurzlink.de/can-energy-090419)

## Erneuerbare-Energien-Gesetz

### Rabatte sind keine staatlichen Beihilfen

■ Nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) fallen Preisnachlässe für stromintensive Unternehmen nicht unter die EU-Beihilferegulierung. Einen entsprechenden Erlass der EU-Kommission erklärten die Luxemburger RichterInnen im März für ungültig.

Im November 2014 hatte die EU-Kommission entschieden, dass das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2012 staatliche Beihilfen umfasst. Zum einen hätte dies für Unternehmen zugezählt, die Förderung für ihren Erneuerbaren-Strom erhielten. Zum anderen sei dies der Fall gewesen für stromintensive Unternehmen, die nur eine verringerte EEG-Umlage zahlten. Deutschland hatte daraufhin zunächst Klage beim Gericht der

Europäischen Union eingereicht, die 2016 abgewiesen wurde. Deutschland wandte sich dann an den EuGH.

Der EuGH gelangte nun zum Ergebnis, dass „das Gericht die mit der EEG-Umlage erwirtschafteten Gelder zu Unrecht als staatliche Mittel angesehen hat“. Somit „fehlt eine Voraussetzung für die Einstufung der Vorteile, die sich aus den mit dem EEG 2012 eingeführten Mechanismen ergeben, als Beihilfen“. [aw]

- ▶ EuGH-Urteil: [www.kurzlink.de/eugh-ee-280319](http://www.kurzlink.de/eugh-ee-280319)

## Europäischer Rat

### Kein Ja zur klimaneutralen EU

■ Die Staats- und Regierungschefs der EU-28 haben im März über den Entwurf einer Klima-Langfriststrategie diskutiert. Sie betonten in den Schlussfolgerungen lediglich, „wie wichtig es ist, dass die EU spätestens 2020 eine ehrgeizige langfristige Strategie vorlegt, die im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris auf Klimaneutralität ausgerichtet ist“.

Den Vorschlag der EU-Kommission, Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, unterstützten EU-Länder wie Dänemark, Finnland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Slowenien, Spanien und Schweden. Aufgrund der Zurückhaltung von Deutschland und Italien sowie offenem Widerstand aus Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei konnte 2050 als Enddatum für eine treibhausgasneutrale EU nicht in die Schlussfolgerungen aufgenommen werden.

Klima- und Umweltschutzorganisationen waren sich in ihrer Bewertung weitgehend einig: Die europäischen Staats- und Regierungschefs ließen eine bedeutende Chance ungenutzt, um zu zeigen, dass sie es ernst meinten mit dem Klimaschutz.

Der Präsident des DNR Kai Niebert kritisierte: „Einige Staats- und Regierungschefs scheinen den Ernst der Lage und die Besorgnis der Bürger völlig zu verkennen, darunter auch Angela Merkel. Mit den aktuellen EU-Klimazielen landen wir bei drei Grad Erderhitzung.“ Auch das Climate Ac-



tion Network (CAN) Europe, Greenpeace sowie das europäische Büro des WWF reagierte enttäuscht. [aw]

- Schlussfolgerungen: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-1-2019-INIT/de/pdf>
- DNR: [www.kurzlink.de/dnr-er-220319](http://www.kurzlink.de/dnr-er-220319)
- CAN Europe: [www.kurzlink.de/can-er-220319](http://www.kurzlink.de/can-er-220319)
- Greenpeace: [www.kurzlink.de/gpeu-er-220319](http://www.kurzlink.de/gpeu-er-220319)
- WWF EU: [www.wwf.eu/?uNewsID=344899](http://www.wwf.eu/?uNewsID=344899)
- DNR-Factsheet zur Klima-LFS: [www.kurzlink.de/factsheet-klima-lfs](http://www.kurzlink.de/factsheet-klima-lfs)

## Nationale Energie- und Klimapläne

### Was steckt in ihnen?

■ Analysen nationaler Klimaplanentwürfe aus mehreren mittel- und osteuropäischen EU-Ländern offenbaren eine geringe Handlungsbereitschaft für besseren Klimaschutz.

CEE Bankwatch veröffentlichte eine Analyse der nationalen Energie- und Klimaplanentwürfe der EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Estland, Lettland, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn. Demnach liegen die 2030-Ziele für erneuerbare Energien und für Energieeinsparungen lediglich knapp über den Minimalanforderungen der EU. Lettland habe von allen untersuchten Ländern noch den ehrgeizigsten NECP-Entwurf eingebracht, während Ungarn und Bulgarien am schlechtesten dastehen.

Problematisch sei darüber hinaus ein Aufwärtstrend für Atomenergie, für Gas sowie für das Verbrennen von Abfall oder Biomasse. So bedrohe CEE Bankwatch zufolge die zunehmende Nutzung von Biomasse die Biodiversität in Polen, der Slowakei und Estland.

Auch PlanUp – eine Gruppe aus VertreterInnen von Carbon Market Watch, Transport & Environment, Europäischem Umweltbüro (EEB), Energy Cities und Climact – untersuchte die nationalen Energie- und Klimapläne von Italien, Polen, Rumänien, Spanien und Ungarn.

Erste Auswertungen ergaben, dass Rumäniens Entwurf zwar einige vielversprechende Maßnahmen enthält. Es fehlt aber ein quantitatives Modell, um Ziele und

Maßnahmen zu konkretisieren. Italiens NECP-Entwurf falle nicht sehr ehrgeizig aus, weil er lediglich Minimalanforderungen umfasse: 32,2 Prozent erneuerbare Energien, 32 Prozent Energieeffizienz und 33 Prozent weniger Treibhausgase im Jahr 2030. Polens Vorschlag wiederum sei nicht sehr ausführlich, was eine Beurteilung erschwere. Wie die NECP-Entwürfe der anderen Länder beurteilt werden, lesen Sie auf der Website von PlanUp.

Eine erfreuliche Botschaft kam aus der Denkfabrik Sandbag. Einer neuen Studie zufolge ist die EU auf gutem Weg, die Klimaziele für 2030 zu erreichen. Mit den beschlossenen Änderungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Energieeffizienzrichtlinie sowie einem CO<sub>2</sub>-Preis von 35 Euro je Tonne werde die EU ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mehr als 50 Prozent gegenüber 1990 senken können. Vorausgesetzt, dass die Staaten die Vorschriften im Energie- und Klimabereich vollständig umsetzen, gibt die Studie Anlass zur Hoffnung. [aw]

- CEE Bankwatch: [www.bankwatch.org/press\\_release/necp-national-energy-plans](http://www.bankwatch.org/press_release/necp-national-energy-plans)
- PlanUp: [www.planup.eu/en/countries](http://www.planup.eu/en/countries)
- Sandbag-Analyse „Halfway There“: [www.sandbag.org.uk/project/halfway-there](http://www.sandbag.org.uk/project/halfway-there)

## Klimaschutz 2019

### Jetzt auf lange Sicht handeln

■ In einer gemeinsamen Stellungnahme richteten die Umweltverbände BUND, ClientEarth, Greenpeace, Germanwatch, NABU, NaturFreunde Deutschlands, der WWF sowie der Dachverband Deutscher Naturschutzring im April drei zentrale Forderungen an die deutsche Bundesregierung. Die Bundesregierung müsse sich für eine ehrgeizigere Langfriststrategie der EU einsetzen. Spätestens beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im Mai in Sibiu muss sich die Bundesregierung entsprechend positionieren. Zudem müsse die Bundesregierung noch vor der Sommerpause ein Gesetzespaket zur schnellstmöglichen Erreichung des 40-Prozent-Klima-

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## S wie Strategien

Was müssen Gebäude, Quartiere und Städte können, um zukunftsfest zu sein – um Schäden klein und Werte groß zu halten? Das ist nicht nur für die Immobilienwirtschaft wichtig, sondern auch für alle Organisationen, Unternehmen und Institutionen, die sich um Pflege und Erhalt von Bauten, Anlagen und Infrastrukturen kümmern. Hier werden sie fündig!

W. H. Serbser, C. Serbser (Hrsg.)  
**Pflegt der Stadt Bestes**  
 Betriebsunterhalt als Strategie zum nachhaltigen Erhalt unserer Städte und Gemeinden  
 210 Seiten, broschiert, 22,- Euro,  
 ISBN 978-3-96238-113-4

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

ziels und der 2030-Sektorenziele vorlegen. Darüber hinaus muss der Kompromiss der Kohlekommission ohne weitere klimapolitische Abstriche in ein Kohleausstiegsgesetz münden und bis zum Sommer verabschiedet werden.

Derweil tagte im April erstmals das Klimakabinet, das die Regierung einberufen hat, um festzulegen, wie die Ziele des Klimaschutzplans 2050 umgesetzt werden sollen. Das nächste Treffen ist Ende Mai geplant. Bis dahin sollen die Ressorts für Umwelt, Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und Bau sowie Finanzen Vorschläge machen, wie die Ziele des Klimaschutzplans 2050 einzuhalten sind. Danach sollen weitere Termine über die Sommerpause hinweg folgen.

Der WWF Deutschland verlangte vom neu eingerichteten Klimakabinet, „dringend ein Maßnahmenpaket, um die verlorene Zeit beim Klimaschutz aufzuholen, und ein wirksames Klimaschutzgesetz, das uns langfristig auf die richtige Bahn lenkt“. [aw]

- ▶ [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2019\\_03\\_25\\_Klimaschutz\\_2019\\_final\\_2.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2019_03_25_Klimaschutz_2019_final_2.pdf)
- ▶ [www.klimareporter.de/deutschland/schulze-gibt-hausaufgaben-bis-ende-mai](http://www.klimareporter.de/deutschland/schulze-gibt-hausaufgaben-bis-ende-mai)
- ▶ [www.wwf.de/2019/april/bilanz-der-bloesse](http://www.wwf.de/2019/april/bilanz-der-bloesse)

#### Fraturdays for Future

### Jugend fordert Klimaschutz

■ VertreterInnen der Klimastreiks in Deutschland haben im April in Berlin erstmals Forderungen an die Politik gerichtet. Sie verlangen die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5-Grad-Ziels. Außerdem soll Deutschland bereits 2035 Klimaneutralität erreichen, bis 2030 aus der Kohle aussteigen sowie bis 2035 seine Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen. Darüber hinaus verlangen die SchülerInnen, dass bis Ende 2019 Subventionen für fossile Energieträger beendet, ein Viertel der Kohlekraft abgeschaltet und eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen erhoben werden. Der Preis für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß müsse schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch allen zukünftigen Generati-

onen entstehen. Laut Umweltbundesamt sind es 180 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>.

Die Fridays for Future-Bewegung erhält unterdessen immer mehr Unterstützung. Ein Ökobauer startete die Initiative „Farmers for Future“. Er ruft alle BiolandwirInnen, BiogärtnerInnen, BioimkerInnen und BiowinzerInnen dazu auf, online eine Erklärung zu unterzeichnen. Im Dezember soll die Unterschriftenliste an Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner anlässlich der nächsten Weltklimakonferenz (COP25) überreicht werden.

Eine Gruppe von Eltern und anderen Erwachsenen rief die Initiative „Parents for Future“ ins Leben, die in Solidarität zur Fridays for Future-Bewegung stehen. Ihr Ziel sei es, die jungen Menschen in ihren Forderungen nach einer konsequenten Klima- und Umweltschutzpolitik zu unterstützen. [aw]

- ▶ [www.fridaysforfuture.de/forderungen](http://www.fridaysforfuture.de/forderungen)
- ▶ [www.farmers-for-future.de](http://www.farmers-for-future.de)
- ▶ [www.parentsforfuture.de](http://www.parentsforfuture.de)

#### Gebäudeenergie

### Sanierungen angehen

■ In einem offenen Brief haben 35 Verbände im April gemeinsam an die Politik appelliert, die steuerliche Fördermöglichkeit für energetische Gebäudesanierungen im Bundeshaushalt 2020 endlich umzusetzen. Zu wenige Bestandsgebäude würden energetisch saniert. Der zu hohe Verbrauch an Heizenergie sei aber eine der größten Hürden beim Klimaschutz. Um den im Klimaschutzplan 2050 als Ziel genannten treibhausgasneutralen Gebäudebestand zu erreichen, müsse die Sanierungsrate massiv gesteigert werden. Nur so könne der Energieverbrauch gesenkt und die Basis für die Nutzung erneuerbarer Energien geschaffen werden. Die Unterzeichner kommen aus den Sektoren Bauwirtschaft, Energie, Immobilien sowie von Umweltschutzverbänden. Auch der Deutsche Naturschutzring trägt die Forderungen mit. [aw]

- ▶ Offener Brief: [www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Brief-Steuerfoerderung.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Brief-Steuerfoerderung.pdf)

#### Luftreinhaltung

### Maßnahmen ergreifen

■ In einem offenen Brief appellieren der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und das Europäische Umweltbüro (EEB) an Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD), dass die Bundesregierung „möglichst schnell ein ambitioniertes nationales Luftreinhaltungsprogramm vorlegen“ muss.

Eigentlich hätte Deutschland gemäß den Vorschriften der NEC-Richtlinie (EU) 2016/2284 bis zum 1. April der EU-Kommission ein wirksames nationales Luftreinhaltungsprogramm übermitteln sollen. Das Bundesumweltministerium ist federführend bei der Entwicklung der erforderlichen Maßnahmen zur Reduktion bestimmter Luftschadstoffe und bleibt diese trotz einer zweijährigen Vorlaufzeit schuldig.

Den drei Organisationen geht es vor allem um strenge Vorgaben zur Abgasreinigung von Kohlekraftwerken und um die Landwirtschaft. Um den Schadstoffausstoß hier dauerhaft zu senken, ist eine Trendwende hin zu einer naturverträglichen und artgerechten Nutztierhaltung erforderlich. Gleichzeitig müssen bestehende EU-Vorschriften zur Luftreinhaltung unverzüglich in deutsches Recht umgesetzt werden. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/luftbrief-010419](http://www.kurzlink.de/luftbrief-010419)

#### UBA-Bilanz 2018

### Weniger CO<sub>2</sub>, mehr Erneuerbare

■ Im April hat das Umweltbundesamt (UBA) eine erste detaillierte Schätzung zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland vorgelegt. Demnach wurden 2018 insgesamt 865,6 Millionen Tonnen Treibhausgase freigesetzt. Das sind rund 41 Millionen Tonnen oder 4,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Deutliche Emissionsrückgänge gab es bei Energiewirtschaft und Haushalten. Auch im Verkehrssektor gingen die Emissionen leicht zurück. Im Vergleich zu 1990 hat Deutsch-

land seine Emissionen damit um 30,8 Prozent gesenkt.

Bereits im März veröffentlichte das UBA seine Bilanz zur Entwicklung der erneuerbaren Energien. Hier ergibt sich ein eher gemischtes Bild: Im Stromsektor deckten die erneuerbaren Energien fast 38 Prozent des gesamten deutschen Bruttostromverbrauchs ab. Im Wärmebereich stieg der Beitrag jedoch nur leicht an und liegt mit knapp 14 Prozent in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Im Verkehrssektor stieg der Anteil leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 5,6 Prozent. [aw]

- ▶ UBA-Klimabilanz:  
[www.kurzlink.de/uba-klimabilanz-18](http://www.kurzlink.de/uba-klimabilanz-18)
- ▶ UBA-Erneuerbare-Bilanz:  
[www.kurzlink.de/uba-eebilanz-18](http://www.kurzlink.de/uba-eebilanz-18)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Neue Rahmenbedingungen

## EU stärkt Verbraucherrechte

■ Die EU-Abgeordneten haben Mitte April einer besseren Durchsetzung von Verbraucherschutzvorschriften zugestimmt. Zuvor hatten sich EU-Parlament und -Rat bereits

vorläufig geeinigt. Im Mittelpunkt stehen unter anderem schärfere Strafen bei Verstößen und mehr Schutz bei Onlinekäufen.

Auch sollen Sanktionen bei Verstößen gegen EU-Verbraucherschutzvorschriften harmonisiert sowie ein Recht auf individuellen Rechtsbehelf für VerbraucherInnen geschaffen werden, die durch unlautere Geschäftspraktiken geschädigt wurden. Bei Onlineeinkäufen sollen die Kundenrechte durch mehr Transparenz und klarere Informationen gestärkt werden.

Die Richtlinie ist Teil der 2017 von der EU-Kommission geplanten „Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher“. Sie ändert unter anderem die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken, die Verbraucherrechterichtlinie, die Richtlinie über missbräuchliche Vertragsklauseln und die Richtlinie über Preisangaben.

Die europäische Verbraucherschutzorganisation BEUC unterstützt die beschlossenen Vorschriften. Ihre Generaldirektorin Monique Goyens bezeichnete die Vereinbarung als hilfreiche Reform für einen besseren Verbraucherschutz. Kritik gibt es für die Tatsache, dass höhere Geldbußen nur möglich sind, wenn sich dafür ein Netzwerk aus nationalen Verbraucherbehörden zusammenschließt, um diese durchzusetzen. Das senkt aus Sicht der BEUC die Wahrscheinlichkeit, dass hohe Strafen verhängt werden.

Wenn die Richtlinie formal von EU-Parlament und dem Ministerrat angenommen worden ist, müssen die Mitgliedstaaten sie innerhalb von 24 Monaten in nationales Recht umsetzen. [mbu]

- ▶ Vereinbarte Fassung der neuen Richtlinie:  
[www.consilium.europa.eu/media/38907/st08021-en19.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/38907/st08021-en19.pdf)
- ▶ BEUC: [www.beuc.eu/publications/deal-reached-improve-enforcement-consumer-law](http://www.beuc.eu/publications/deal-reached-improve-enforcement-consumer-law)
- ▶ Neue Rahmenbedingungen für Verbraucher:  
[www.ec.europa.eu/info/law/law-topic/consumers/review-eu-consumer-law-new-deal-consumers\\_de](http://www.ec.europa.eu/info/law/law-topic/consumers/review-eu-consumer-law-new-deal-consumers_de)

### Verbrauchersicherheit

## Alarm zeigt Wirkung

■ Fast ein Drittel der über das neue Warnsystem Safety Gate gemeldeten Produkte waren Spielsachen, knapp ein Fünftel Kraftfahrzeuge. Das geht aus dem Jahresbericht 2018 hervor, den die EU-Kommission Anfang April veröffentlicht hat.

Insgesamt schrillten 2.257 Mal die Alarmglocken auf Safety Gate, dem Nachfolger des Schnellwarnsystems Rapex. Hier können sich die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten über gemeldete gefährliche Produkte austauschen. Die meisten Warnungen entfielen auf die Kategorie Spielzeug

Nachhaltigkeit  
A-Z  
→  
Jutta Kister  
Von Wachstum und Werten  
Globale Wertschöpfungsketten im Fairen Handel

## W wie Wertschöpfungskette

Im globalen Handel geht es selten gerecht oder fair zu: Das kritisiert der Faire Handel und stellt eine Alternative für ethisch handelnde Konsumentinnen und Konsumenten dar. Seit einigen Jahren erfährt der Faire Handel – auch in der Kooperation mit dem konventionellen Handel – eine starke Wachstumsdynamik. Wie viel »Fairness« ist dann noch möglich? Jutta Kister bringt Licht in die Blackbox der »globalen Wertschöpfungsketten«, die von vielen als undurchschaubar empfunden werden.

J. Kister

### Von Wachstum und Werten

Globale Wertschöpfungsketten im Fairen Handel

336 Seiten, broschiert, 34,- Euro, ISBN 978-3-96238-116-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



(31 Prozent), gefolgt von Kraftfahrzeugen (19 Prozent) und Bekleidungs-, Textil- und Modeartikeln (10 Prozent). Als Hauptrisiken wurden Gefahren durch chemische Stoffe und Verletzung (jeweils 25 Prozent) sowie Erstickengefahr für Kinder (18 Prozent) genannt.

Als Konsequenz werden die betreffenden Produkte meist zurückgerufen und vom Markt genommen. Die Zusammenarbeit mit nationalen Behörden und Drittländern, vor allem China, müsse fortgesetzt werden, um die Sicherheit aller europäischen Verbraucher zu garantieren, sagte die für Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissarin Věra Jourová.

Mehr als die Hälfte der entdeckten gefährlichen Produkte kommt aus China. [mbu]

- Jahresbericht:  
[www.kurzlink.de/jahrbericht-safety18](http://www.kurzlink.de/jahrbericht-safety18)
- Safety Gate:  
[www.kurzlink.de/safety-gate-website](http://www.kurzlink.de/safety-gate-website)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### EU-Agrarreform I

## Mitgliedstaaten uneinig über Gestaltung

Die Debatte im Agrarministerrat am Montag in Luxemburg hat gezeigt, dass die EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Vorstellungen von dem Zusammenspiel von Umwelt- und Klimaschutz in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 haben.

Die rumänische Ratspräsidentschaft stellte drei Fragen zur Diskussion, die sich mit den drei Elementen der von der Kommission vorgeschlagenen Grünen Architektur befassen. Diese besteht aus der erweiterten Konditionalität (Grundanforderungen für den Erhalt von Agrarsubventionen), Eco-Schemes (ein neues Instrument in der ersten Säule für flächenbasierte, einjährige Umweltmaßnahmen) und Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen

(Fortführung der schon bestehenden Maßnahmen in der zweiten Säule).

Fast alle Mitgliedstaaten waren sich einig, ehrgeizigere Ziele für die Umwelt in der neuen GAP verfolgen wollen. Die Debatte um die einzelnen Instrumente zeigte jedoch, dass viele Mitgliedstaaten nicht bereit sind, für dieses Ziel viel zu tun.

Ein Großteil der Mitgliedstaaten stellte die erweiterte Konditionalität infrage: Die Grundanforderungen seien zu komplex und würden Verwaltung und LandwirtInnen überfordern.

Im Kommissionsvorschlag sollen die Eco-Schemes verpflichtend für Mitgliedstaaten, aber freiwillig für LandwirtInnen sein. Die Mitgliedstaaten waren geteilter Meinung, was diese Verpflichtung angeht. Dabei sollten alle LandwirtInnen innerhalb der EU die Möglichkeit bekommen, Zugang zu diesem neuen Instrument zu erhalten. Zu einem EU-weiten Mindestbudget für Eco-Schemes in der ersten Säule, wie es etwa vom EP-Umweltausschuss oder viele Umweltorganisationen gefordert wird, äußerten sich die AgrarministerInnen nicht.

Mit der Mittelbindung in Höhe von 30 Prozent für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in der zweiten Säule waren die Mitgliedstaaten einverstanden. Viele zweifelten jedoch die Entscheidung der Kommission an, dass die benachteiligten Gebiete nicht mehr für diese 30 Prozent angerechnet werden können. In der aktuellen GAP zählen benachteiligte Gebiete noch dazu, obwohl dieser Status nicht automatisch bedeutet, dass diese Gebiete einen positiven Umweltbeitrag leisten. Daher ist die von der Kommission vorgeschlagene Differenzierung sinnvoll.

Umweltorganisationen zeigten sich enttäuscht von der Debatte im Rat: „Wenn wir jetzt nicht die Pflöcke für eine ökologisch nachhaltige Agrarwende einschlagen, sieht die Zukunft von Umwelt und Landwirtschaft in Europa zunehmend dramatisch aus“, warnte Florian Schöne, politischer Geschäftsführer des Umweltdachverbands Deutscher Naturschutzring (DNR).

NABU-Präsident Olaf Tschimpke monierte vor allem Deutschlands Rolle in der Debatte: „Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner möchte zwar EU-weit

einheitlich Flächenanteile festlegen, die alle landwirtschaftlichen Betriebe zur Förderung der Artenvielfalt bereitstellen müssen, sagt aber nicht, in welchem Umfang. Es ist völlig unverständlich, dass Deutschland als größter Nettozahlerstaat der EU nahezu keine Vorschläge liefert, wie 40 Prozent des EU-Haushaltes künftig gerechter und naturverträglicher verteilt werden können. Und das, obwohl nach einer aktuellen Umfrage sogar zwei Drittel der Landwirte unzufrieden sind – mit Frau Klöckner, wie auch mit der EU-Agrarpolitik. Das aktuelle System der pauschalen Direktzahlungen verschwendet Steuergelder ohne Nutzen für Natur und Umwelt. Die Bundeslandwirtschaftsministerin blockiert durch ihre Zögerlichkeit weiter die Chance auf einen Neustart in der Agrarpolitik.“

Im vergangenen Monat legten sowohl der Umweltausschuss als auch der Agrarausschuss im EU-Parlament ihre Positionen zu den Kommissionsvorschlägen fest.

Die Verhandlungen um die GAP-Reform nach 2020 werden sich durch die Europawahl im Mai und die anstehende Neubesetzung der EU-Kommission im Herbst noch länger fortsetzen. Die rumänische Ratspräsidentschaft will bis Ende Juni einen Fortschrittsbericht der Verhandlungen im Rat vorlegen. [lr]

- Ergebnisse Agrarministerrat: [www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2019/04/15/](http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2019/04/15/)
- DNR-Pressemitteilung:  
[www.kurzlink.de/dnr-agrarrat-05.2019](http://www.kurzlink.de/dnr-agrarrat-05.2019)
- NABU: [www.kurzlink.de/nabu-agrarrat05.2019](http://www.kurzlink.de/nabu-agrarrat05.2019)

### EU-Agrarreform II

## Schwache Position im Agrarausschuss

Anfang April haben die Abgeordneten im EU-Agrarausschuss über die Änderungsanträge in der Strategieplanverordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abgestimmt – das Ergebnis ist ernüchternd.

Jegliche Änderungsanträge, die für mehr Ambition im Bereich Umwelt, Klima



oder Biodiversität gesprochen hätten, lehnte der Ausschuss ab. Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission wird sogar noch weiter abgeschwächt. Wenige Wochen zuvor hatte der Umweltausschuss eine weitaus ambitioniertere Position verabschiedet: 30 Prozent Eco-Schemes in der ersten Säule der GAP sowie 15 Milliarden Euro im EU-Agrarbudget für den Naturschutz.

Der Agrarausschuss stimmte lediglich für 30 Prozent Eco-Schemes in der ersten Säule der GAP und strich auch die pestizidfreien ökologischen Vorrangflächen aus den Grundanforderungen für die Direktzahlungen (erweiterte Konditionalität).

Mit dieser Abstimmung legte sich der Ausschuss auf eine Fortsetzung der pauschalen Direktzahlungen fest und schwächte sogar das von der Kommission vorgeschlagene erhöhte Umweltziel.

Umweltorganisationen reagierten empört: „Heute hat die Mehrheit der Abgeordneten im Agrarausschuss klargemacht: Sie wollen keine umweltverträgliche Landwirtschaft. Sie wollen weiter Subventionen an die Agrarindustrie verteilen wie seit Jahrzehnten“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Der DNR warnt in einem Hintergrundpapier davor, dass ein „Weiter so“ in den kommenden sieben Jahren weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll sei.

Nicht alle Mitglieder im Agrarausschuss zeigten sich zufrieden mit der Abstimmung. Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament, kommentierte: „Wir Grünen lehnen nicht nur diese rückständige und völlig ignorante Positionierung ab, sondern sind auch schockiert darüber, dass sich im Agrarausschuss kein Widerstand dagegen regt.“

Vor den Europawahlen am 26. Mai wird es keine Plenarabstimmung mehr im EU-Parlament geben. Dem neu konstituierten EU-Parlament steht dann frei zu entscheiden, mit der Position des EP-Agrarausschusses weiterzuarbeiten oder nicht. [lr]

- ▶ NABU: [www.kurzlink.de/nabu-gapkritik-04.19](http://www.kurzlink.de/nabu-gapkritik-04.19)
- ▶ Martin Häusling: [www.kurzlink.de/eu-gap-kritik-04.19](http://www.kurzlink.de/eu-gap-kritik-04.19)
- ▶ DNR-Hintergrund zu den GAP-Verhandlungen: [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/201901-GAP-Hintergrund.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/201901-GAP-Hintergrund.pdf)



### EU-Agrarreform III

## Offener Brief: Geld für Artenvielfalt statt Ackergift

■ Vor der aus Umweltsicht enttäuschenden Abstimmung im EU-Agrarausschuss am 2. April hatte ein Bündnis aus Umweltorganisationen die zuständigen Abgeordneten aufgefordert, im Sinne einer zukunftsfähigen Landwirtschaft zu entscheiden. Um die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und klimatischen Herausforderungen zu bewältigen, sei es nötig, die 36 Prozent des EU-Budgets, die für den Agrarhaushalt zur Verfügung stehen, umweltgerecht auszugeben. Andernfalls schwinde die Akzeptanz der Gesellschaft für die milliardenschweren Agrarsubventionen weiter, kommentierte der NABU.

Die UnterzeichnerInnen des Briefes forderten unter anderem, Ziele gegen den Verlust der biologischen Vielfalt zu formulieren, etwa gegen das Insektensterben. Jeder Euro aus dem Agrarhaushalt betreffe unser Trinkwasser, unser Essen, die Luft, die wir atmen, die Landschaft und die Artenvielfalt, das Tierwohl, das Klima und nicht zuletzt das Leben von Menschen in Ländern des globalen Südens, heißt es in dem Brief. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem Friends of the Earth Europe, BirdLife, WWF, Vier Pfoten und das Europäische Umweltbüro (EEB). [mbu]

- ▶ Offener Brief zur GAP-Reform: [www.kurzlink.de/openletter-gap04.19](http://www.kurzlink.de/openletter-gap04.19)

### Schädlingsbekämpfung

## Fungizid: nein, Neonikotinoid: ja?

■ Der Ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Nahrungs- und Futtermittel der EU-Kommission (PAFF) will ein Fungizid mit dem Wirkstoff Chlorthalonil in der EU verbieten. Zugleich soll aber der Einsatz eines Neonikotinoids mit dem Wirkstoff Thiacloprid verlängert werden.

Wie der Umweltinformationsdienst ENDS sowie Top Agrar Online berichteten, befürworteten die nationalen VertreterInnen im PAFF-Ausschuss mehrheitlich einen Vorschlag der EU-Kommission, den Einsatz des Wirkstoffs Chlorthalonil bald zu verbieten. Betroffen wären das Pilzmittel Bravo des chemischen Pflanzenschutzmittelherstellers Syngenta sowie weitere Fungizide. Chlorthalonil ist eines der wichtigsten und am weitesten verbreiteten Pilzbekämpfungsmittel für Weizen, Gerste, aber auch für Kartoffeln, Bohnen und Erbsen.

Lediglich Ungarn, das Vereinigte Königreich, Litauen und Griechenland votierten im PAFF-Ausschuss für eine Fortsetzung der Zulassung. Hintergrund für das kommende Verbot ist offenbar ein Gutachten der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA), in dem sie davor warnt, dass Abbauprodukte des Fungizids in Gewässern nachgewiesen wurden. Aquatische Ökosysteme seien gefährdet.

Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament und Mitglied im Umwelt- und

Gesundheitsausschuss, lobte, dass „die EU-Kommission auf neueste Erkenntnisse reagiert und selbst dann einen Wirkstoff verbieten will, wenn der schon seit 50 Jahren auf dem Markt ist“. Negativ hingegen beurteilte er den Vorstoß der Kommission, die Zulassung für ein Pestizid des Bayer-Konzerns mit dem Wirkstoff Thiacloprid verlängern zu wollen. Der Wirkstoff steht im Verdacht, reproduktionstoxisch zu sein.

Mit einem offiziellen Verbot von Chlorthalonil wird Anfang Mai gerechnet. [aw]

- ▶ ENDS (kostenpflichtig):  
[www.kurzlink.de/ends-chlorothal04.19](http://www.kurzlink.de/ends-chlorothal04.19)
- ▶ [www.kurzlink.de/topagrar-chloro04.19](http://www.kurzlink.de/topagrar-chloro04.19)
- ▶ Martin Häusling:  
[www.kurzlink.de/haeusli-chloro-04.19](http://www.kurzlink.de/haeusli-chloro-04.19)

### Biodiversität in der Agrarlandschaft

## Artenvielfalt auf dem Acker

■ Das Artensterben in Deutschland kann aus Sicht des NABU gestoppt werden, wenn die EU-Agrarpolitik deutlich mehr Geld für den Naturschutz bereitstellt. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die der Naturschutzbund beim Institut für Agrarökologie und Biodiversität (ifab Mannheim) in Auftrag gegeben hat.

Die Autorinnen und Autoren der Studie kommen zu dem Schluss, dass die Hälfte des Geldes, das Landwirte aktuell als Direktzahlungen pro Hektar von der EU erhalten, künftig in die naturverträgliche Bewirtschaftung von Lebensräumen fließen müsse. Nur so würden Feldlerchen und Wildbienen ausreichend Platz finden. Für Deutschland bedeutet dies einen Finanzbedarf von etwa 2,4 Milliarden Euro jährlich.

In den vergangenen Jahrzehnten sei deutlich zu wenig für die Artenvielfalt in der Landwirtschaft getan worden, betonen die Verfasserinnen. Für ihre Untersuchung stellten sie Anforderungen zusammen, wie typische Arten der Agrarlandschaft wie Kiebitz, Feldlerche, Rebhuhn, Wiesenpieper sowie Acker- und Grünlandwildkräuter in ihrem Bestand gesichert und gefördert werden können. Daraus leiteten sie die erforderlichen Maßnahmen sowie deren Flä-

chenumfang und das notwendige Budget ab.

Nach Ansicht der Agrarökologen sind die sogenannten Eco-Schemes besonders geeignet, die Artenvielfalt flächendeckend zu erhöhen. Die EU-Kommission möchte, dass jeder Mitgliedstaat diese Maßnahmen anbieten soll. Für Betriebe sollen sie freiwillig, einfach umsetzbar und zudem attraktiv entlohnt sein. Sie sind als Teil der sogenannten ersten Säule geplant und demnach vollständig von der EU finanziert. Die Studienautorinnen empfehlen für das Ackerland, auf 15 Prozent der Fläche Extensivgetreide oder Lichtäcker anzulegen und diese mit 400 Euro pro Hektar zu fördern. Auf weiteren drei Prozent sollten über- oder mehrjährige Blüh- und Brachestreifen entstehen, für die ein Landwirt eine Förderung von bis zu 750 Euro pro Hektar erhalten kann. Im Grünland seien artenreiche und extensiv bewirtschaftete Wiesen und Weiden sowie Streuobstwiesen mit 350 bis 500 Euro pro Hektar zu unterstützen. Der Ökolandbau sollte 300 Euro erhalten.

Die Studie bestätigt die Forderung des NABU, dass im künftigen EU-Agrarhaushalt insgesamt mindestens 15 Milliarden Euro für den Naturschutz zur Verfügung stehen müssen und dass mindestens 50 Prozent der ersten Säule dieses Ziel verfolgen. So könnten die ökonomisch, sozial wie ökologisch unsinnigen pauschalen Flächenprämien schnell in gute Anreize für mehr Umweltschutz umgewandelt werden.

Bereits im Februar veröffentlichte die Welternährungsorganisation (FAO) den ersten Weltzustandsbericht für Biodiversi-

tät in Landwirtschaft und Ernährung. Der Bericht liefert ein umfassendes Bild über Zustand und Nutzung der Biodiversität und beschreibt, wie Landwirtschaft, Viehzucht, Waldbewirtschaftung und Fischerei die biologische Vielfalt geformt haben. [mbu]

- ▶ Studie zu Artenvielfalt und Landwirtschaft:  
[www.NABU.de/gap-studie](http://www.NABU.de/gap-studie)
- ▶ Weltzustandsbericht:  
[www.fao.org/state-of-biodiversity-for-food-agriculture/en](http://www.fao.org/state-of-biodiversity-for-food-agriculture/en)

### Genpflanzengenehmigung

## Nicht ungeprüft auf europäischen Markt

■ Mitte März hat das Institut für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie Testbiotech einen Bericht veröffentlicht, wonach die US-Landwirtschaftsbehörde APHIS die Genehmigung für den Anbau und die Vermarktung von mehr als 20 Pflanzen erteilt hat, die Genveränderungen aufweisen, die deutlich tiefer eingreifen als die klassische Gentechnik. Zu den in den USA zugelassenen Pflanzen gehören etwa Salat, Tomaten, Mais, Weizen, Soja und Kartoffeln. Eine Risikobewertung hinsichtlich Umwelt und Gesundheit erfolgt jenseits des Atlantiks nicht.

Der Umweltverband BUND fordert deshalb: „Die EU muss dringend dafür Sorge tragen, dass diese neuen Pflanzen nur nach Durchlaufen einer Risikoprüfung



importiert werden können.“ Zudem müsse die EU die Kennzeichnung der neuen Gentechpflanzen verlangen und sicherstellen. Alles andere wäre „ein fahrlässiger Verstoß gegen geltendes EU-Recht und das europäische Vorsorgeprinzip“.

Vom Verband Lebensmittel ohne Gentechnik kommt laut Infodienst Gentechnik der Vorschlag, ein internationales Register gentechnisch veränderter Organismen (GVO) zu schaffen, in das alle genmodifizierten Pflanzen und Tiere einzutragen seien. Ein geeigneter Rahmen dafür wäre das internationale Abkommen über biologische Vielfalt, in dem bereits eine Datenbank existiert, die dafür genutzt werden könnte. [mbu]

- ▶ Bericht Testbiotech:  
[www.testbiotech.org/sites/default/files/Am\\_I\\_Regulated\\_de.pdf](http://www.testbiotech.org/sites/default/files/Am_I_Regulated_de.pdf)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-genimport03.19](http://www.kurzlink.de/bund-genimport03.19)
- ▶ Infodienst Gentechnik:  
[www.keine-gentechnik.de/nachricht/33628](http://www.keine-gentechnik.de/nachricht/33628)

ökologischen sowie wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schaden anrichten. Die EU-Kommission hat den ökonomischen Schaden auf rund zwölf Milliarden Euro pro Jahr berechnet. In der Union und in anderen europäischen Ländern kommen in der Umwelt rund 12.000 gebietsfremde Arten vor, von denen schätzungsweise 10 bis 15 Prozent als invasiv angesehen werden.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) ist in Deutschland zuständig, gebietsfremde Arten fachlich zu bewerten. [jg]

- ▶ EU-Kommission:  
[www.ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-1565888\\_en](http://www.ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-1565888_en)
- ▶ BfN: <https://neobiota.bfn.de/invasivitaetsbewertung.html>
- ▶ [www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/artenschutz/invasive-arten/index.html](http://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/artenschutz/invasive-arten/index.html)

EU-Naturschutzfinanzierung

**LIFE auch für saubere Energie**

■ VertreterInnen von Parlament und Rat haben sich Mitte März vorläufig auf nicht haushaltsbezogene Aspekte des für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen vorgesehenen Förderprogramms LIFE für 2021–2027 geeinigt. Die EU-Kommission begrüßte die Einigung. Der Beschluss muss formal noch gebilligt werden, zudem stehen grundlegende Entscheidungen über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen im selben Zeitraum noch aus.

Nach Angaben des Umwelteinformativdienstes ENDS Europa einigten sich die GesprächspartnerInnen darauf, 15 Millionen Euro für den Aufbau von Kapazitäten bereitzustellen, die gewährleisten sollen, dass die LIFE-Ausgaben in den EU-Ländern ausgewogener sind. Außerdem unterstützen Rat und Parlament den Kommissionsvorschlag, LIFE stärker auf die Unterstützung des Übergangs zu sauberer Energie zu fokussieren. Ein neues spezifisches Teilprogramm soll Investitionen und Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern, insbesondere in Sektoren und in europäischen Regionen, die beim Übergang zu sauberer Energie im Rückstand

**NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT**

Invasive Arten



**EU will Liste erweitern**

■ Regelmäßig wird die Liste der Arten erweitert, die die EU zu den invasiven Arten zählt. Bis April konnten sich Interessierte an einer Konsultation beteiligen, die 16 neue Arten vorschlägt, für die die Regeln gelten sollen. Unter anderem geht es um Hirtenmaina/Hirtenstar (*Acridotheres tristis*), Gemeinen Sonnenbarsch (*Lepomis gibbosus*) und Weidenblatt-Akazie (*Acacia saligna*). Sollten die 16 Arten so bestätigt werden, gäbe es insgesamt 65 Arten auf der „schwarzen Liste“ der EU. Dort gelistete Arten dürfen beispielsweise nicht mehr eingeführt und dennoch vorkommende Bestände können beseitigt werden.

Die bisher gelisteten Arten machen nur einen Bruchteil der EU-weit als invasiv angesehenen Arten aus, kritisieren Umweltverbände wie der NABU. Invasive Arten können

# Nachhaltigkeit

## A-Z

### Ö wie Ökosozial


Zufriedenheit und Glück stehen derzeit (noch) nicht an erster Stelle, wenn es darum geht, Ziele für Nachhaltigkeit zu formulieren. Hier setzt das Konzept des Ökosozialen Regionalismus an und folgt damit Ansätzen wie dem Bruttonationalglück des Königreichs Bhutan oder dem südamerikanischen »Buen vivir«. Ein starkes Plädoyer für ein Zusammenwachsen der regionalen Nachhaltigkeitsbewegungen.

S. Krikler  
**Ökosozialer Regionalismus**  
 Eine neue globale Entwicklungsphilosophie als Nachhaltigkeitsperspektive  
 132 Seiten, broschiert, 29,- Euro,  
 ISBN 978-3-96238-114-1

---

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

---



Die guten Seiten der Zukunft



sind. Dafür sollen Mittel, die zuvor für das Forschungs- und Entwicklungsprogramm Horizont 2020 bereitgestellt wurden, umgeleitet werden.

Das LIFE-Programm fördert außerdem Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Die Mittel für das Programm sollen grundsätzlich aufgestockt werden, zudem sollen nach Plänen der EU-Kommission Klimaschutzmaßnahmen Teil aller großen Ausgabenprogramme der EU sein. Allerdings sei für konkrete Haushaltbestimmungen des künftigen LIFE-Programms zuerst die umfassende Einigung über den neuen langfristigen EU-Haushalt maßgeblich. Der Mehrjährige Finanzrahmen wird erst nach den EU-Wahlen und nach der Neubesetzung der EU-Kommission beschlossen. [jg]

- EU-Kommission:  
[www.kurzlink.de/ec-news-20190312](http://www.kurzlink.de/ec-news-20190312)
- Artikel in ENDS (kostenpflichtig):  
[www.endseurope.com/article/55101/lawmakers-agree-reforms-to-life-programme](http://www.endseurope.com/article/55101/lawmakers-agree-reforms-to-life-programme)

## Überblick

### Biodiversität nach 2020

■ Was steht in diesem und nächstem Jahr auf der Agenda für Artenvielfalt und Biodiversitätsschutz? Die DNR-EU-Koordination hat einen Überblicksartikel mit wichtigen Terminen und Meilensteinen veröffentlicht. Die Angaben stammen vom unabhängigen politischen Forschungsinstitut IDDRI, dem UN-Umweltprogramm und der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission. [jg]

- [www.dnr.de/index.php?id=13302](http://www.dnr.de/index.php?id=13302)

## EU-Naturschutz

### Happy Birthday, Vogelschutz!

■ Am 2. April 1979 wurde die EU-Vogelschutzrichtlinie von den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beschlossen, doch am 40. Geburtstag gab es nur teilweise Grund zum Feiern dieses „Mei-

lensteins des europäischen Naturschutzrechts“.

„Ohne den rechtlich verbrieften Anspruch auf gesetzlichen Schutz hätten viele Arten gar nicht überleben oder ihre Bestände sich nicht erholen können“, betonte Ludwig Sothmann, DNR-Präsidiumsmitglied und Ehrenvorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz in Bayern (LBV). Der Wert der Richtlinie könne insofern gar nicht hoch genug geschätzt werden. Allerdings konnte die Richtlinie oft erst durch Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission sowie Urteile des Europäischen Gerichtshofes erstritten und durchgesetzt werden. Die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie kritisieren Umweltorganisationen seit Langem. Vor allem aber setzten die intensive Landwirtschaft und der zunehmende Flächenverbrauch den Vogelarten zu.

Seit dem Inkrafttreten der Vogelschutzrichtlinie haben sich die Bestände der Feldvögel mehr als halbiert, kritisiert der DNR. Ursprünglich weitverbreitete Allerweltsarten wie Feldlerche, Kiebitz oder Rebhuhn gälten heute als bedroht. Eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik sowie die konsequente Umsetzung von europäischen Naturschutzregelungen seien deshalb dringend nötig. Zudem brauche es auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene ausreichende personelle und finanzielle Kapazitäten. [jg]

- DNR: [www.dnr.de/index.php?id=13309](http://www.dnr.de/index.php?id=13309)

## Internationaler Artenschutz

### Zoll und BfN informieren online

■ Geschützte Arten aus dem Urlaub mit nach Hause zu bringen, gefährdet die Umwelt und kann außerdem empfindliche Strafen nach sich ziehen. Das Bundesamt für Naturschutz (BF) und der Zoll haben eine Informationsplattform geschaffen, auf der sich Reisende informieren können, welche Arten geschützt sind und was bei Verstößen für Konsequenzen zu erwarten sind.

Vom 23. Mai bis zum 3. Juni fand in Colombo, Sri Lanka, die 18. Vertragsstaatenkon-

ferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) statt. Mehr als 90 Länder hatten 57 Anträge für eine Änderung der CITES-Schutzanhänge eingereicht. Schutzbestimmungen waren für 352 Arten beantragt, darunter 343 Arten, die bislang noch gar nicht durch CITES geschützt sind. Für 15 Arten wurde eine Lockerung des CITES-Schutzes beantragt. Die Artenschutzorganisation Pro Wildlife war vor Ort und berichtet auf der Internetseite über die Ergebnisse. [jg]

- [www.artenschutz-online.de](http://www.artenschutz-online.de)
- [www.prowildlife.de/pressemitteilungen/cites-konferenz-der-bedrohten-tiere-2019](http://www.prowildlife.de/pressemitteilungen/cites-konferenz-der-bedrohten-tiere-2019)

## Biodiversitätsstudien

### Vielfaltserhalter, Vielfaltszerstörer

■ Gefahr für die Artenvielfalt durch kommerzielle Nutzung – an welchen Orten leben Arten besonders gefährlich? Dieser Frage geht eine internationale Studie nach, deren Ergebnisse kürzlich im Wissenschaftsmagazin *Advances* veröffentlicht wurde. Die Übernutzung als eine der Hauptbedrohungen für die biologische Vielfalt sei auf der Welt unterschiedlich intensiv. Die WissenschaftlerInnen haben für 4.543 bedrohte Arten an Land und auf See die Orte ermittelt, wo diese besonders oft vorkommen. Diese Orte wurden mit einer Karte zur Klassifizierung je nach Bedrohungsintensität (hoch, mittel, niedrig) verglichen, um Gefährdungsregionen zu identifizieren. Ergebnis: Auf 4,3 Prozent der Landfläche und 6,1 Prozent der Meeresflächen leben diese bedrohten Arten in größerer Zahl, sind aber nicht ausreichend geschützt. Nur etwa ein Sechstel dieser Flächen haben einen Schutzstatus. Die farblich gekennzeichnete Gefährdung ist auf einer Weltkarte abgebildet. Besonders in Asien und an den Ostküsten der USA und Brasiliens haben es bedrohte Arten nicht leicht.

Welche Faktoren führen zu einer erfolgreichen Durchsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie? Das hat das Institut für



## „Bei der EU-Wahl geht es für unsere Jugend um nichts weniger als die Zukunft!“

Global betrachtet ist die Europäische Union seit den 1970er-Jahren Motor für Klima- und Umweltschutz. Von der Mitgestaltung internationaler Konventionen bis hin zur Vogelschutzrichtlinie wurden vor vier Jahrzehnten Meilensteine gesetzt. Umso wichtiger ist es, diese Errungenschaften zu bewahren und fortzuführen, findet Claus Mayr und plädiert dafür, am 26. Mai wählen zu gehen.

**In den vergangenen Jahrzehnten wurden auf europäischer Ebene die Weichen für zahlreiche umweltpolitische Initiativen gestellt, aber die Herausforderungen sind nach wie vor groß. Welche Rolle kann oder muss die EU gegen Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt spielen?**

Die EU beziehungsweise die frühere EWG war bereits seit ihrem ersten Umweltaktionsprogramm (UAP) im Jahr 1973 ein Motor des internationalen Natur- und Umweltschutzes. So wurden nicht nur die Bonner und die Berner Konvention maßgeblich mitgeprägt, die EWG-Mitgliedstaaten verabschiedeten 1979 auch einstimmig die Vogelschutzrichtlinie, um vor allem Zugvögel grenzüberschreitend besser schützen zu können – drei wichtige 40-jährige Jubiläen in diesem Jahr! Fortschrittlich war auch die Einführung des Vorsorge- und Verursacherprinzips. Beide wurden beim Klima-, Umwelt- und Naturschutz in den letzten Jahren allzu oft wirtschaftlichen Interessen geopfert. Die Beschlüsse einiger EU-Mitgliedstaaten zum Kohleausstieg und zum Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor, ebenso wie jüngste Beschlüsse des EU-Parlaments lassen aber hoffen, dass hier unter dem Eindruck der Klimakatastrophe und des Insektensterbens ein Umdenken einsetzt. Dieses muss die EU auch auf internationaler Bühne einfordern. Wenn nicht die reichen Länder des Westens, wer dann?

**Der Ausstieg aus der Atomenergie hat begonnen. Trotzdem gibt es auf EU-Ebene immer noch den EURATOM-Vertrag. Ganz in Ihrer Nähe steht das belgische Kraftwerk Tihange. Haben Sie sich diesbezüglich für Ihren „Unruhestand“ etwas vorgenommen?**

Der EURATOM-Vertrag, die entsprechenden EU-Beihilfebestimmungen und die um sich greifenden Laufzeitverlängerungen alter, maroder Atomreaktoren stellen eine zunehmende Gefahr dar. Nicht nur in Tihange, sondern in allen Grenzregionen etwa zu Frankreich, Belgien und Tschechien. Ich begrüße daher sehr, dass die notwendigen Änderungen der EU-Rechtsgrundlagen zu den zentralen Forderungen des DNR und seiner Mitgliedsverbände sowie den Anti-Atom-Initiativen in Deutschland und anderen EU-Staaten für die Europawahl zählen, und unter-

stützen den Kampf gegen die „Schrottreaktoren“ nur 60 Kilometer vor meiner Haustür natürlich auch ehrenamtlich weiter.

**Gibt es europäische Sternstunden, auf die Sie besonders gern zurückblicken?**

Zwei der größten Erfolge im Naturschutzbereich waren für mich das Scheitern des Südtiroler EVP-Abgeordneten Ebner 1999/2000, den Artikel 7 der EG-Vogelschutzrichtlinie zu ändern mit dem Ziel, Zugvögel wieder beim Heimzug in die Brutgebiete schießen und fangen zu dürfen, sowie das einhellige Votum von Mitgliedstaaten und Parlament zur Erhaltung und zur besseren Umsetzung und Finanzierung der EU-Naturschutzrichtlinien (Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) im Rahmen des „Fitness-Checks“ 2014 bis 2017. In beiden Fällen gelang es BirdLife International, dem Dachverband des NABU und anderen Naturschutzverbänden, Hunderttausende von Menschen für den Naturschutz zu sensibilisieren und bei „ihren“ MdEPs dafür zu protestieren. Von besonderer Bedeutung waren auch die Verabschiedung der EU-Biodiversitätsstrategie 2020 mit ihren zahlreichen Impulsen zur besseren Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien, dem Aufbau einer „grünen Infrastruktur“, der Ökologisierung von Agrar-, Forst- und Fischereipolitik, Maßnahmen gegen invasive Arten, sowie das ambitionierte 7. Umweltaktionsprogramm. Was oft fehlte, war der politische Wille zur konsequenten Umsetzung, aber das kann sich ja mit einem neuen Parlament ändern!

**Die Umweltverbände kooperieren seit Langem mit dem EU-Parlament. Wie können Umwelt- und Naturschutzorganisationen erfolgreich an parlamentarischen Entscheidungen mitwirken?**

Nach meinen Erfahrungen ist das persönliche Gespräch immer noch durch nichts zu ersetzen. Für die Naturschutzverbände als „David“ gegen den „Goliath“ der Zehntausenden Industrielobbyisten in Brüssel und Straßburg ist dabei von Vorteil, dass es ihnen nicht um leicht durchschaubare wirtschaftliche Vorteile geht, und dass sie den Naturschutz mit ihrer breiten ehrenamtlichen Basis überzeugend vorleben, auch in den Heimatregionen der Abgeordneten.

**Welche Eigenschaften müssen Umweltaktive auf Brüsseler Ebene unbedingt mitbringen?**

Sie müssen glaubwürdig und überzeugend auftreten und argumentieren. Statt Konfrontation sollte die Vertrauensbildung im Vordergrund stehen. Zudem ist von Vorteil, wenn unsere MitarbeiterInnen in Brüssel die Situation in den Heimatregionen der Abgeordneten kennen, oder die Abgeordneten im Idealfall sogar die konkrete Naturschutzarbeit des Verbandes in der Heimatregion kennen und schätzen. Als NABU-Mitarbeiter hat mir dies viele Türen geöffnet, die anderen Vertretern der „Green 10“ versperrt blieben. Ich würde mir daher für die Zukunft sehr wünschen, dass auch andere deutsche Umweltverbände – und der DNR selber – eigene MitarbeiterInnen nach Brüssel entsenden.

**Warum sollten sich Bürgerinnen und Bürger an den Europawahlen beteiligen?**

Ich komme auf die Eingangsfrage zurück: Wenn die EU wieder Motor des Klima- und Umweltschutzes werden soll, braucht sie ambitionierte, über den kurzfristigen wirtschaftlichen Profit hinausblickende Politikerinnen und Politiker, und am allerwenigsten nationalistisch eingestellte Populisten. Neben dem zunehmenden Engagement der Umweltverbände machen mir Bewegungen wie „Pulse of Europe“ und „Fridays for Future“ Hoffnung, dass die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen steigt. Gerade für unsere Jugend geht es um nicht weniger als ihre Zukunft!

[Interview: Marion Busch, Juliane Grüning]

**Claus Mayr war von 1992–2018 Mitarbeiter des NABU-Bundesverbandes, zunächst in Bonn, ab 2007 als Direktor Europapolitik des NABU im BirdLife-Büro in Brüssel. Im Ruhestand setzt sich der Vorsitzende des NABU-Stadtverbandes Aachen und Vorstandsmitglied der NABU-Stiftung Naturerbe NRW weiter für den Naturschutz ein.**

**Kontakt:**  
E-Mail: [claus.mayr@nabu-nrw.de](mailto:claus.mayr@nabu-nrw.de)



## #natürlichEuropa – sagen erfahrene Natur- und UmweltschützerInnen im Statement zur Europawahl

Am 26. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Es geht um viel: den Natur-, Tier- und Umweltschutz als Priorität auf die Agenda bringen, die Demokratie verteidigen, den Rechtsruck verhindern. Die Umweltorganisationen als Teil der Zivilgesellschaft wollen mit guten Argumenten und ihrer Kampagne #natürlichEuropa eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erreichen – für ein nachhaltiges, natur- und menschenfreundliches Europa.

**Mit Europa „Krisen zu Geschichte machen“ – fordert Kai Niebert, Präsident des DNR und Professor für Didaktik der Naturwissenschaften und Nachhaltigkeit an der Universität Zürich und der Leuphana Universität Lüneburg.**

„Ich wähle #natürlichEuropa, weil wir nur in einem gemeinsamen, starken und demokratischen Europa eine Zukunft gestalten können, in der Klimawandel, Artensterben und Flüchtlingskrisen Geschichte sind.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/praesident-prof-dr-kai-niebert](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/praesident-prof-dr-kai-niebert)

**„Jede Stimme wird gebraucht“ – sagt Undine Kurth, Vizepräsidentin des DNR. Sie ist seit über 25 Jahren für den Natur- und Tierschutz aktiv, in der Kommunalpolitik ebenso wie als Landesvorsitzende des BUND in Sachsen-Anhalt und als naturschutz- und tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag.**

„Ich wähle #natürlichEuropa, weil ich dieses großartige Projekt für Verständigung und gegenseitige Hilfe nie mehr missen möchte. Die Wahl ist mein Beitrag für ein demokratisches Europa. Wirklich jede Stimme für ein offenes und freundliches Europa wird gebraucht. Die Populisten dürfen keine Chance bekommen, die europäische Idee zu zerstören.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/vizepraesidentin-undine-kurth](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/vizepraesidentin-undine-kurth)

**„Gehen Sie zur Europawahl“ – sagt Sebastian Schönauer, Schatzmeister des DNR, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des BUND und im Leitungskreis Forum Umwelt & Entwicklung. Der pensionierte Pädagoge ist seit über 37 Jahren ehrenamtlich im Naturschutz tätig.**

„Wir brauchen ein solidarisches Europa mit auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Politik, die gewährleisten kann, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Luft geschützt und erhalten werden. Ja, gehen Sie zur Europawahl! Denn nur so bekommen wir ein Europa, das in Zukunft statt TTIP, CETA oder JEFTA faire Handelsverträge abschließt und mit einer fairen

Besteuerung insbesondere der Finanzkonzerne dafür sorgt, dass die öffentliche Daseinsvorsorge wie Infrastruktur nicht privatisiert und die Sozialsysteme für die Nichtbegünstigten wieder krisensicher gestaltet wird. Nur mit ihrer gezielten Stimmabgabe können die Völker Europas erreichen, dass die Jugendarbeitslosigkeit und die für Hunderte von Millionen Menschen drohende Altersarmut in den Mittelpunkt der europäischen Politik zurückgeholt werden.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/schatzmeister-sebastian-schoenauer](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/schatzmeister-sebastian-schoenauer)

**„70 Jahre Frieden in einem einigen Haus Europa sind einmalig“ – sagt Ludwig Wucherpfennig, Besitzer im DNR-Präsidium. Seit 1954 ist er Mitglied des Deutschen Alpenvereins (DAV), Sektion Hildesheim, wo er sich seit 1958 ehrenamtlich engagiert. Bis 2015 war er Vizepräsident des DAV, seither ist er Ehrenmitglied.**

„Ich gehe selbstverständlich wählen, weil ein starkes Europa die wichtigste Voraussetzung ist, den Frieden in Europa zu sichern und zu erhalten. Als Angehöriger der Kriegsgeneration habe ich als Kleinkind selber erlebt, wie durch die Naziherrschaft ganze Kontinente mit Krieg, Völkermord, Zerstörung, Vertreibung überzogen wurden. Mehr als 70 Jahre Frieden für unser Land und unsere Nachbarn sind einmalig und dennoch gibt es in vielen Ländern Europas Ewiggestrige, die mit ihren Gedanken und ihrem Handeln dazu beitragen, diese Errungenschaften eines einigen und starken Hauses ‚Europa‘ infrage zu stellen. Ich gehe natürlich auch deshalb wählen, da nur in Friedenszeiten der Natur- und Umweltschutz für ein nachhaltig ökologisches Europa arbeiten kann.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzer-ludwig-wucherpfennig](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzer-ludwig-wucherpfennig)

**Elke Baranek ist Beisitzerin im DNR-Präsidium und Geschäftsführerin von EUROPARC Deutschland. Sie leitet unterschiedliche Projekte, die darauf zielen, die Qualität der Nationalparks, Biosphärenreservate, Naturparks und Wildnis-**

**gebiete in Deutschland zu stärken und ein zeitgemäßes und angemessenes Naturverständnis in der Gesellschaft zu fördern.**

„Gehen Sie zur Europawahl! Denn die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzerin-dr-elke-baranek](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzerin-dr-elke-baranek)

**„Wir brauchen die konsequente Umsetzung des bewährten Rechts und eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik“, sagt DNR-Präsidiumsmitglied Ludwig Sothmann. Er hat Chemie und Pharmazie studiert und betrieb eine Apotheke in Hilpoltstein. Viele Jahre war er Vorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz in Bayern (LBV). Er ist Sprecher des Biodiversitätsrates des bayerischen Umweltministeriums.**

„Die EU-Vogelschutzrichtlinie ist unbestritten ein Meilenstein des europäischen Naturschutzrechts. Ohne den rechtlich verbrieften Anspruch auf gesetzlichen Schutz hätten viele Arten gar nicht überleben oder ihre Bestände sich nicht erholen können. Einstige weitverbreitete Allerweltsarten wie Feldlerche, Kiebitz oder Rebhuhn gelten aber heute als bedroht. Die Folgen der intensiven Landwirtschaft und des wachsenden Flächenverbrauchs treffen die Vögel der Feldflur damit ebenso dramatisch wie die Insekten. Um die Ziele der EU-Vogelschutzrichtlinie zu erreichen, braucht es daher eine ebenso konsequente Umsetzung des bewährten Rechts wie eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzer-ludwig-sothmann](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzer-ludwig-sothmann)

**Nina Slattery, zuständig für Medien und Öffentlichkeitsarbeit beim DNR.**

„Ich wähle #natürlichEuropa, weil ich mir vor allem für meine Kinder einen gesunden Lebensraum und weiterhin Frieden wünsche.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/team](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/team)

„Europa ist unverzichtbar für den Erhalt von Frieden, Natur, Kultur und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft!“, meint Gerlinde Hoffmann, seit vier Jahrzehnten engagiert für Naturschutz, Soziales und Sport. 35 Jahre lang arbeitete sie in der Deutschen Reiterlichen Vereinigung, dem Bundesverband für Pferdesport und Pferdezucht, sie ist seit vielen Jahren Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings, Vizepräsidentin der internationalen Föderation für Pferdetourismus und aktiv im Deutschen Kuratorium für Therapeutisches Reiten.

„Wir müssen Scheuklappen ablegen und brauchen optimistisches Engagement für faszinierende Vielfalt und für gelebte Verständigung über Grenzen hinweg! Darum wähle ich #natürlich Europa“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzerin-gerlinde-hoffmann/](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzerin-gerlinde-hoffmann/)

„Wir brauchen ein starkes Europa für eine naturverträgliche Entwicklung“ – sagt die Diplomi-

ologin Elisabeth Emmert. Sie ist Gründungsmitglied des Ökologischen Jagdverbands (ÖJV) und seit 1992 dessen Bundesvorsitzende. Freiberuflich ist sie in den Bereichen Biotopkartierung und Landschaftsplanung im Westerwald tätig.

„Ich wähle #natürlichEuropa, weil auch in Zukunft unsere naturnahen Gewässer, vielfältigen Lebensräume und heimischen Arten durch wirksame europäische Richtlinien geschützt und verbessert werden sollen. Wir brauchen ein starkes Europa für eine nachhaltige, naturverträgliche Entwicklung.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzerin-elisabeth-emmert/](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzerin-elisabeth-emmert/)

„Ich wähle #natürlichEuropa“, sagt Hermann Ott, der sich in Wissenschaft, Politik und als Anwalt der Erde und Leiter von ClientEarth in Deutschland für den Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung einsetzt.

„Das bedeutet erstens: #Natürlich wählen gehen! Denn dies ist auch eine Richtungswahl für die Zukunft Europas.“

Und es bedeutet zweitens: #Natürlich für die Umwelt wählen gehen! Die eigene Wahlentscheidung daran ausrichten, ob diejenige Partei tatsächlich für den Umweltschutz arbeitet. Der DNR bietet dazu Entscheidungshilfen an – nutzen Sie sie!“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzer-prof-dr-hermann-e-ott/](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/praesidium/beisitzer-prof-dr-hermann-e-ott/)

**Europa braucht „ambitionierte ökologische Leitplanken“, sagt Florian Schöne, politischer Geschäftsführer des DNR.**

„Ich wähle #natürlichEuropa, weil ein einheitlicher Wirtschaftsraum nur mit ambitionierten ökologischen Leitplanken zukunftsfähig ist.“

► [www.dnr.de/der-dnr/organisation/team/](http://www.dnr.de/der-dnr/organisation/team/)

**Informationen zur Kampagne #natürlichEuropa finden Sie unter:**

► [www.natuerlicheuropa.de](http://www.natuerlicheuropa.de)

Europäische Umweltpolitik (IEEP) herausgearbeitet und dafür zahlreiche Fallstudien aus den EU-Mitgliedstaaten analysiert. Die Studie zeigt, dass eine starke und kohärente Naturschutzpolitik mit guter Unterstützung auf Entscheiderebene ein Schlüsselement ist, um echte Verbesserungen beim Zustand von Lebensräumen und Arten zu erreichen. Darüber hinaus werden Erfolgsgeschichten gemeinhin durch gezielte Forschung untermauert, um die Ursache des Rückgangs zu diagnostizieren, und eine angemessene Finanzierung, um Managementlösungen zu testen und einzusetzen, die langfristig nachhaltig sind. Entscheidend ist auch die Beteiligung und Motivation der wichtigsten Akteure (z. B. Grundeigentümer, Landwirtschaftsorganisationen, Förster, Jäger, Fischer, Industrie und Kommunen), ebenso wie die breitere Anerkennung des Wertes des Naturschutzes durch die Gesellschaft. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, wie wichtig Schutzgebiete als Eckpfeiler nationaler und internationaler Erhaltungsstrategien sind. [jg]

► BirdLife: [www.kurzlink.de/birdlife2019-04-03](http://www.kurzlink.de/birdlife2019-04-03) und Studie: <https://advances.sciencemag.org/content/advances/5/4/eau2879.full.pdf>

► IEPP: [www.kurzlink.de/ieep2019-04-05](http://www.kurzlink.de/ieep2019-04-05) und Studie: [www.kurzlink.de/finalreport2019-03](http://www.kurzlink.de/finalreport2019-03)

### Nationale Biodiversitätsstrategie

## Viel zu wenig Naturwälder

■ Auf weniger als drei Prozent der Waldflächen in Deutschland wachsen noch Naturwälder, nämlich 2,8 Prozent. Das ist die ernüchternde Bilanz einer Studie der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz und des Bundesumweltministeriums. Laut nationaler Biodiversitätsstrategie sollen es bis zum Jahr 2020 aber 5 Prozent werden: ökologisch wertvoll und unbewirtschaftet. Immerhin hat sich der Anteil gesteigert, 2013 waren 1,9 Prozent der Flächen als naturnahe Wälder identifiziert worden.

„Die neue Bilanz zum Anteil der Naturwälder in Deutschland ist ein Armutszeugnis. Nach über zehn Jahren schafft es die Bundesregierung nicht, Wälder im notwendigen Umfang dauerhaft ihrer natürlichen Entwicklung zu überlassen“, kritisierte der BUND. Viele Tier-, Pflanzen- und Pilzar-

ten, die auf die Alters- und Zerfallsphasen der Bäume und eine natürliche Dynamik im Wald angewiesen sind, seien unter anderem auch durch diese Versäumnisse stark gefährdet.

„Der Dürresommer 2018 hat gezeigt, wie anfällig unsere Wirtschaftswälder gegenüber sich ändernden Umweltbedingungen sind“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Naturnahe Wälder seien gegenüber dem Klimawandel anpassungsfähiger. Durch Verdunstung von Wasser schaffe sich der naturnahe Wald ein eigenes Klima: Dürre und Hitzeperioden übersteht er damit im Vergleich unbeschadet. Die Bundesregierung solle ihre selbst gesteckten Ziele zum Waldnaturschutz in Deutschland nicht aus den Augen verlieren und in öffentlichen Wäldern mehr unbewirtschaftete Flächen ausweisen, fordert der NABU. Außerdem müssten in Wirtschaftswäldern mehr naturnahe Strukturen gefördert werden. [jg]

► Pressemitteilung von NW-FVA und BfN: [www.kurzlink.de/nw-fva-pm2019-04-05](http://www.kurzlink.de/nw-fva-pm2019-04-05)  
 ► BUND: [www.kurzlink.de/bund-pm2019-04-05](http://www.kurzlink.de/bund-pm2019-04-05)  
 ► Reaktion NABU: [www.nabu.de/natur-und-landschaft/waelder/waldpolitik/26084.html](http://www.nabu.de/natur-und-landschaft/waelder/waldpolitik/26084.html)  
 ► NABU-Projekt: [www.speicherwald.de](http://www.speicherwald.de)

Waldzustandsbericht 2018**Schlimmer war's nimmer**

■ Seit Beginn der jährlichen Waldschadensdokumentation vor 35 Jahren ist es den Wäldern in Deutschland noch nie schlechter gegangen. Das belegt der aktuelle Waldschadensbericht 2018 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Die anhaltende Dürre in der Vegetationszeit 2018 habe verbreitet zum vorzeitigen Abfallen der Blätter geführt. Bei der Fichte habe dies die massenhafte Vermehrung von Borkenkäfern begünstigt. Das volle Ausmaß der Dürreschäden werde aber voraussichtlich erst in der kommenden Vegetationsperiode 2019 sichtbar werden. Nur noch 28 Prozent der Waldbäume in Deutschland ließen keine Schäden erkennen, die sichtbaren Schäden haben bei allen Baumarten zugenommen.

Zum Schutz der Wälder fordert die Umweltorganisation Robin Wood eine drastische Reduzierung der landwirtschaftlichen Tierproduktion. Zu fördern sei außerdem eine naturnahe, durch heimische Laubbäume geprägte ökologische Waldwirtschaft. Die Organisation kritisiert, dass das BMEL die Erhebung traditionell „vor der Öffentlichkeit zu verstecken“ pflege. Die Landwirtschaft selbst sei mit ihren hohen Stickstoffemissionen aus der Tierproduktion einer der entscheidenden Verursacher des schlechten Zustands der Wälder. Unter den Luftschadstoffen, die dem Wald zusetzen, seien die Emissionen von Stickstoffverbindungen aus

den Bereichen Industrie und Verkehr (Stickoxide) sowie der Landwirtschaft (Ammoniak) die bei Weitem stärkste und folgenschwerste Schadstoffgruppe. Beide Stickstoffverbindungen versauern die Waldböden und schaffen Nährstoffungleichgewichte, die die Wälder schwächen. Die Landwirtschaft sei für über 60 Prozent aller Stickstoffemissionen verantwortlich. Zudem habe sich auch der Klimawandel zu einem wichtigen Verursacher von Waldschäden entwickelt. [jg]

- ▶ [www.bmel.de/DE/Wald-Fischerei/Waelder/\\_texte/Waldzustandserhebung.html](http://www.bmel.de/DE/Wald-Fischerei/Waelder/_texte/Waldzustandserhebung.html)
- ▶ [www.kurzlink.de/rowo-pm201904-11](http://www.kurzlink.de/rowo-pm201904-11)

Artenschutz Bayern**Volksbegehren wird Gesetz**

■ Die bayerische Koalition aus CSU und Freien Wählern will das erfolgreiche Volksbegehren zu Artenvielfalt und Insekenschutz als Gesetz übernehmen. Nach einem runden Tisch zum Thema fand Mitte April eine Reihe von Fachgruppenworkshops statt, die konkrete Vorschläge an die Staatsregierung weitergegeben haben. Die bayerische Regierung habe angekündigt, nicht nur das Volksbegehren anzunehmen, sondern einen neuen Gesellschaftsvertrag zu verabschieden, berichtet das Aktionsbündnis zum Volksbegehren. Am 8. Mai soll die erste Lesung zu den gesetzlichen Maßnahmen im bayerischen Landtag stattfinden, voraussichtlich im Juli – nach der zweiten Lesung

– könnte das Volksbegehren tatsächlich in Gesetzesform gegossen sein. [jg]

- ▶ [www.volksbegehren-artenvielfalt.de](http://www.volksbegehren-artenvielfalt.de)

Volksinitiative Brandenburg**Artenvielfalt retten – Zukunft sichern**

■ Ein breites Verbändebündnis mobilisiert seit Mitte April auch in Brandenburg für ein Gesetz zur Förderung der Artenvielfalt auf Landesebene. Initiatoren sind die Brandenburger Umwelt- und Naturschutzvereine NABU, BUND, NaturFreunde, deren Jugendorganisationen, die Grüne Liga sowie die Aurelia Stiftung. Informationen und Unterschriftenlisten sind im Internet erhältlich. [jg]

- ▶ [www.brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/aktionen-projekte/26210.html](http://www.brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/aktionen-projekte/26210.html)

Petition Biodiversität**Artenschutz ins Grundgesetz**

■ Seit März und noch bis Mitte Juli können Engagierte eine Petition an den Deutschen Bundestag unterschreiben, die sich dafür einsetzt, den Schutz der biologischen Vielfalt in die Verfassung aufzunehmen.

In Deutschland ist etwa ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Der Biodiversitätsverlust bedroht die ökonomische und ökologische Zukunft unseres Landes. Daher muss der Schutz der Biodiversität höchste Priorität erhalten und im Grundgesetz verankert werden. Dafür soll in Artikel 91a des GG eine dritte Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern festgeschrieben werden. Nämlich die Verbesserung des Biodiversitätsschutzes und Sicherstellung der Ökosystemleistungen.

Dieser Schutz kann nur als Gemeinschaftsaufgabe sichergestellt werden, da weder Bund noch Länder allein die Möglichkeit haben, ausreichende Maßnahmen





zu ergreifen. Die vorgeschlagene Änderung von Artikel 91a würde die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Artenschutz ist von existenzieller Bedeutung für die Zukunft. Ohne Artenvielfalt kann die Natur uns die sogenannten Ökosystemleistungen – etwa saubere Luft, Wasser und Boden – nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen. Um diese Systemleistungen zu sichern, muss die Biodiversität erhalten bleiben. Es ist anzustreben, dass Bund und Länder bei dieser Aufgabe zusammenarbeiten, da die föderalen Gebiets- und Zuständigkeitsgrenzen den Funktionsweisen von Natursystemen nicht gerecht werden.

Gemeinsam mit der Kampagne #6-Fighting Extinction ([www.6-fighting-extinction.com](http://www.6-fighting-extinction.com)) verfolgt die Biodiversity Foundation das Ziel, die Öffentlichkeit über die Biodiversitätsproblematik zu informieren. Kern der internationalen Arbeit ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich darzustellen, zu verbreiten und dadurch öffentliche Diskussionen und politische Prozesse anzustoßen, die notwendig sind, um die Artenvielfalt auf der Erde zu erhalten. Die Stiftung wurde im Dezember 2017 in Hamburg gegründet als gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts anerkannt. [mbu]

► Zur Petition: [www.biodiversity-foundation.com](http://www.biodiversity-foundation.com)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Tiertransporte

## Verbände fordern Stopp des Exports in Nicht-EU-Länder

■ Anlässlich der Agrarministerkonferenz der Bundesländer Mitte April in Rheinland-Pfalz hat die Tierschutzstiftung Vier Pfoten gegen zu lange, qualvolle Lebertransporte protestiert. Die Tierschützer wollen, dass die Agrarminister die Bundesregierung dazu bringen, alle Exporte lebender Tiere in Drittländer zu stoppen und sich dafür auch auf europäischer Ebene einzusetzen. Das Europäische Parlament stimmte im Februar für bessere Bedingungen von Tiertransporten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

An Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner richtete Vier Pfoten den Appell: bundesweites Exportverbot von Lebertransporten in außereuropäische Staaten ohne ausreichende Tierschutzstandards und Begrenzung der maximalen Transportzeit auf acht Stunden.

Auch der Deutsche Tierschutzbund prangert die Praxis der Tierbeförderung an. So forderten der Verband und seine

16 Landesverbände die Agrarminister des Bundes und der Länder auf, Lebertransporte in Drittstaaten der EU zu stoppen. Ihre Forderungen übergaben die Tierschützer in Landau in Form einer Resolution.

Bereits Ende März haben zehn Verbände, darunter die DNR-Mitglieder Bund gegen Missbrauch der Tiere, Bundesverband Tierschutz, Provieh, Vier Pfoten sowie der Umweltdachverband selber in einem offenen Brief Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast aufgefordert, einen Exportstopp für Tiere in Drittstaaten zu erlassen. Denn solche Transporte gelten als Tierquälerei, wenn sie für Länder erlaubt werden, in denen nicht die deutschen Tierschutzstandards gelten. Mehrere Bundesländer, darunter Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen, verhängten inzwischen Ausfuhrstopps in bestimmte Drittstaaten. Thüringen plant ebenfalls ein vorläufiges Verbot von Exporten. [mbu]

#### ► Weitere Informationen:

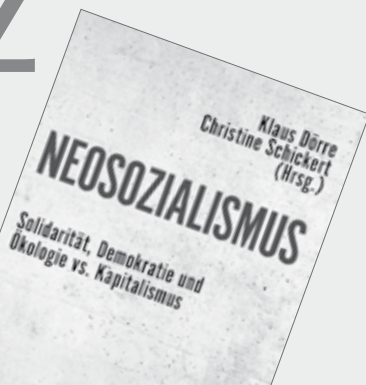
[www.vier-pfoten.de/kampagnen-themen/themen/tiertransporte/tiertransporte-in-deutschland](http://www.vier-pfoten.de/kampagnen-themen/themen/tiertransporte/tiertransporte-in-deutschland)

► Resolution Deutscher Tierschutzbund (PDF): [www.kurzlink.de/resolut-tiertrans19](http://www.kurzlink.de/resolut-tiertrans19)

► Gemeinsamer offener Brief an Niedersachsens Landwirtschaftsministerin: [www.provieh.de/gemeinsamer-offener-brief/tiertransporte](http://www.provieh.de/gemeinsamer-offener-brief/tiertransporte)

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## K wie Kontroverse

In Zeiten der »Großen Transformation« müssen wir uns fragen: Kann, soll und darf sich eine sozialökologische Transformation noch innerhalb kapitalistischer Bahnen bewegen? Oder sollten neue Wege jenseits des Kapitalismus – etwa in Richtung einer neosozialistischen Entwicklung – beschritten werden? In der Kontroverse vereint, setzen sich die Autorinnen und Autoren dieses Bandes kritisch mit Vorschlägen dazu auseinander.

K. Dörre, C. Schickert (Hrsg.)

### Neosozialismus

Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus

216 Seiten, broschiert, 22,- Euro, ISBN 978-3-96238-119-6

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



## Nachhaltigkeit

A-Z



## M wie Moderationstechniken

Bürgerinnen und Bürger möchten heute auf die Ausgestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes stärker als bisher Einfluss nehmen. Sie frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubinden schafft mehr Akzeptanz für Entscheidungen. Das praxisorientierte »Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung« erscheint in 5 Bänden. Band 4 stellt 27 Konzentrations- und Feedbacktechniken sowie auch Entspannungs- und Wiederholungstechniken vor, die die Produktivität von Beteiligungsverfahren verbessern können.

P. Patze-Diordiychuk, P. Renner (Hrsg.)  
**Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung**  
 Moderationsphasen produktiv gestalten  
 216 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,  
 ISBN 978-3-96006-172-4

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## UMWELTPOLITIK &amp; UMWELTRECHT

## UN-Nachhaltigkeitsziele

## Voraussetzung: ökologischer Systemwandel

■ In ihrer Reaktion auf das Reflexionspapier der EU-Kommission „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“ haben die EU-Mitgliedstaaten die Kommission aufgefordert, eine umfassende Umsetzungsstrategie zu erarbeiten, die die zentrale Bedeutung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) widerspiegelt.

Grundpfeiler für ein nachhaltiges Europa sind nach Einschätzung der MinisterInnen die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft, Klimaneutralität sowie der Schutz von Biodiversität und Ökosystemen. Hinzu kommen ein nachhaltiges Landwirtschaftsmodell sowie eine kohlenstoffarme Energieversorgung, ein klimaneutraler Gebäudebestand und weitgehend emissionsfreie Verkehrssysteme.

Das Europabüro des WWF unterstützt die Schlussfolgerungen des Rates. Die Mitgliedstaaten hätten erkannt, dass es erheblicher zusätzlicher Anstrengungen bedürfe, damit die EU ihren Verpflichtungen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in angemessener Weise nachkommt.

Voraussichtlich im Juli wird die EU-Kommission die Vereinten Nationen über den Stand der SDG-Umsetzung in Kenntnis setzen. [aw]

- ▶ Schlussfolgerungen: [www.consilium.europa.eu/media/39019/st08286-en19.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/39019/st08286-en19.pdf)
- ▶ WWF EU: [www.wwf.eu/?uNewsID=345610](http://www.wwf.eu/?uNewsID=345610)

## Europawahl

## Informiert in die Wahlkabine

■ Aktuelle Hochrechnungen des EU-Parlaments und anderer Umfragen von Mitte April deuten darauf hin, dass die Europäische Volkspartei (EVP) und die europäischen SozialdemokratInnen (S&D)

ihre Mehrheit im Parlament einbüßen. Die Liberalen der ALDE-Fraktion dürften sich stattdessen über Stimmengewinne freuen – ebenso wie die Fraktionen am rechten Rand. Die Europäischen Grünen und die Europäischen Linken würden dagegen leicht verlieren. Insgesamt scheint das nächste EU-Parlament deutlich fragmentierter zu werden.

Im April kündigten die AfD und die italienische Lega-Partei an, eine rechtspopulistische Fraktion im neuen EU-Parlament zu bilden. Sie soll Europäische Allianz der Völker und Nationen (EAPN) heißen. Auch die Dänische Volkspartei und die finnische Partei Die Finnen sollen dabei sein.

Derweil scheint sich abzuzeichnen, dass das Vereinigte Königreich doch an der Wahl zum Europaparlament teilnimmt. Auf einem Sondergipfel im April entschieden die Staats- und Regierungschefs, die Austrittsfrist bis zum 31. Oktober dieses Jahres zu verlängern. Nur wenn eine Zustimmung zum Austrittsvertrag in den ersten drei Maiwochen gelingt, müssten die Briten sich nicht an den Wahlen beteiligen und könnten die EU am 1. Juni verlassen, hieß es aus Brüssel.

Ebenfalls im April veröffentlichte die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) eine Synopse, die die Positionen der Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, Freie Wähler und AfD in Stichpunkten zusammenfasst. Zugleich stellt sie die Parteiprogramme den politischen Forderungen der EBD gegenüber.

Am Wahlabend des 26. Mai will das EU-Parlament auf einer Onlineplattform in Echtzeit über die Wahlergebnisse in den EU-Mitgliedstaaten berichten. [aw]

- ▶ Dossier des EU-Parlaments: [www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/elections-press-kit](http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/elections-press-kit)
- ▶ EBD-Synopse: [www.kurzlink.de/ebd-synopse-euwahl](http://www.kurzlink.de/ebd-synopse-euwahl)
- ▶ EU-Kommission zum Brexit: [www.ec.europa.eu/germany/news/brexit20190411\\_de](http://www.ec.europa.eu/germany/news/brexit20190411_de)
- ▶ Die EU-Koordination informiert: [www.dnr.de/eu-koordination/europawahl-2019](http://www.dnr.de/eu-koordination/europawahl-2019)
- ▶ DNR-Kampagne #natürlichEuropa: [www.natuerlicheuropa.de](http://www.natuerlicheuropa.de)

EU-Umweltpolitik**Überall bleibt viel zu tun**

■ Im April hat die EU-Kommission 28 Länderberichte veröffentlicht, die den Stand der Umsetzung des EU-Umweltrrechts sowie Verbesserungsmöglichkeiten in den einzelnen Mitgliedstaaten aufzeigen. Zusätzlich gab es Empfehlungen, was die Mitgliedstaaten im Einzelnen verbessern und welche Maßnahmen sie ergreifen können.

Bei der Luftqualität sind in 18 Mitgliedstaaten die Stickstoffoxidemissionen noch immer zu hoch. 15 Länder, darunter Deutschland, müssen ihre Feinstaubemissionen weiter verringern.

Zudem besteht erheblicher Handlungsbedarf, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie und weiterer EU-Vorschriften zum Wasserschutz einzuhalten. Insbesondere ist fraglich, ob ein guter Zustand der europäischen Gewässer bis 2027 erreicht wird. Deutschland muss bei der Nitratrichtlinie dringend nachbessern, da die Nitratbelastung im Grundwasser zu hoch ist.

Ferner haben die meisten Mitgliedstaaten, auch Deutschland, ihr Natura-2000-Netzwerk nicht vervollständigt. Wegen der lückenhaften Ausweisung besonderer Schutzgebiete im Rahmen von Natura 2000 hat die Kommission im Januar 2019 unter anderem gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Beim Klimaschutz attestiert die Kommission den EU-Ländern „gute Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Klimavorschriften“. Dennoch müssten „die Anstrengungen verstärkt werden, um den internationalen Verpflichtungen aus dem Pariser Übereinkommen“ nachzukommen.

Die Abfallvermeidung bleibt für alle Mitgliedstaaten eine zentrale Herausforderung. Bei der Abfallbewirtschaftung haben neun Mitgliedstaaten gute Aussichten, die Recyclingziele zu erreichen. Fünf haben dies bereits geschafft. 14 Mitgliedstaaten laufen Gefahr, die Ziele für 2020 beim Recycling von Siedlungsabfällen zu verfehlen. [aw]

- ▶ EU-Kommission zum Bericht: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/19/1934)
- ▶ Länderberichte: [www.ec.europa.eu/environment/eir/country-reports/index2\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/eir/country-reports/index2_en.htm)

Digitalisierung**Im Dienst der Nachhaltigkeit**

■ Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat im April sein Gutachten „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“ an die Bundesregierung übergeben.

Eine zentrale Botschaft des Berichts ist, dass der digitale Wandel den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die Schädigung von Umwelt und Klima ohne aktive politische Gestaltung weiter beschleunigen wird. Daher ist es wichtig, die Digitalisierung in den Dienst nachhaltiger Entwicklung zu stellen. Auch regt der WBGU an, dass die Bundesregierung den Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über Werte, Ziele und Grenzen digitaler Veränderungen fördern soll. Zudem empfiehlt der WBGU der Bundesregierung, sich im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 dafür einzusetzen, eine gemeinsame europäische Vision zu entwickeln und nachhaltige Entwicklung als Leitbild für europäische Digitalisierungspolitik zu verankern. [aw]

- ▶ [www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft](http://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft)

Landtagswahl Brandenburg**Was Umwelt- und Verkehrsverbände fordern**

■ Am 1. September ist Landtagswahl in Brandenburg. In einem 30-seitigen Positionspapier haben die brandenburgischen Landesverbände von NABU, BUND, ADFC, VCD, Grüner Liga und den NaturFreunden sowie die dazugehörigen Jugendorganisationen NAJU, BUNDjugend und Naturfreundejugend ihre Forderungen an die künftige Landesregierung zusammengetragen. Aus ihrer Sicht besteht in allen Bereichen des Natur- und Umweltschutzes dringender Handlungsbedarf. So muss etwa die Landwirtschaft die Artenvielfalt besser schützen und deutlich weniger Pestizide einsetzen. Im Verkehr

müssen öffentliche Verkehrsmittel und der Radverkehr stärker gefördert werden. Bei der Klima- und Energiepolitik sei es erforderlich, Energieeffizienz und erneuerbare Energien auszubauen. Aus der Kohle soll Brandenburg bis spätestens 2030 aussteigen. Beim Naturschutz fordern die Organisationen, dass Großschutz- und FFH-Gebiete umfassender gesichert und vergrößert werden. Besondere Aufmerksamkeit müsse dem Schutz gefährdeter Arten gelten.

Darüber hinaus sollen die Kompetenzen von Beiräten (etwa Naturschutzbeiräte) gestärkt, Umweltschutzorganisationen frühzeitig und rechtsverbindlich in Planungsverfahren involviert sowie das Informationsrecht verbessert werden. [aw]

- ▶ Kurzversion: [www.kurzlink.de/bbg-pos-kurz](http://www.kurzlink.de/bbg-pos-kurz)
- ▶ Langversion: [www.kurzlink.de/bbg-pos-lang](http://www.kurzlink.de/bbg-pos-lang)

## VERKEHR &amp; TOURISMUS

Pkw-Abgasreinigung**Kartellvorwurf gegen Autokonzerne**

■ Nach vorläufiger Ansicht der EU-Kommission haben deutsche Autokonzerne gegen das EU-Kartellrecht verstoßen. Zwischen 2006 und 2014 habe der sogenannte Fünferkreis, bestehend aus BMW, Daimler und Volkswagen sowie den zu VW gehörenden Marken Audi und Porsche, unerlaubte Absprachen getroffen. Es ging offenbar darum, den Wettbewerb bei der Entwicklung von Technologien einzuschränken, die dazu dienen sollten, umwelt- und gesundheitsschädliche Emissionen von Diesel- und Benzin-Pkws zu verringern.

Wie der Deutschlandfunk berichtete, kündigte VW eine Prüfung an und erklärte, erst nach Auswertung der Untersuchungsakte Stellung zu beziehen. Daimler teilte mit, man habe umfassend mit der EU-Kommission zusammengearbeitet. ▶

Daher rechne das Unternehmen nicht mit einem Bußgeld. BMW wies die Vorwürfe vollständig zurück. Die Autohersteller haben zwei Monate Zeit, um auf die Beschwerdenpunkte zu reagieren. [aw]

- ▶ EU-Kommission:  
[www.kurzlink.de/abgaskartell-050419](http://www.kurzlink.de/abgaskartell-050419)
- ▶ Dlf24: [www.kurzlink.de/autokartell-060419](http://www.kurzlink.de/autokartell-060419)

#### Deutsche Verkehrskommission

### Klimabericht enttäuscht

■ Ende März hat die Arbeitsgruppe „Klimaschutz im Verkehr“ ihren Zwischenbericht an den Lenkungskreis der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) übergeben. Der Bericht enthält Empfehlungen für die Bundesregierung, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Verkehr klimafreundlicher und nachhaltiger zu machen.

Jedoch sei das Maßnahmenpaket unzureichend, da es nicht geeignet ist, „eine Reduzierung der Klimaemissionen bis zum Jahr 2030 um 40 bis 42 Prozent sicherzustellen“, kritisierten der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC), die Allianz Pro Schiene, BUND und NABU in einer gemeinsamen Stellungnahme. Sie waren Teil der Arbeitsgruppe Klimaschutz.

Bereits vor Erstellung des Zwischenberichts hatte ein Bündnis aus BUND, Campact, Changing Cities, Deutscher Umwelthilfe, Greenpeace, der Klima-Allianz Deutschland, Naturfreunde Deutschland sowie dem ökologischen Verkehrsclub VCD eine Verkehrswende hin zu klimaneutraler Mobilität gefordert, die ihren Schwerpunkt auf Bus und Bahn sowie den Rad- und Fußverkehr legt.

Lesen Sie in der Juniausgabe eine ausführliche Bewertung der Maßnahmen durch Daniel Rieger (NABU), der mit am Verhandlungstisch saß. [aw]

- ▶ NPM: [www.plattform-zukunft-mobilitaet.de](http://www.plattform-zukunft-mobilitaet.de)
- ▶ Gemeinsame Erklärung:  
[www.kurzlink.de/npm-klima-260319](http://www.kurzlink.de/npm-klima-260319)
- ▶ Bündnisforderungen:  
[www.kurzlink.de/verkehrswende-210319](http://www.kurzlink.de/verkehrswende-210319)

#### E-Mobilität

### Klimabilanz beleuchtet

■ E-Autos in Deutschland werden mit Strom betrieben, der zur Hälfte aus Kohle und Erdgas erzeugt wird. Das ergab eine Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) im Auftrag der Denkfabrik Agora Verkehrswende, die im April veröffentlicht wurde. Untersucht wurde die Klimabilanz von Elektrofahrzeugen. Hinzu kommt, dass die Herstellung von Batteriezellen viel Energie benötigt und in den Herkunftsländern der Zellen (China, Japan, Korea) Kohlendioxidemissionen erzeugt. Unterm Strich hat deshalb ein E-Auto in der Produktion einen größeren ökologischen Fußabdruck als ein vergleichbarer Verbrenner. Um diesen Nachteil wettzumachen, muss es einige Tausend Kilometer mit möglichst CO<sub>2</sub>-armem Strom zurücklegen.

Dennoch sind laut Studie Elektrofahrzeuge gegenüber Verbrennern im Vorteil, „mal mehr, mal weniger“. Der Vorsprung werde wachsen, je schneller die Potenziale ausgeschöpft werden im Hinblick auf CO<sub>2</sub>-Minderung, prognostiziert die Agora. Die Elektromobilität sei ein Schlüssel der Energiewende im Verkehr. [aw]

- ▶ [www.agora-verkehrswende.de](http://www.agora-verkehrswende.de)

#### Tempolimits

### Leben retten, Klima schützen

■ Die Gewerkschaft der Polizei in Nordrhein-Westfalen, die Verkehrs-unfall-Oppferhilfe Deutschland (VOD), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der ökologische Verkehrsclub VCD, Greenpeace sowie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben im April gefordert, kurzfristig ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen einzuführen.

„Es gibt keinen triftigen Grund, der gegen ein generelles Tempolimit spricht. Die Bundesregierung ist laut Grundgesetz zum Schutz des Lebens und des Klimas als natürliche Lebensgrundlage verpflichtet. Nicht zu handeln und das offensichtliche Potenzial eines generellen Tempolimits ungenutzt zu lassen, ist fahrlässig und widerspricht dem gesunden Menschenverstand“, so die Bündnispartner.

Aus Sicht der Organisationen ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung ein zwingender Bestandteil der Verkehrswende. Das Bündnis fordert daher die Mitglieder des Klimakabinetts auf, ein generelles Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen in ihr Programm aufzunehmen. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/limits-bab-110419](http://www.kurzlink.de/limits-bab-110419)





Radverkehr

## Fahrradklima trübt sich ein

■ Der diesjährige Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) hat gezeigt, dass die Zufriedenheit der Radfahrenden in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken ist. Besonders bedenklich sei der Trend, dass sich die Menschen immer unsicherer beim Radfahren fühlten. Den meisten Ärger bei RadfahrerInnen verursache der zu lasche Umgang mit Falschparkern. Unzufrieden sind die Radfahrenden auch mit der schlechten Führung des Radverkehrs an Baustellen. Ebenfalls schlecht bewertet werden ungünstige Ampelschaltungen für RadlerInnen und die fehlende Breite der Radwege. 2018 nahmen rund 170.000 Menschen an der nicht repräsentativen Umfrage des ADFC teil. [aw]

► [www.adfc.de/dossier/dossier-zum-fahrradklima-test-2018](http://www.adfc.de/dossier/dossier-zum-fahrradklima-test-2018)

Fußverkehr

## Maßnahmen zum Abgehen

■ Der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD) hat im April den „Leitfaden für den guten Weg zur Haltestelle“ veröffentlicht. Dieser enthält zehn Maßnahmen, wie Kommunen das Fußwegenetz aufwerten können. So fordert der VCD die Kommunen unter anderem auf, für eine Mindestbreite der Gehwege von 2,5 Metern zu sorgen. Bordsteinkanten an Querungen müssten abgesenkt, mehr Fußgängerüberwege und Mittelinseln gebaut sowie Wegweiser für FußgängerInnen aufgestellt werden. Um das Zufußgehen attraktiver zu machen, sollen die Städte zudem mehr Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen und Gehwege sowie Haltestellen ausreichend beleuchten und begrünen. EinwohnerInnen sollten von ihrer Haustür aus maximal 300 Meter zur nächsten Bus- und Straßenbahnhaltestelle gehen müssen. [aw]

► [www.kurzlink.de/vcd-fussverkehr-0419](http://www.kurzlink.de/vcd-fussverkehr-0419)

Nachhaltige Mobilität

## Forum Radverkehr

■ Am 1. Juni findet in Köln die RADKOMM 5 unter dem Motto „Aufbruch Fahrrad – Teil 2“ statt. Der Mobilitätskongress hat sich seit seinem Debüt vor vier Jahren zu einer bedeutenden Veranstaltung für den Radverkehr und einem Thinktank für zukunftsfähige Mobilität entwickelt.

Immer mehr Menschen wollen eine gerechte Aufteilung der Straßenflächen mit mehr Platz für Rad- und Fußverkehr sowie eine Verkehrspolitik, die sich an Menschen statt an Autos orientiert. Neben Vorträgen, Diskussionen und Workshops wird auf der RADKOMM bekannt gegeben, wie viele Unterschriften die Volksinitiative Fahrrad in Nordrhein-Westfalen gesammelt hat, die an diesem Tag beendet ist. Eröffnungssprecher sind: Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Mikael Colville-Andersen, Stadtplaner und Mobilitätsexperte aus Kopenhagen und Heinrich Strößenreuther, Fahrradaktivist aus Berlin. [mbu]

► Weitere Informationen und Anmeldung: [www.radkomm.de](http://www.radkomm.de)

WASSER & MEERE

Grundwasserschutz/Düngerecht

## EU versus BRD: Nitrat und kein Ende

■ Das Düngerecht ist zum Dauerzankapfel zwischen der EU-Kommission und der Bundesregierung geworden. Ein Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie läuft, hohe Geldstrafen drohen, Bauernverbände demonstrieren und Umwelt- und Landwirtschaftsministerium sind sich uneins.

Auch anderen EU-Mitgliedstaaten bereitet die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie Probleme. Generalanwältin Juliane Kokott des Gerichtshofs der Euro-

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## Wie Industriegesellschaft

In Vergangenheit wie Gegenwart analysiert Jörg Schmidt die Phänomene Haushalten, Ernährung, Landbewirtschaftung, Geräteherstellung, Bauen sowie die Nutzung mineralischer Ressourcen. Neben den gewaltigen Effizienzfortschritten treten die Irrwege der Moderne deutlich zutage. So gelingt ein neuer und tief gehender Blick auf die heutige Krise der Industriegesellschaften und mögliche Alternativen.

J. Schmidt  
**Zwischen Notwendigkeit und Selbstverwirklichung**  
Arbeit und Umwelt in der Geschichte des Menschen  
400 Seiten, broschiert, 36,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-115-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.



Die guten Seiten der Zukunft

päischen Union (EuGH) empfiehlt, dass Einzelpersonen und öffentliche Einrichtungen, die durch Nitratverschmutzung im Grundwasser beeinträchtigt sind, ein Recht darauf haben, nationale Behörden zum Handeln zu verpflichten. Der EuGH zieht damit zum ersten Mal in Betracht, dass sich KlägerInnen auf die EU-Nitratrichtlinie berufen können, um Programme zur Reduzierung der Nitratverschmutzung voranzubringen. Der EuGH wird in den nächsten drei Monaten eine endgültige Entscheidung in diesem Fall treffen.

Ende März hat die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP geantwortet, dass an etwa 18 Prozent der Messstellen des Messnetzes der Europäischen Umweltagentur (EEA) in Deutschland der Nitratschwellenwert von 50 Mikrogramm pro Liter überschritten wird. Im sogenannten EU-Nitratmessnetz seien es 28 Prozent. Damit sind rund 27 Prozent der 1.200 deutschen Grundwasserkörper wegen der Nitrat-Schwellenwertüberschreitung in einem schlechten chemischen Zustand im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Ebenfalls im März hatte die Grünenfraktion im Bundestag in einem Antrag zum Wasserschutz gefordert, das Vorsorge- und Verursacherprinzip konsequent anzuwenden. Unter anderem fordert die Fraktion, eine Stickstoffstrategie mit einem gesetzlichen Nitratminderungsziel umzusetzen.

Anlässlich einer Großkundgebung im April in Münster gegen eine Verschärfung des Düngerechts wiederholten Umweltorganisationen wie NABU, BUND und WWF Deutschland ihre Forderungen an die Politik: Um die extreme Überdüngung herunterzufahren, ist eine Reduzierung der Tierbestände unumgänglich. Zudem braucht es eine einheitliche Obergrenze von 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar, damit die europäische Rechtsetzung richtig umgesetzt werden kann. Zuvor hatten die Verbände ein Eckpunktepapier mit ihren Forderungen veröffentlicht. [lr, jg]

- ▶ DNR-EU-News mit weiteren Verbändereaktionen: [www.dnr.de/index.php?id=13324&id=13333](http://www.dnr.de/index.php?id=13324&id=13333)
- ▶ Antwort Bundesregierung an FDP: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/088/1908835.pdf>

- ▶ Antrag der Grünen: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/086/1908649.pdf>
- ▶ Eckpunktepapier: [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/190411-Eckpunkte-Umweltverbaende-Duengerecht.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/190411-Eckpunkte-Umweltverbaende-Duengerecht.pdf)
- ▶ Schlussantrag Generalanwältin Kokott: [www.kurzlink.de/eugh-nitrat-rl-04.19](http://www.kurzlink.de/eugh-nitrat-rl-04.19)

## Nachhaltigkeitsagenda

### Leitlinien zu Wasser und Entwicklung

■ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat sechs Leitlinien zu Synergien und Konflikten zwischen dem globalen Nachhaltigkeitsziel zu Wasser (SDG 6) und anderen Zielen in der Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht. Zu den sogenannten Querbezugsstrategien gehören unter anderem Bildung, Ernährungssicherheit, Klima, Umwelt und Migration. [jg]

- ▶ [www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/QBS\\_de.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/QBS_de.pdf)

## Industrieabwässer

### Kleine Anlagen bleiben unterm Radar

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat untersucht, welchen ökologischen Druck Industrieabwässer auf die Flüsse und Seen Europas ausüben. Dabei hat die Agentur festgestellt, dass die großen Anlagen sehr gut überwacht sind, die kleineren aber zu wenig. Die EEA bezieht sich auf 3.600 Anlagen im Jahr 2016, die dem Europäischen Schadstofffreisetzung- und -übertragungsregister (E-PRTR) und im Rahmen der EU-Wassergesetzgebung Daten gemeldet haben.

Zwar seien die direkten Emissionen vieler Schadstoffe, die von den großen europäischen Industriestandorten in die Gewässer freigesetzt werden, in den letzten Jahren zurückgegangen. Die indust-

rielle Verschmutzung, die in städtischen Kläranlagen festzustellen ist, habe jedoch leicht zugenommen. Das bedeute erhöhte Schwierigkeiten für die Abwasseraufbereitung und ihre Infrastruktur. Einige Chemikalien lassen sich nur unter größtem Aufwand herausklären. Während die EU-Gesetzgebung die Emissionen großer Industriezweige verfolge, sei das Ausmaß der Emissionen aus vielen kleinen Anlagen auf europäischer Ebene noch weitgehend unbekannt.

Die EEA empfiehlt, kleinere Anlagen besser zu überwachen und die Meldeschwelle entsprechend zu senken. Außerdem müsse es eine Neubewertung der Stoffe geben, da die Vorschriften sich seit 2006 nicht geändert hätten. [jg]

- ▶ EEA-Bericht: [www.eea.europa.eu/highlights/industrial-emissions-to-water-decreased](http://www.eea.europa.eu/highlights/industrial-emissions-to-water-decreased)

## Nationale Wasserpolitik

### Sauberes Wasser, weniger Spurenstoffe

■ Im März haben sich laut Bundesumweltministerium (BMU) Unternehmen, Umweltverbände, Wasserwirtschaft, Länder und Kommunen auf eine einjährige Pilotphase für neue Maßnahmen zur Verringerung von sogenannten Spurenstoffen in Gewässern verständigt. Spurenstoffe stammen zum Beispiel aus Arzneimitteln, Pflanzenschutzmitteln, Industrie- und Haushaltschemikalien sowie Körperpflegeprodukten und Waschmitteln. Diese kommen zwar meist in niedrigen Konzentrationen vor, können aber trotzdem schädliche Effekte auf Ökosysteme und auf die Gewinnung von Trinkwasser haben. Die Beteiligten hätte gemeinsame Bewertungskriterien und konkrete Minderungsmaßnahmen für einzelne Spurenstoffe festgelegt. Außerdem soll geprüft werden, an welchen Kläranlagen in Deutschland eine erweiterte Abwasserbehandlung zur Elimination von Spurenstoffen besonders sinnvoll ist. Zudem soll die Öffentlichkeit besser informiert werden.

Ende März fand außerdem die erste von fünf Veranstaltungen des BMU im Rahmen des Nationalen Wasserdialogs statt. Dieser soll bis Frühjahr 2020 Beiträge zu einer Wasserstrategie für Deutschland erarbeiten, die das BMU bis 2021 vorlegen will. Bundesumweltministerin Svenja Schulze kommentierte: „Wir müssen auf den Klimawandel reagieren, unsere Wasserinfrastruktur modernisieren und die Artenvielfalt in unseren Flüssen und Auen wiederbeleben. Lebendige Flüsse und Seen und Wasser in guter Qualität sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns im Nationalen Wasserdialog stellen werden.“ [jg]

- ▶ [www.bmu.de/pressemitteilung/besserer-schutz-der-gewaesser-vor-spurenstoffen-1](http://www.bmu.de/pressemitteilung/besserer-schutz-der-gewaesser-vor-spurenstoffen-1)
- ▶ [www.bmu.de/download/ergebnisse-der-phase-2-des-stakeholder-dialogs-spurenstoffstrategie-des-bundes](http://www.bmu.de/download/ergebnisse-der-phase-2-des-stakeholder-dialogs-spurenstoffstrategie-des-bundes)
- ▶ [www.bmu.de/wasserdialog](http://www.bmu.de/wasserdialog)

#### Tagebau in Brandenburg

### Revision im Fall Welzow Süd beantragt

■ Der Tagebau Welzow Süd I einträchtig laut Umweltorganisationen das Grundwasser durch Chemikalieneinträge. Die wasserrechtliche Zulassung durch das zuständige Landesamt sei eine unzulässige Ausnahme, findet ein Bündnis, das diese Genehmigung juristisch noch einmal prüfen lassen will. Durch den Tagebau würden jährlich etwa 66 Millionen Kubikmeter Grundwasser in die Spree geleitet, dabei komme es zu Einträgen von Sulfat und Eisenocker.

Der BUND Brandenburg, ClientEarth und Greenpeace haben Mitte April beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einen Antrag auf Zulassung der Revision gestellt. Die Umweltschützer wollen die Aufhebung der wasserrechtlichen Erlaubnis für den Tagebau Welzow Süd erreichen. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/bund-bb-pm2019-04-10](http://www.kurzlink.de/bund-bb-pm2019-04-10)

#### Vorbildlicher Gewässerschutz

### Schaalsee ist lebendiger See des Jahres

■ Anlässlich des Weltwassertages am 22. März haben das Netzwerk Lebendige Seen Deutschland und der Global Nature Fund den Schaalsee zum „Lebendigen See des Jahres“ 2019 ernannt. Damit wollen die Organisationen auf die ökologische Bedeutung des Sees und „die für seinen Schutz geleistete vorbildhafte grenzübergreifende Zusammenarbeit von Regierungen, Verwaltungen, Umweltorganisationen und Zivilgesellschaft und Privateigentümern aufmerksam machen“. Sie hoben das abgestimmte Vorgehen bei der Siedlungsentwicklung und der Gewerbeansiedlung hervor, das zudem die Umwelt berücksichtige, sowie den nachhaltigen Tourismus. Der Schaalsee – tiefster Klarwassersee Norddeutschlands – liegt im ehemaligen Grenzgebiet zwischen BRD und DDR, zuständig sind Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. [jg]

- ▶ [www.globalnature.org/LebendigerSee2019](http://www.globalnature.org/LebendigerSee2019)

#### Gefahrgut auf Schiffen

### Bundesrat will strenge Regeln

■ Mitte März hat der Bundesrat Konsequenzen aus der Havarie des Frachters MSC Zoe gezogen. Mit einer Entschliebung fordert er die Bundesregierung auf, sich für weitreichendere Regelungen beim Transport von Gefahrgut auf Großcontainerschiffen einzusetzen, um den Meeres- und Küstenschutz zu verbessern. Beim Frachterunglück der MSC Zoe am 2. Januar 2019 ging ein Großteil der Containerladung in der Nordsee verloren. Laut Bundesrat müssten Regelungen für Schifffahrtsrouten überprüft und gegebenenfalls verschärft werden. Auch das Frachtgut selbst sollte in Zukunft besser gesichert werden. [jg]

- ▶ [www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/19/975/20.html?nn=4352768#top-20](http://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/19/975/20.html?nn=4352768#top-20)

#### Fracking in Schleswig-Holstein

### Volksinitiative nur zum Teil zulässig

■ 42.000 Schleswig-HolsteinerInnen haben eine Volksinitiative zum Schutz des Wassers unterstützt. Diese wurde unter anderem vom BUND, Attac, der Bürgerinitiative gegen CO<sub>2</sub>-Endlager und der Piratenpartei getragen. Die Mehrheit des schleswig-holsteinischen Innen- und Rechtsausschusses im Landtag befand allerdings im März, dass die Volksinitiative nur teilweise zulässig ist. Unzulässig sei sie, soweit Fracking verboten werden soll. Zulässig sei sie, soweit Bergbauunternehmen für Schäden haftbar gemacht und der Geheimhaltung von Bohrplänen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen ein Ende gesetzt werden soll.

Die Volksinitiative kündigte an, wegen der Nichtzulassung des Frackingverbots vor das Landesverfassungsgericht zu ziehen. In Schleswig-Holstein habe es schon 98 bekannt gewordene Schadenfälle durch die Erdölförderung gegeben, bei denen Boden, Wasser und Umwelt vergiftet wurden. [jg]

- ▶ <http://vi-wasser.de>

#### Multiresistente Bakterien

### Dringender Forschungsbedarf

■ „Keine Hinweise auf eine Gesundheitsgefahr für die Allgemeinbevölkerung, sofern die üblichen Hygieneregeln eingehalten werden“ – das ist ein Fazit der niedersächsischen Untersuchung zum Vorkommen antibiotikaresistenter Bakterien und Antibiotikarückständen in niedersächsischen Kläranlagen und Oberflächengewässern. Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) und das Universitätsklinikum Bonn (Uni Bonn) haben Anfang April einen rund 170-seitigen Abschlussbericht vorgelegt. Das Umweltministerium in Niedersachsen hatte die Untersuchung veranlasst. Im Rahmen der Sondermessungen wurden an insge-

samt 112 Standorten Proben genommen. Bakterien mit Resistenzen gegen drei Antibiotikaklassen (3MRGN) wurden in 50 von 112 Proben nachgewiesen. Bakterien, die gegen vier Antibiotikaklassen (4MRGN) resistent sind, wurden in zwei der 112 Proben nachgewiesen. Positivbefunde zeigten sich bei Enterokokken mit Resistenzen gegen die Antibiotika Vancomycin (VRE in 26 von 112 Proben) und bei Bakterien gegenüber Colistin (5 von 112 Proben). Ein weiteres Fazit ist, dass es notwendig ist, sich auf Bundesebene intensiv mit der Thematik zu befassen. Insbesondere seien mittel- bis langfristige Risiken für die Umwelt und Gesundheit zu klären, wofür es einer abgestimmten und einheitlichen Gefährdungsabschätzung bedürfe. [jg]

► [www.kurzlink.de/nds-multires-2019](http://www.kurzlink.de/nds-multires-2019)

#### EU-Meeresschutz

### Geld für Ozeane: ein Schritt vor, zwei zurück

■ EU-Gelder als „tickende Zeitbombe für den Ozean“? Das EU-Parlament hat Anfang April über den neuen Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) abgestimmt. Die Meeresschutzorganisation Seas At Risk kritisiert, dass die beschlossenen Subventionen für den Ausbau der Flotten in den Regionen in äußerster Randlage die Überfischung dort weiter befördern werde. Damit folgten die Abgeordneten dem „dramatischen Rückschritt“ des Fischereiausschusses, der sich im März ebenfalls dafür ausgesprochen hatte.

Es geht immerhin um etwa sechs Milliarden Euro, die die EU zwischen 2021 und 2027 für Fischereiwirtschaft, Aquakultur und Umweltschutz ausgeben will. Ein Erfolg der Arbeit von Umweltaktivisten im Vorfeld sei, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments entschieden haben, einen größeren Anteil des neuen EMFF zum Schutz der Meeresökosysteme einzusetzen. Allerdings reiche der Anteil des Fonds, der der Kontrolle und Datenerfassung gewidmet ist, nicht aus, um wirklich

effektiv zu sein. Diese Entscheidung sei ein Widerspruch zum anerkannten Bedarf an mehr Ressourcen, kritisiert Seas At Risk. Zu wenig Mittel für die wirksame Durchsetzung bereitzustellen, bedeute, dass Überfischung und zerstörerische Fischereipraktiken weiter fortgesetzt würden.

Der vom Parlament angenommene Vorschlag wird nun als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission dienen. Seas At Risk fordert alle drei Institutionen – insbesondere den EU-Ministerrat – auf, sich auf einen zukunftsorientierten EMFF zu einigen, der ohne schädliche Subventionen auskommt und eine wirklich nachhaltige Fischerei und den Schutz der Ozeane gewährleistet. [jg]

- Protokoll der Sitzung: [www.europarl.europa.eu/plenary/de/minutes.html](http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/minutes.html)
- Politischer Prozess mit relevanten Dokumenten: [www.kurzlink.de/oeil2018/0210cod](http://www.kurzlink.de/oeil2018/0210cod)
- Seas At Risk: [www.kurzlink.de/sar-pm2019-04-04](http://www.kurzlink.de/sar-pm2019-04-04)
- WWF: [www.wwf.de/2019/april/mehr-geld-fuer-weniger-fische/](http://www.wwf.de/2019/april/mehr-geld-fuer-weniger-fische/)

#### Offshorewindparks

### Windräder in Schutzgebieten schaden Vögeln

■ Der NABU hat im März formell Beschwerde bei der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland eingelegt. Deutschland verstoße „eindeutig gegen das sogenannte Verschlechterungsverbot der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie“. Aus Sicht des Umweltverbandes gibt es massive Umweltschäden durch den Offshorewindpark Butendiek und durch weitere Windparks am europäischen Vogelschutzgebiet Östliche Deutsche Bucht in der Nordsee.

Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zeigten, dass sich die Offshorewindparks in der Nordsee erheblich stärker auf die Vogelwelt auswirken als prognostiziert. Diese würden aus ihrem angestammten Rast- und Nahrungsgebiet, dem für sie ausgewiesenen Schutzgebiet, verdrängt.

Wenn eine Rechts- oder Verwaltungsvorschrift oder -praxis gegen EU-Recht verstößt und eine zulässige Beschwerde eingelegt wird, muss die EU-Kommission den Fall prüfen. Gegebenenfalls wird dann beschlossen, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. [jg]

► [www.nabu.de/modules/presseservice/index.php?popup=true&db=presseservice&show=25852](http://www.nabu.de/modules/presseservice/index.php?popup=true&db=presseservice&show=25852)

#### EU-Fischereipolitik

### Illegales Fischen bleibt Gefahr

■ Trotz der in der EU seit Anfang des Jahres geltenden Anlandeverpflichtung landen viele gefangene Fische als Rückwürfe wieder im Meer. Die Kampagne Our Fish und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordern deshalb die umfassende Dokumentation von Fangaktivitäten, um illegale Rückwürfe und Überfischung zu beenden. Die Kontrolle durch Videoaufnahmen oder elektronische Fernüberwachung (REM) auf Fischereifahrzeugen seien rechtlich möglich, ohne Datenschutzbestimmungen oder die Privatsphäre der an Bord Tätigen zu gefährden. Das hat ein Rechtsgutachten von Our Fish ergeben.

Bereits Ende Februar haben das UN-Umweltprogramm, die Meeresschutzorganisation Oceana und führende Versicherungsunternehmen Leitlinien für die Risikobewertung von Piratenfischerei veröffentlicht. Es geht darin um illegale, nicht gemeldete und unregulierte (IUU) Fischfangaktivitäten. Schätzungsweise wird etwa jeder fünfte Fisch illegal gefangen, was die Umwelt und die weltweite Fischversorgung ernsthaft bedroht. Eine Checkliste mit Warnsignalen soll Versicherungsunternehmen dabei helfen, die Anzeichen für IUU besser zu erkennen und verdächtigen Schiffen den Versicherungsschutz zu verweigern. Das soll auch dazu beitragen, das UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung in Bezug auf gesunde Ozeane zu erreichen.

Die EU-Kommission hatte Mitte März einen Fortschrittsbericht über die internationale Meerespolitik veröffentlicht. Vor zwei Jahren hatte die EU eine Mitteilung zur In-



ternational Ocean Governance“ beschlossen, in der 50 Maßnahmen für sichere, saubere und nachhaltig bewirtschaftete Ozeane in Europa und weltweit enthalten sind. „Alle 50 Maßnahmen werden erfolgreich umgesetzt: Einige von ihnen wurden bereits abgeschlossen, während die Arbeit an anderen auch nach 2019 fortgesetzt wird“, heißt es im Bericht. 590 Millionen Euro seien zur Förderung einer besseren Meerespolitik mit Partnern aus Drittländern und über 500 Millionen Euro für die Meeresforschung im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 eingesetzt worden. Mit mehr als 50 Ländern habe die EU „Dialoge über IUU-Fischerei aufgenommen“. Die EU habe außerdem die Annahme eines Plans zur Bekämpfung der IUU-Fischerei im Mittelmeer und im Schwarzen Meer unterstützt. Des Weiteren habe sie „strenge Verfahren für die Aufnahme von IUU-Schiffen in entsprechende Listen im Indischen Ozean und den südlichen Ozeanen vorgeschlagen“. [jg]

- ▶ DUH: [kurzlink.de/duh-pm\\_studie201903](http://kurzlink.de/duh-pm_studie201903)
- ▶ Pressemitteilung zu den Leitlinien für Versicherer: [www.kurzlink.de/guidelines-iuu2019](http://www.kurzlink.de/guidelines-iuu2019)
- ▶ Fortschrittsbericht JOIN(2019) 4: [www.kurzlink.de/eurlex-join2019-04](http://www.kurzlink.de/eurlex-join2019-04)

## Negativrekord

### Am 5. April war der Fisch alle

■ Slow Food Deutschland, Fair Oceans und Brot für die Welt haben am 5. April erstmals den End of Fish Day ausgerufen. An diesem Tag hat Deutschland für das laufende Jahr 2019 rein rechnerisch die letzten unter deutscher Flagge gefangenen oder in Aquakultur erzeugten Fische und Meeresfrüchte verbraucht. 74 Prozent der hierzulande konsumierten Fische und Meeresfrüchte stammten aus Importen. Laut Welternährungsorganisation sind in den Ozeanen mittlerweile mehr als 33 Prozent der Fischbestände überfischt. [jg]

- ▶ [www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2019-end-of-fish-day-2019/](http://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2019-end-of-fish-day-2019/)
- ▶ [www.end-of-fishing.org](http://www.end-of-fishing.org)

## WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

### Rohstoffnutzung

#### Ein Umdenken ist nötig

■ Die deutsche Rohstoffpolitik muss sich wandeln und sozial-, umwelt- und menschenrechtliche Standards erfüllen. Das forderte der Arbeitskreis (AK) Rohstoffe, ein Netzwerk aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Anfang April in einer gemeinsamen Stellungnahme. Die Organisationen erläuterten darin anhand von sechs Eckpfeilern, wie die Bundesregierung eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik hin zu einer Rohstoffwende umsetzen soll.

Dazu zählen beispielsweise die Einhaltung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten und Umweltstandards, erhöhte Transparenz im Bereich Konfliktmaterialien und die Förderung einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft. Die Bundesregierung solle sich außerdem für eine global gerechte Handelspolitik einsetzen, die Position der Zivilgesellschaft stärken und auf den Einsatz von Risikotechnologien wie den Tiefseebergbau verzichten.

Um „die Lasten für Mensch und Umwelt zu verringern“, schlagen die Organisationen auch die Nutzung technologischer Entwicklungen wie erneuerbarer Energien, Elektromobilität und Digitalisierung vor.

„Rohstoffsicherung darf globale Bemühungen um Nachhaltigkeit sowie die Zielsetzung der Agenda 2030 nicht konterkarieren“, so der Arbeitskreis. Der Abbau von Rohstoffen führt in vielen Ländern zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen. Die vor fast zehn Jahren von der Bundesregierung vorgestellte Rohstoffstrategie habe die negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus bisher jedoch nicht beseitigen können.

Zu den Mitgliedern des AK Rohstoffe zählen unter anderem Powershift, Germanwatch, Forum Umwelt und Entwicklung, NABU und der DNR. [km]

- ▶ Stellungnahme des AK Rohstoffe: [www.ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2019/04/Stellungnahme-AK-Rohstoffe.pdf](http://www.ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2019/04/Stellungnahme-AK-Rohstoffe.pdf)

### Freihandel

#### Unklare Position unter EU-Abgeordneten

■ Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben sich Ende März nicht auf ein Mandat für weitere Freihandelsgespräche mit den USA einigen können.

Eine Resolution für die Wiederaufnahme von Gesprächen mit den USA lehnten die Abgeordneten mit 223 zu 198 Stimmen ab. Damit verfügt das EU-Parlament über keine offizielle Position zum neuen Verhandlungsmandat mit den USA. Eine Mehrheit der Abgeordneten lehnte weitere Freihandelsverhandlungen ab, solange die USA dem Pariser Vertrag nicht zustimmen.

Die MinisterInnen der Mitgliedstaaten sprachen sich im April für neue Verhandlungen aus. Sven Giegold, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament, forderte daraufhin: „Statt TTIP 2.0 zu verhandeln, sollte Europa die von Trump aufgerissene Lücke in der Welthandelspolitik für Abkommen nach europäischen Werten nutzen.“ Auch Ernst-Christoph Stolper, stellvertretender Vorsitzender des BUND, forderte die Bundesregierung und die EU auf, „ein starkes Zeichen für den Klimaschutz zu setzen und Verhandlungen mit Ländern abzulehnen, die sich nicht klar zum Pariser Klimaabkommen bekennen“. Die EU-Kommission hatte Ende Januar die Wiederaufnahme der Handelsgespräche vorgeschlagen.

Die EU-Abgeordneten lehnten im März zudem eine Erhöhung der Grenzwerte für ein Neonikotinoid im Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ab. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, den Stoff Chlotianidin auf kanadischen Kartoffeln in einem Ausmaß zu erlauben, das über dem derzeitigen EU-Grenzwert liegt. Eine deutliche Mehrheit von 514 (gegenüber 81) Abgeordneten stimmte gegen den Kommissionsvorschlag. [km]

- ▶ Meldung bei Ends Europe (kostenpflichtig): [www.kurzlink.de/ends-ceta](http://www.kurzlink.de/ends-ceta)
- ▶ EU-Ministerrat: [www.kurzlink.de/rat-handel](http://www.kurzlink.de/rat-handel)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-handel](http://www.kurzlink.de/bund-handel)
- ▶ Sven Giegold: [www.kurzlink.de/giegold-handel](http://www.kurzlink.de/giegold-handel)

## DNR INTERN

## Verbändekampagne zur EU-Wahl

## Wer ein ökologisches Europa will, muss wählen gehen

■ Anfang April ist der Startschuss gefallen für die gemeinsame Kampagne der Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen #natürlichEuropa. In Berlin stellte die Pressereferentin des DNR Nina Slattery die Materialien und Instrumente vor, die ab sofort den Verbänden zur Verfügung stehen. Von Aufklebern über Flyer bis zu Stickern ist alles dabei, um die Öffentlichkeit auf der Straße oder auf Veranstaltungen zu mobilisieren. Über die Kampagnenwebsite [www.natürlichEuropa.de](http://www.natürlichEuropa.de) können Aktive die umweltpolitischen Forderungen online verbreiten, zum Mitmachen anregen und detailliert über die Wahl informieren. Das Aktionshandbuch bietet Material für analoge und digitale Aktionen sowie einen Musterbrief mit einem direkten Wahllappell. Nach der schwachen Wahlbeteiligung 2014 wollen die Verbände in diesem Jahr über ihre gemeinsame Online- und Printkampagne mit einer starken Stimme für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Europa werben.

Bei der Auftaktveranstaltung im Europäischen Haus entführte Sarah Wiener, die für die österreichischen Grünen um einen Sitz im Europaparlament kämpft, das Publikum auf eine Landpartie in den 1970er-Jahren, wo die Familie an der Tankstelle anhalten musste, um die Insekten von der Windschutzscheibe zu wischen. Im Landhaus der Tante angekommen, gab es pfundschwere braune Tomaten zu essen und duftendes warmes Brot. Die Vielfalt von seinerzeit sei im Laden heutzutage nicht mehr zu finden, denn schon vorher sei auf dem Acker diese Vielfalt verloren gegangen, sagte Wiener. Sie plädierte für eine Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, für einen Konsum regionaler Produkte und für die Abschaffung der EU-Agrarsubventionen nach der Größe der bewirtschafteten Fläche.

Der Generalsekretär des Nachhaltigkeitsrates Günther Bachmann betonte in seinem Vortrag, dass die Umweltbewegung nicht lockerlassen dürfe in ihren Anstrengungen für eine nachhaltige Welt. Alexander Müller vom Thinktank for Sustainability TMG bezeichnete die Europawahl im Mai als „Schicksalswahl“ und verwies auf die globale Verantwortung der Agrar- und Energiewende.

Im Anschluss stellten sechs Mitgliedsverbände des DNR ihre Forderungen für ein natur- und menschenfreundliches Europa vor. Ende Februar forderte ein breites Bündnis unter Federführung der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) die proeuropäischen Parteien dazu auf, den Europawahlkampf auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu führen. Neben anderen Spitzenverbänden aus der Zivilgesellschaft ist der DNR Erstunterzeichner dieser Forderungen. **[mbu]**

- ▶ Weitere Informationen: [www.natürlichEuropa.de](http://www.natürlichEuropa.de)
- ▶ Forderungskatalog der EBD: [www.kurzlink.de/ebd-europawahl2019](http://www.kurzlink.de/ebd-europawahl2019)

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Gemeinnützigkeit

## Demokratisch debattieren statt Zivilgesellschaft unterdrücken

■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, die NaturFreunde Deutschlands und der Umweltschutzverband Deutscher Naturschutzring (DNR) haben sich besorgt über die aktuelle Debatte um die Gemeinnützigkeit von Vereinen geäußert. Sie verurteilen scharf die Bestrebungen, auch Umweltverbänden die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Das Vorgehen gegen Attac, Deutsche Umwelthilfe, Campact oder den BUND Hamburg bezeichneten die Verbände als Angriff auf die Zivilgesellschaft insgesamt. Die Verbandsspitzen kündigten ihren geschlossenen Widerstand dagegen an: „Eine

stabile Demokratie braucht politisches Engagement auch außerhalb von Parteien. Die Zivilgesellschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Gemeinwesens.“ Die Umweltbewegung sei zum Beispiel die entscheidende Kraft für die großen Demonstrationen etwa zum Klimaschutz, Atomausstieg oder auch für die Erhaltung des Hambacher Waldes, für einen gerechten Welthandel oder für eine nachhaltige Landwirtschaft. „Wir engagieren uns für das Allgemeinwohl und sind deshalb unbequem, ja müssen unbequem sein“, so die Verbände.

Florian Schöne, politischer Geschäftsführer des DNR, ergänzte: „Eine engagierte und kritische Zivilgesellschaft ist Garant für eine lebendige Demokratie. Ohne sie kann die notwendige Transformation in Bereichen wie Verkehr, Landwirtschaft oder Energie nicht erfolgreich bewältigt werden.“

BUND, Campact, DNR und die NaturFreunde Deutschlands fordern den Gesetzgeber auf, das Gemeinnützigkeitsrecht zu reformieren und auch in der Abgabenordnung Klarheit zu schaffen. **[mbu]**

- ▶ [www.kurzlink.de/dnr-gemeinnutz2019](http://www.kurzlink.de/dnr-gemeinnutz2019)

### Naturschutzstation auf Insel Koos

## Nicht nur für schräge Vögel

■ Die Michael-Succow-Stiftung hat im Jahr ihres 20-jährigen Bestehens eine neue biologische Station auf der Insel Koos eröffnet. Damit wahrt die Stiftung das Andenken an Ronald Abraham, den Naturschützer und Vorbesitzer des Gebäudes. 2017 war dieser nach einem Wildunfall gestorben. Zwei junge Bundesfreiwillige achten nun in seinem Sinne auf das überregional bedeutende Naturschutzgebiet (NSG) „Insel Koos, Kooser See und Wampener Riff“.

Die beiden Naturschutzwärter erledigen Aufgaben im praktischen Naturschutz, bauen zum Beispiel Zäune oder mähen bestimmte Flächen. Vor allem aber behalten sie die Naturschätze der Insel im Auge. Die Präsenz der beiden Freiwilligen dient auch dem Schutz der sensiblen Arten und ihres Nachwuchses. Das Betreten des NSG ist streng untersagt.

Auch die biologische Station ist nicht öffentlich zugänglich. Allerdings gibt es seit April für die Öffentlichkeit das Angebot für Exkursionen durch die angrenzenden Karrendorfer Wiesen. Dort kann man Vögel beobachten. Im Frühjahr ziehen bis zu hunderttausend Blässgänse, unzählige Kiebitze, Gold- und Sandregenpfeifer, Alpenstrandläufer, Kampfläufer, Bekassinen, Zwerg- und Temminckstrandläufer auf ihrem Weg zwischen Winter- und Brutquartier durch das Schutzgebiet. Im Herbst kommen sie auf ihrem Rückweg erneut vorbei. Bis zu 10.000 Kraniche nutzen dann die Flachwasserbereiche als Schlafplatz. Der Seeadler lässt sich ganzjährig erspähen. Die Termine für die Exkursionen sind auf der unten stehenden Website veröffentlicht. **[mbu]**

► [www.succow-stiftung.de/insel-koos.html](http://www.succow-stiftung.de/insel-koos.html)

Vor etwa zwei Jahren beantragte der DAV beim Bundesministerium für Finanzen eine Jubiläumsbriefmarke. Das Ergebnis: Dem DAV ist nun eine offizielle Sonderbriefmarke des Bundesfinanzministeriums mit einer Auflage von etwa 3,3 Millionen Stück gewidmet. Das ist nicht selbstverständlich – von etwa 500 Vorschlägen für Sonderpostwertzeichen, die jährlich beim Bundesministerium eingehen, werden nur etwa 50 realisiert. Die Briefmarke mit blauer Aufschrift auf weißem Hintergrund „150 Jahre Deutscher Alpenverein“ hat ein Edelweiß als Motiv. **[mbu]**

► [www.alpenverein.de/der-dav/presse/presse-aktuell/briefmarke-zum-jubilaeum\\_aid\\_33154](http://www.alpenverein.de/der-dav/presse/presse-aktuell/briefmarke-zum-jubilaeum_aid_33154)

Aufmerksamkeit für das Thema Nachhaltigkeit zu wecken und mehr Menschen zu einem nachhaltigen Handeln zu bewegen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die DAN anlässlich der Weltkonferenz der Vereinten Nationen (UN) über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) im Jahr 2012 ins Leben gerufen. Inhaltlicher Bezugspunkt ist die Agenda 2030 der UN mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Wer bei den Aktionstagen mitwirkt, soll sein Engagement den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung zuordnen. **[mbu]**

► [www.tatenfuermorgen.de/deutsche-aktionstage-nachhaltigkeit/](http://www.tatenfuermorgen.de/deutsche-aktionstage-nachhaltigkeit/)

EHRENAMT

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Deutscher Alpenverein

**Briefmarke zum Jubiläum**

■ Das Bundesministerium der Finanzen gibt anlässlich des 150-jährigen Jubiläums des Deutschen Alpenvereins (DAV) eine Sonderbriefmarke im Wert von 145 Cent heraus. Die Briefmarke ist am 4. April erschienen, ein paar Wochen vor dem Gründungstag des DAV am 9. Mai.

Nachhaltigkeit

**Deutsche Aktionstage 2019**

■ Von Ende Mai bis 5. Juni finden im Rahmen der Europäischen Nachhaltigkeitswoche die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit (DAN) 2019 statt.

Ziel ist, vorbildliches Engagement in ganz Deutschland sichtbar zu machen,

Deutscher Tierschutzpreis 2019

**Menschen mit Herz für Tiere gesucht**

■ Bis Ende Juni können Personen, Vereine oder Initiativen, die sich für Tiere engagieren, für den Deutschen Tierschutzpreis vorgeschlagen werden – oder sich selbst

Nachhaltigkeit

A-Z

➔

Wilfried Kühling  
**Regiert das Böse diese Welt?**  
Eine Betrachtung der Gegenwart aus der Perspektive der biblischen Offenbarung

## B wie Botschaft

In Zeiten des Klimawandels sagen viele: Wir brauchen eine radikale Umkehr im Bewusstsein und Verhalten. Dagegen kann nach der biblischen Offenbarung eine bessere Welt erst dann entstehen, wenn das in der Welt wirksame »Böse« – als die Ursache des unangepassten Verhaltens der Menschen – überwunden ist. Wilfried Kühling analysiert diese Botschaft der biblischen Apokalypse und stellt erstaunliche Zusammenhänge zum Heute her.

**W. Kühling**  
**Regiert das Böse diese Welt?**  
Eine Betrachtung der Gegenwart aus der Perspektive der biblischen Offenbarung  
180 Seiten, broschiert, 22,- Euro, ISBN 978-3-96238-138-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft

bewerben. Der Deutsche Tierschutzbund vergibt den Preis zum 15. Mal gemeinsam mit den Zeitschriften Funkuhr und Super TV und wird unterstützt von Tierfutterherstellern. Die Tierschutzbotschafterin des Deutschen Tierschutzbundes Stefanie Hertel entscheidet in der Jury mit über die Auswahl der Gewinner. Die Verleihung des Deutschen Tierschutzpreises findet am 22. Oktober in Berlin statt.

„Viele Menschen leisten ehrenamtlich hervorragende Tierschutzarbeit und sind mit Herz und Seele Tierschützer. Genau diese Menschen, die Zeit oder auch Geld opfern, um Tieren ein besseres Leben zu ermöglichen, wollen wir mit dem Deutschen Tierschutzpreis ehren“, sagt Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Gleichzeitig soll der Preis auch den Tieren zugutekommen. Bewerbungen bitte an E-Mail: [tierschutzpreis@funkuhr.de](mailto:tierschutzpreis@funkuhr.de) oder [tierschutzpreis@supertv.de](mailto:tierschutzpreis@supertv.de). [mbu]

► [www.kurzlink.de/tierschutzpreis2019](http://www.kurzlink.de/tierschutzpreis2019)

Bundespreis „Zu gut für die Tonne“

## Bioland vermarktet krumme Dinger

■ Der Bioland-Gemüsehof Hörz aus Filderstadt-Bonlanden ist im April in Berlin vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Bundespreis „Zu gut für die Tonne“ ausgezeichnet worden. Für das Projekt „Bodenschätze“, in Kooperation mit der Universität Hohenheim, erhielt der Biolandbetrieb den Förderpreis zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung. Mit dem Projekt rettet der Betrieb zusammen mit der Uni Hohenheim wertvolle Nahrung. Der Gemüsehof verkauft Gemüse und Obst, das aus der Norm fällt und deshalb schwer zu vermarkten ist, günstig an Studentinnen und Studenten. Aus krummen Früchten werden so im Wortsinn Bodenschätze.

„Wir sind sehr stolz darauf, dass wir aus über 100 tollen Projekten ausgesucht wurden und freuen uns, dass dieses wichtige

Thema unterstützt und unser Engagement honoriert wird. Uns geht es bei dem Projekt vor allem darum, Anreize zu schaffen. Wir wollen eine Diskussion anregen und in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die unnötige Lebensmittelverschwendung schaffen. Die Auszeichnung des Bundesministeriums hilft uns dabei natürlich“, sagte Beate Hörz, Betriebsleiterin des Gemüsehofs.

Jährlich wird mehr als ein Drittel der Ernte entsorgt, weil Obst und Gemüse nicht der Norm hinsichtlich Form, Farbe oder Größe entsprechen. Schätzungen zufolge werden in Europa jährlich 50 Millionen Tonnen an genießbaren Lebensmitteln vernichtet. In Privathaushalten werden pro Jahr circa 55 Kilogramm Lebensmittel weggeworfen. Vor allem Obst, Gemüse und Brot landen in der deutschen Mülltonne.

„Wenn man diese Zahlen hört, wird schnell deutlich, dass hier Handlungsbedarf besteht“, betonte Hörz. Ihr Gemüsehof widmet sich daher aktuell der Planung für die Fortsetzung des Projekts „Bodenschätze“ an der Universität Hohenheim, um auch in Zukunft so viele Lebensmittel wie möglich zu retten. [red]

► [www.bioland.de](http://www.bioland.de)

LIFE 2019

## Vorschläge können eingereicht werden

■ Für die Förderperiode im alten LIFE-Programm im Jahr 2019 sind seit dem 4. April die Aufrufe veröffentlicht. Gefördert werden traditionelle Projekte in den Bereichen Umwelt und Ressourceneffizienz sowie Naturschutz und Biodiversität, Projekte im Bereich Umweltpolitik und Umweltinformation sowie Projekte im Klimaschutz. Der sogenannte Call for Proposal – also der Aufruf für die Einreichung von Anträgen – für Zuschüsse für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ist nun freigeschaltet. [jg]

► Aufruf für die Einreichung von Anträgen:  
[www.kurzlink.de/auf-ruf-life-2019](http://www.kurzlink.de/auf-ruf-life-2019)

## Impressum

umwelt aktuell Mai 2019

ISSN (Print) 1865-3901

ISSN (Online) 2510-6767

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Karen Thormeyer [kt] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Konstantin Hartwig [kh], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 37

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

**Fotos:** Titel © DLR, S. 4 © Bernd Schaller, S. 21, © Philip Scholl, S. 4. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:**

Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: [oekom-abo@verlegerdienst.de](mailto:oekom-abo@verlegerdienst.de)

**Anzeigen:** oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.





Ökodörfer

## Nachhaltigkeit lernen in Gemeinschaft

Inmitten der globalen Urbanisierung bilden „Wahl-Familien“ vielerorts überschaubare, meist ländliche Siedlungseinheiten – nennen wir sie Ökodörfer oder intentionale Gemeinschaften. Diese Plätze heißen „Lebensbogen“, „Nature Community“ oder „Ökodorf Sieben Linden“. Sie sind einzigartig, und doch verbindet sie die Absicht, ein gutes und nachhaltiges Leben zu erfinden. Es entstehen kleine Paradiese, die als Best-Practice-Beispiele den Mainstream für eine Zukunftsvision begeistern wollen.

□ Die brennenden Fragen unserer Zeit kann niemand allein beantworten, und so steht die Aufgabe der Gemeinschaftsbildung ganz oben auf der Agenda der Ökodörfer. Ehrliche Kommunikation, partizipative Entscheidungsstrukturen, Persönlichkeitswachstum, Feedback-Kultur – das Zwischenmenschliche bildet die Basis und den Dünger für alles, was sich in den Projekten materialisieren will. Beispiele dafür sind Carsharing, Ökohäuser, Selbstversorgung mit Lebensmitteln, Komposttoiletten, nachhaltige Energie- und Wasser-Konzepte, regionale Wirtschaftskreisläufe, Tauschökonomie, selbst verwaltete Betriebe, naturnahe Geländegestaltung und vieles mehr.

Die BewohnerInnen sind zunächst einmal selbst oft Lernende. Experimentierfreude ist eine unverzichtbare Eigenschaft, ob im Biogarten, im Handwerks-Kollektiv oder im Seminarhaus-Team. Für einen tief greifenden sozial-ökologischen Wandel gibt es keine simple Blaupause. Besonders das soziale Lernen hat es oft in sich. Gruppenprozesse brauchen zuweilen Geduld, Toleranz sowie die Fähigkeit, Ambivalenzen auszuhalten. Ein neues WIR fällt nicht vom Himmel.

### Hautnahe Erlebnisse und transformatives Lernen

Die Gesellschaft darf sich von diesen besonderen Orten und ihren Experimenten inspirieren lassen. Tage der offenen Türen, Führungen, Seminare, Workshops, Festivals, Konferenzen, Alternativschulen in privater Trägerschaft, Waldkindergärten, Jugendlager ... fast jede Gemeinschaft erschafft ihre Bildungsformate und macht sich zugänglich. Manche Ökodörfer organisieren Tagungshäuser mit umfangreichen Jahresprogrammen.

### EIN NEUES WIR

Permakultur, Garten, ökologisch Bauen, gesunde Ernährung, Selbsterfahrung, Körperarbeit, Tanz, Kommunikation und Gemeinschaftsbildung – die Themenpalette spiegelt gelebte Vielfalt wider. Neben der Weitergabe fachlicher Inhalte bekommt in den Ökodörfern das Immersionslernen einen hohen Stellenwert. BesucherInnen begreifen „das gute Leben“ im wahrsten Sinne des Wortes, indem sie dabei sind, ganzheitlich wahrnehmend eintauchen und an handfesten Orten, die von authentischen Akteuren gestaltet werden, mitleben. Nicht umsonst gehören Mitarbeiters-Wochen zu den gefragtesten Angeboten. Gemeinschaft auf Zeit – so hautnah kann kaum ein schick designtes BNE-Curriculum berühren.

Nicht selten geht es „ans Eingemachte“. Viele BesucherInnen werden durch die „echten“ Eindrücke im positiven Sinne zutiefst irritiert und beginnen fast unwillkürlich, sich selbst und den eigenen Lebensentwurf bis ins Fundament zu reflektieren. Der Fokus dieses transformativen Lernens liegt also nicht vorrangig auf einem Zuwachs an Wissen und Kompetenzen, sondern auf Wandlungsprozessen des Selbst- und Weltbildes. In diesem Sinne nehmen die Lernenden aus einem Aufenthalt in einem Öko-Gemeinschaftsprojekt ihre ganz individuellen, oft überraschend weit reichenden Veränderungsimpulse mit – und hoffentlich jede Menge Schwung und Motivation.

### Ökodörfer bündeln Bildung

GEN – das Global Ecovillage Network definiert ein Ökodorf als eine bewusst und

durch partizipative Prozesse gestaltete Gemeinschaft, die durch lokale Besitzstrukturen geprägt ist und zur Wiederherstellung der sozialen und natürlichen Umwelt beiträgt. In den ganzheitlichen Ansatz sind die vier Dimensionen der Nachhaltigkeit integriert. 15 Ökodörfer sind bisher in GEN Deutschland e.V. organisiert, und immer weitere Gruppen treten der vor vier Jahren gegründeten Organisation bei. Darüber spannt sich das weltweite GEN-Netzwerk mit Verzweigungen auf alle Kontinente. Des Weiteren gibt es unzählige Siedlungsprojekte und Initiativen sowie das Kommune-Netzwerk Kommuja.

Vorbehaltlich der Bewilligung durch das Umweltbundesamt startet im Mai 2019 das Vorhaben „GEN-Akademie“ im Rahmen des GEN-Projektes „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“. Es wird eine Onlineplattform entstehen, welche die BNE-Angebote der Ökodörfer und verwandte Initiativen erstmals im Überblick darstellt. Mit dieser gebündelten Präsentation und einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit sollen neue Zielgruppen gewonnen werden. Besonders ländliche Gemeinden, die das Leben wieder zurück ins Dorf holen und die Dorfgemeinschaft zum Beispiel durch nachhaltige Projekte stärken möchten, sind Adressaten der GEN-Akademie.

**Simone Britsch, Bildungsreferentin, Koordinatorin der GEN-Akademie, Yogalehrerin. Sie lebt mit ihrer sechsköpfigen Familie seit 16 Jahren im Ökodorf Sieben Linden.**

**Kontakt: E-Mail:  
bildungsreferat@siebenlinden.org,  
GEN Global Ecovillage Network:  
www.gen-deutschland.de**

## BLICKPUNKT

### Einheit in der Vielfalt – Lernen in Sieben Linden

**Die 150 BewohnerInnen des Ökodorfes Sieben Linden haben den Bildungsbereich ins Zentrum des Selbstverständnisses gestellt und empfangen jährlich etwa 5500 Gäste mit einem vielfältigen Programm. „Einheit in der Vielfalt“, das ist auch ein Motto des Ökodorfes, denn Individualität und Gemeinschaft wollen immer wieder ausbalanciert werden.**

#### **Eindrücke: Lernen durch Kontraste**

Nach langer Fahrt durch die dünn besiedelte Altmark (Sachsen-Anhalt), endlich in Sieben Linden ankommend, wird allmählich etwas Seltenes hörbar. Stille! Vögel zwitschern und Wind streicht durch die Bäume, Kinderlachen dringt ans Ohr. Auf den ungepflasterten Wegen sieht man Fahrräder, Schubkarren, FußgängerInnen und nur auf dem Parkplatz vor dem Dorf motorisierte Fahrzeuge. Ab hier enden alle Wege in der Natur. Nachts sind die Wege unbeleuchtet, eine Dunkelheit, die einen atemberaubenden Sternenhimmel zaubert. Erlebnisreich: Übernachten im Bauwagen, der Händekreis vorm Essen, das immer geöffnete „Haus der Stille“ und die Komposttoiletten. Die vegan-vegetarischen Biomahlzeiten sind saisonal. Wer im Winter in der Gemeinschaftspflege mit isst, wird sicher zehn verschiedene leckere Rote-Beete-Variationen kennenlernen. Denn die reiche Ernte des vergangenen Sommers lagert im Keller.

Vieles ist ein Kontrast zum Leben der meisten BesucherInnen, besonders einschneidend die Maßnahmen zur Strahlungsminimierung: Kabel-Telefone sind in Betrieb. Das Internet kommt aus einem LAN-Kabel. Das Smartphone hat nur spärlichen Mobilfunkempfang und wird ausschließlich im Flugmodus geduldet. „Entzugerscheinungen“ sind Lernanlässe!

Diese scheinbar beiläufigen Alltäglichkeiten sind es, die so stark wirken, dass sogar der eigene Lebensstil infrage gestellt wird. Auch die gemeinschaftliche Vision, die Feste und das Ringen um partizipative Entscheidungen lassen einen nicht unberührt. Ebenso das Durchhaltevermögen, dieses „Experiment Ökodorf“ 22 Jahre lang immer wieder neu mit Leben zu erfüllen. Und nicht zuletzt das Unperfekte, die Bereitschaft, offen über Schwächen und die kleinen, faulen Kompromisse Sieben Lindens zu reden: „Solange wir über uns selbst lachen können, sind wir auf dem richtigen Weg!“

#### **Eintauchen und Einlassen: Mitleben und Mitarbeiten**

Mitarbeitswochen zählen zu den Favoriten unter den Bildungsangeboten. Kaum ein Fachseminar erfreut sich dauerhaft dieser Beliebtheit. Etwa zwanzig Wochen im Jahr helfen Gäste im Selbstversorger-Garten, in der Waldarbeit, beim Einkochen der Ernte und in der ökologischen Geländepflege mit. Ein Rahmenprogramm vermittelt ein Grundverständnis der Ökodorf-Strukturen, der Rest ergibt sich im beobachtenden Dabeisein, in zufälligen Gesprächen beim Essen oder abends bei Biowein im Dorftreffpunkt. Immersionslernen nennt man das neuerdings.

#### **Einzelzimmer: Raus aus der Ökosocken-Nische**

In den Anfangsjahren wurde Sieben Linden vor allem von Gleichgesinnten besucht. AussteigerInnen und AktivistInnen holten sich Anregungen, knüpften Netzwerke und schöpften neuen Mut für den gesellschaftlichen Wandel. Sie schliefen überwiegend in 5-Bett-Zimmern oder im Zelt. Besonders das gemeinsam gestaltete, preiswerte Sommercamp mit 200 Gästen war beliebt. Heute kann sich das Bildungsreferat vor Einzelzimmeranfragen kaum retten (es

gibt allerdings bisher nur ein einziges!). Ein Indikator dafür, dass Sieben Linden aus der Ökonische herausgewachsen ist, der „ökobewusste Mainstream“ fühlt sich angesprochen (AussteigerInnen und AktivistInnen sind weiterhin herzlich willkommen!). Die meisten Seminare werden als Erwachsenenbildung gefördert, einzelne Anerkennungen als Bildungsurlaub oder Lehrerfortbildung sind Qualitätssiegel. Das Ökodorf Sieben Linden war zwischen 2006 und 2014 fünf Mal offiziell anerkanntes Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Das Sommercamp ist mittlerweile zu einer recht professionell organisierten Großveranstaltung geworden. Workshops für alle Generationen bieten einen niedrigschwelligen Einstieg, dieses Jahr zum Thema „low waste – high energy“.

Nun ist nach jahrelanger Finanzakquise mit vielen Höhen und Tiefen endlich ein Traum realisierbar: Das neue Gästehaus in Strohbauweise kann ab 2021 hoffentlich alle Unterkunftwünsche erfüllen, sodass vermehrt auch FunktionsträgerInnen, MultiplikatorInnen, ExpertInnen sowie Gruppen mit eigenen inhaltlichen Schwerpunkten kommen.

#### **Einmal in die Zukunft und zurück: Der Kinder- und Jugendbereich**

Sieben Linden selbst hat eine jung gebliebene Bevölkerung mit etwa 40 Kindern und Jugendlichen. Das prägt den Alltag, aber auch die Bildungsangebote.

Wandertage, Exkursionen, Klassenfahrten und FÖJ-Seminare – junge Gäste sind willkommen. Aus zehn verschiedenen BNE-Modulen mit Themen wie „Gemeinschaft – kooperativ und stark“ oder „Ökodorf-Rallye“ können Programme maßgeschneidert werden. Familienfreundliche Seminare mit Kinderbetreuung senden Impulse in die Zukunft. Derzeit ermöglicht das Förderprogramm „Kurze Wege für den Klimaschutz“ kostenlose Veranstaltungen zu den Themen „Mobilität“ und „Bienen und Landwirtschaft“. Neue Module zu globaler Gerechtigkeit und zum ökologischen Fußabdruck sind in Planung.

Die Resonanz aus der Region ist bisher noch etwas verhalten. Eine aktuelle Hauptaufgabe ist deshalb der langfristige Kontakt-Ausbau zu (außer)schulischen Partnern der Umgebung. Die Kinder sind so begeistert und aufnahmefähig, wenn sie erst mal vor Ort sind!

#### **Einbruch bei internationalen Seminaren**

Internationales Publikum und englisch- oder französischsprachige Seminare wie der vierwöchige Ecovillage-Design-Education-Kurs gehörten vor einigen Jahren fest ins Programm. Leider passen die EU-Förderprogramme mittlerweile weniger gut, sodass derzeit nur vereinzelt Kurse für „youth leaders“ angeboten werden können, die im BNE-Bereich tätig sind. Ohne finanzielle Unterstützung sind die Kosten für viele weitgereiste Interessierte leider nicht aufzubringen.

**Kontakt: Simone Britsch, Bildungsreferentin, Koordinatorin der GEN Akademie, Yogalehrerin. E-Mail: bildungsreferat@siebenlinden.org, [www.siebenlinden.org](http://www.siebenlinden.org)**

## ZUM THEMA

Gemeinschaftswerkstatt**Gestaltungsprinzipien**

□ Wie soll die Welt aussehen, in der du morgen leben möchtest? Welche Werte gelten in der Welt, in der deine Kinder und Enkelkinder leben wollen? Nach welchen Gestaltungsprinzipien bauen wir unsere Welt von morgen auf? Welche Ansätze und Werkzeuge sind dabei hilfreich? Wie gelingt Gemeinschaftsaufbau? Diesen Fragen wird die GEN-Gemeinschaftswerkstatt vom 27.–30.06.2019 in der Zukunftswerkstatt Schloss Tempelhof (74594 Krefßberg) nachgehen. Es wird ein gemeinsamer Forschungsraum eröffnet, in dem die eigenen Sehnsüchte und Hoffnungen sichtbar gemacht und hinterfragt werden. Auf dieser Basis sammeln die Teilnehmenden bestehende Ansätze und Prinzipien für eine lebenswerte Gestaltung der Zukunft und es bietet sich der Raum für gegenseitigen Austausch und gemeinsames Lernen. Gemeinschaftlicher Projektaufbau und viele andere wichtige Fragen und Anliegen rund um das Thema gemeinschaftliches Leben und Arbeiten spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Gemeinschaftswerkstatt.

▷ [www.gen-deutschland.de/projektzeit-gemeinschaftswerkstatt](http://www.gen-deutschland.de/projektzeit-gemeinschaftswerkstatt)

Buch**20 Jahre Sieben Linden**

□ In diesem bunt bebilderten Buch im Zeitschriftenformat vermittelt das Ökodorf Sieben Linden seine Erfahrungen aus über 20 Jahren ökologischen Gemeinschaftsaufbaus und Zusammenlebens. Mehr als 25 langjährige Bewohner, Gründer und Aktive des Ökodorfes schildern und reflektieren vorwiegend aus persönlicher Sicht die Erfahrungen und Errungenschaften des Ökodorfes wie Gemeinschaftsentwicklung, Strohhallenbau oder Selbstversorgung. Erstaunlich detailliert, tief bewe-

gend und selbstkritisch wird das Ökodorf aus zahlreichen Perspektiven beschrieben. Das Buch besteht aus thematischen Erfahrungsgeschichten, stichhaltigen Faktenberichten, anekdotischen Erinnerungen bis hin zu poetischen Reflexionen. Die Artikel sind in vier Rubriken eingeteilt: Historie, Gemeinschaft, Ökologie & Nachhaltigkeit sowie die Welt und Sieben Linden. Die Chronik des Ökodorfes im Überblick wird mit einem Zeitstrahl eingeführt. Das Buch richtet sich an eine wachsende interessierte Öffentlichkeit, an Menschen, die selbst Gemeinschaft gründen wollen oder in ihrem sozialen Umfeld mehr ökologisches Leben umsetzen möchten, und natürlich an die Freunde des Ökodorfes.

▷ [www.eurotopiaversand.de/Buch-Print/20-Jahre-0Ekodorf-Sieben-Linden.html](http://www.eurotopiaversand.de/Buch-Print/20-Jahre-0Ekodorf-Sieben-Linden.html)

Verzeichnis**Leben in Gemeinschaft**

□ In dem Verzeichnis eurotopia stellen sich 430 Gemeinschaften, Ökodörfer sowie Siedlungs- und Wohnprojekte aus ganz Europa vor. Im Frühsommer 2019 wird eine neue Auflage erscheinen, die außerdem Artikel zur Gemeinschaftsgründung, zur gesellschaftlichen Relevanz von Gemeinschaften und neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema enthält.

▷ [www.eurotopiaversand.de/Buch-Print/eurotopia-Verzeichnis.html](http://www.eurotopiaversand.de/Buch-Print/eurotopia-Verzeichnis.html)

Netzwerk**Kommuja**

□ Kommuja ist ein Netzwerk politischer Kommunen. Es setzt sich für ein gleichberechtigtes Miteinander ein und lehnt Machtstrukturen ab. Es will gesellschaftliche Verhältnisse ändern und sich vom herrschenden Verrechnungs- und Besitzstandsdenken lösen.

▷ [www.kommuja.de](http://www.kommuja.de)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Jugendwettbewerb**Young People in European Forests**

□ Die nächste Runde des Europäischen Jugendwettbewerbs „Young People in European Forests“ steht an. Die deutsche Teilnahme wird wieder vom Landesverband Brandenburg der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde organisiert. Gesucht wird ein Team aus drei Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren, das dann im Herbst 2019 zum Europäischen Finale nach Süd-Tschechien (Sumava-Nationalpark) eingeladen wird. Dort kommen Jugendliche aus ganz Europa zusammen, machen Exkursionen und lösen Aufgaben, die schließlich den europäischen Gewinner bestimmen.

▷ [www.sdw-brandenburg.de/projekte/aktuell/ypf-wettbewerb/index.html](http://www.sdw-brandenburg.de/projekte/aktuell/ypf-wettbewerb/index.html)

Kurzfilme**Fahrrad-Klimakino**

□ Innerhalb des Projekts „KLAKE – KlimaAktionsKino“, welches das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) in Kooperation mit Solare Zukunft e.V. aus Freiburg durchgeführt hat, sind bei einem Drehbuchideen-Wettbewerb elf Kurzfilme entstanden. Mit der Unterstützung von Profis aus der Film- und Medienbranche (Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, Climate Communication Lab und filmArche e.V.) wurden sie von Jugendlichen selbst produziert. Die Kurzfilme thematisieren den Klimawandel und zeigen Lösungen auf, um den Herausforderungen zu begegnen. Sie stehen auf YouTube frei zur Verfügung: [www.fahrradkino.org/klimakurzfilme](http://www.fahrradkino.org/klimakurzfilme). Darüber hinaus hat KLAKE auf seiner mehrjährigen Filmtour viele inspirierende, aktive Menschen getroffen, die

zeigen, wie wir nachhaltiger und schöner leben können. Diese Geschichten erzählt die Doku-Reihe „KLAK trifft“ ([www.kurzlink.de/KLAKtrifft](http://www.kurzlink.de/KLAKtrifft)). Während der Film-tour wurde die für das Kino erforderliche Energie durch Fahrräder mit Generatoren selbst erzeugt.

▷ [www.ufu.de/projekt/klak](http://www.ufu.de/projekt/klak)

## WISSENSWERT

### Auszeichnung

## Deutscher Nachhaltigkeitspreis

□ In diesem Jahr lobt die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. gemeinsam mit der Bundesregierung und weiteren Partnern Nachhaltigkeitspreise in vier verschiedenen Kategorien aus. Unternehmen, Kommunen, Architektur und Forschung – für diese vier Wettbewerbe läuft derzeit die Bewerbungsphase. Drei der Auszeichnungen werden am 22. November 2019 im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitstages in Düsseldorf vergeben. Auch Bildungsprojekte gehörten in den vergangenen Jahren immer wieder zu den Preisträgern.

▷ [www.kurzlink.de/Nachhaltigkeitspreis](http://www.kurzlink.de/Nachhaltigkeitspreis)

### Digitales Bildungsmaterial

## Konsumspuren

□ Im digitalen Bildungsmaterial von Greenpeace entdecken SchülerInnen interaktiv, welche sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen individuelle Konsumentscheidungen global haben. Gemeinsam entwickeln sie Ideen, wie sie dazu beitragen können, den ökologischen und sozialen Fußabdruck, den sie hinterlassen, zu verkleinern. Im Fokus stehen fünf zentrale Themen nachhaltigen Konsums aus

der Lebenswelt der SchülerInnen: Smartphones & Technik, Plastik & Verpackung, Mobilität, Ernährung und (Fast) Fashion.

▷ [www.greenpeace.de/konsumspuren](http://www.greenpeace.de/konsumspuren)

### Handbuch

## Klimawende von unten

□ Das Handbuch „Klimawende von unten“ gibt Klima-AktivistInnen mithilfe realer Erfolgsgeschichten und Beispiele Tipps, wie Bürger- oder Volksbegehren zum Klimaschutz erfolgreich umgesetzt werden können. Herausgegeben wird das Handbuch von den Vereinen Umweltinstitut München, BürgerBegehren Klimaschutz und Mehr Demokratie, unterstützt werden die Herausgeber von einem breiten Bündnis aus Umweltverbänden, darunter die NaturFreunde Deutschlands, Greenpeace, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC).

▷ [www.klimawende.org](http://www.klimawende.org)

### Bildungsmaterialien

## Klimaschutzplan 2050

□ Im November 2016 verabschiedete die deutsche Bundesregierung den Klimaschutzplan 2050. Ziel dieser Langfriststrategie ist es, bis zum Jahr 2050 weitgehend treibhausgasneutral zu sein. BildungsCent e.V. hat im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Aus- und Fortbildungseinheiten für LehrerInnen zum Klimaschutzplan entwickelt. Die Materialien enthalten eine Vielzahl an handlungsorientierten Vorschlägen, wie der Klimaschutzplan 2050 mit SchülerInnen behandelt werden kann. Es geht sowohl um den Kontext internationaler und nationaler Klimapolitik wie auch den Klimaschutz auf allen gesellschaftlichen Ebenen bis zur individuellen Ebene. Es liegen Einheiten für die Sekundarstufe I (ab Klasse 8), die Sekundarstufe II und für

berufsbildende Schulen vor. Die Materialien können alle kostenfrei heruntergeladen werden.

▷ [www.bildungscent.de/klimaschutzplan](http://www.bildungscent.de/klimaschutzplan)

## UMWELTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

20.–24.05., Eberswalde (D)

**Nachhaltigkeitstage an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde**

▷ [www.hnee.de/app/calendar/show.asp?event=88](http://www.hnee.de/app/calendar/show.asp?event=88)

02.06, Berlin (D)

**Umweltfestival**

▷ [www.grueneliga-berlin.de/veranstaltung/umweltfestival-2](http://www.grueneliga-berlin.de/veranstaltung/umweltfestival-2)

30.05.–05.06., bundesweit (D)

**Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit vom Rat für nachhaltige Entwicklung**

▷ [www.tatenfuermorgen.de/deutsche-aktionstage-nachhaltigkeit](http://www.tatenfuermorgen.de/deutsche-aktionstage-nachhaltigkeit)

21.09., Amberg (D)

**Zukunftskongress Fairer Handel**

▷ [www.kurzlink.de/FairerHandel](http://www.kurzlink.de/FairerHandel)

### Impressum

ökopädNEWS

### Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

### Redaktion

Larissa Donges (verantwortl.), [donges@anu.de](mailto:donges@anu.de),  
ANU-Bundesverband e.V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49 (0)69 / 716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)